

Rückerstattung nach den Gesetzen  
der Alliierten Mächte

VON

WALTER SCHWARZ



VERLAG C. H. BECK MÜNCHEN 1974

sprüche auf Naturalrestitution. Am 31. 3. 1957 waren fast 50% aller in der US-Zone entschiedenen Fälle durch Vergleich beendet.<sup>1</sup> Die Tatsache, daß knapp ein Drittel aller RE-Leistungen in Geld bestand, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß – unabhängig von der Art der Befriedigung – der Anspruch auf Natural-RE absolut im Vordergrund stand.

Die Realisierung des Anspruchs auf Natural-RE hat weder materiell- noch verfahrensrechtliche Schwierigkeiten bereitet. Der Anspruch auf Natural-RE war der Anspruch des Eigentümers gegen den besitzenden Nichteigentümer auf Herausgabe der Sache (§ 985 BGB; *rei vindicatio*) oder, bei Rechten, auf Feststellung der Inhaberschaft. Er wurde durch die RE-Anordnung zur Entstehung gebracht.<sup>2</sup> Der Verlust des Eigentümers durch die Entziehung galt „als nicht eingetreten“. Die Übertragung des Eigentums durch den Veräußerer oder seine Wegnahme war mithin rückwirkend (*ex tunc*) nichtig.

2. Der Anspruch auf Natural-RE mußte naturgemäß dort seine Grenze finden, wo der Veräußerer auch ohne die Entziehung aus nichtdiskriminierenden Gründen sein Eigentum eingebüßt haben würde: dann nämlich, wenn der entzogene Vermögensgegenstand (in aller Regel Grundstücke) in der Hand des Erst- oder Nacherwerbers für einen öffentlichen Zweck *enteignet* worden war, wenn dieser öffentliche Zweck den Grundsätzen des wieder erstandenen Rechtsstaats entsprach und wenn die Zweckverwendung noch andauerte. Die in § 848 BGB, letzter Halbsatz, anerkannte Lehre von der „hypothetischen Kausalität“ im Recht des Schadensersatzes hat auch hier ihren Ausdruck gefunden: auch ohne Verfolgung hätte der Eigentümer sein Recht durch die Enteignung eingebüßt. Der Staatsakt, vor dem das REG sonst nicht Halt machte, mußte sanktioniert werden, weil er zum Bestandteil der öffentlichen Ordnung geworden war.

Der vollzogenen Enteignung stand es gleich, wenn in Erwartung der Enteignung der Gegenstand an das mit Enteignungsrechten ausgestattete Unternehmen rechtsgeschäftlich veräußert oder ihm anderweitig übertragen worden war.

Dies alles setzte voraus, daß die Enteignung oder das die Enteignung abwendende Rechtsgeschäft der Entziehung zeitlich *nachfolgte*, nicht aber mit ihr identisch war. Im Falle der Veräußerung durch einen Verfolgten unter drohender Enteignung war meist eine Entziehung gegeben.<sup>3</sup>

An die Stelle der Natural-RE trat der Anspruch auf angemessenen Wertersatz in Geld. Die Frage der Umstellung tauchte nicht auf. Der Wert im Zeitpunkt der Entscheidung war zu ersetzen.<sup>4</sup> Ersatzpflichtig war in erster Linie der Erwerber oder Nacherwerber, dem der Gegenstand enteignet worden war. In zweiter Linie war der Letzterwerber haftbar. Der enteignete Erwerber hatte die Entschädigung für die Enteignung

<sup>1</sup> Siebenter Abschnitt, II B, S. 355.

<sup>2</sup> Art. 15 Abs. 1 USREG; Art. 12 Satz 1 BrREG; Art. 13 Satz 1 REAO.

<sup>3</sup> Oben V C, 9, S. 164ff.

<sup>4</sup> OLG München v. 16. 6. 1953, RzW 53, 229 No. 11.

erhalten und mußte sie als Ersatz (Surrogat)<sup>1</sup> an den Veräußerer herausgeben. War dies nicht ausreichend – z. B. bei einer 10 : 1 umgestellten Entschädigungssumme –, so hatte der Letzterwerber, also die enteignende Körperschaft, weiteren Ersatz zu leisten.

3. Eine theoretische Vorschrift blieb das Verbot, den Anspruch auf Natural-RE bei Entziehung eines *Inbegriffs* von Gegenständen (Unternehmen) auf einzelne Gegenstände zu beschränken, wenn dies zu einer unbilligen Schädigung des Pflichtigen oder der Gläubiger führen würde.<sup>2</sup> Man hatte befürchtet, die Veräußerer könnten angesichts der weitgehenden Zerstörung der Betriebe versucht sein, sich die einzigen wertvollen Aktiven (Maschinen oder Patente) herauszusuchen und so den Betrieb zum Erliegen zu bringen, womit vor allem die Gläubiger geschädigt worden wären, die bei einer RE des Unternehmens gegen den Übernehmer ihre im Betrieb begründeten Forderungen hätten geltend machen können.<sup>3</sup> Gerichtliche Entscheidungen zu dieser Vorschrift sind nicht bekannt geworden.

Theoretisch blieb auch eine Vorschrift des USREG,<sup>4</sup> die in den beiden anderen Gesetzen nicht mehr wiederkehrte: der Veräußerer sollte es ablehnen können, bestimmte Forderungen gegen die öffentliche Hand zu übernehmen. Gemeint waren Forderungen gegen das Reich. Diese Vorschrift wurde obsolet, als nach dem Allgemeinen Kriegsfolgegesetz (AKG) v. 5. 11. 1957 die unverbrieften Ansprüche gegen das Reich erloschen. Die Einführung dieser Vorschrift hatte Adolf ARNDT<sup>5</sup> zum Anlaß genommen, die US-Militärregierung vorzuhalten, sie hätte damit den Kriegsschaden dem Pflichtigen aufgebürdet: „Es höhlt den Wiedergutmachungsgedanken aus, wenn der Verfolgte nicht nur so gestellt wird, wie er ohne Verfolgung stehen würde, sondern als ob für ihn kein Krieg stattgefunden hätte“.

Dies war nicht ganz gerecht. Hätte man damals den Verfolgten wirklich zwingen sollen, Gläubiger eines Staates zu werden, der ihn zum Bettler gemacht hatte?

#### B. Nachzahlung

1. Dem Wegfall der Natural-RE kraft öffentlicher Ordnung entsprach ihr Wegfall kraft Wahl des Veräußerers. Dieser konnte unter bestimmten Voraussetzungen statt der Natural-RE die Nachzahlung wählen, wenn der Kaufpreis unangemessen niedrig war.

Diese Vorschrift, die dem USREG auf Vorschlag von deutscher Seite eingefügt worden war,<sup>6</sup> ist leidenschaftlich und bitter umkämpft worden. Ihr Zweck lag offen zu tage: angesichts der unbestrittenen und unbestreitbaren Härten der Natural-RE sollte die Entscheidung darüber, ob an deren Stelle ein Geldausgleich treten könne, nicht wie von deutscher Seite vorgeschlagen – in die Hände des Richters gelegt werden, sondern in das freie Ermessen des Veräußerers. Man nahm an, daß die Berechtigten in

<sup>1</sup> Art. 29 USREG; Art. 25 BrREG; Art. 26 REAO.

<sup>2</sup> Art. 27 USREG; Art. 23 BrREG; Art. 24 REAO.

<sup>3</sup> Art. 41 USREG; Art. 33 BrREG; Art. 34 REAO.

<sup>4</sup> Art. 27 Abs. 2 USREG.

<sup>5</sup> ARNDT, NJW 47/8, 161.

<sup>6</sup> Art. 16 USREG; Art. 13 BrREG; Art. 14 REAO.

<sup>7</sup> Zweiter Abschnitt, VII, 6, S. 43.

„Ausland an der Rücknahme des Besitzes in Deutschland kein Interesse hatten und stattdessen eine Nachzahlung bevorzugen würden. Man versprach sich hiervon eine Entspannung der Atmosphäre und eine Ermunterung der Vergleichsbereitschaft.

Das Gegenteil trat ein. Kaum eine Vorschrift der REG ist unglücklicher formuliert worden; kaum eine hat so viele und so unerfreuliche Prozesse ausgelöst. Die Einfügung dieser Vorschrift war als eine Konzession der US-Militärregierung an die Deutschen gedacht. Sie erwies sich aber sowohl für die Berechtigten wie für die Pflichtigen als eine Falle: für die Berechtigten, weil sie in der Regel ungleich weniger erhielten, als wenn sie an der Natural-RE festgehalten hätten; für die Pflichtigen, weil sie endlosen Prozessen der enttäuschten Berechtigten ausgeliefert wurden.

Die Geburtsfehler dieser Vorschrift waren:

- a) das Fehlen einer Bestimmung über die Umstellung des RM-Anspruches in DM;
- b) Das Fehlen einer Bestimmung darüber, ob das *nicht* zur freien Verfügung gezahlte Kaufgeld dem entrichteten Kaufgeld zuzurechnen sei;
- c) Der Zwang, verfrüht zwischen zwei Ansprüchen zu wählen, deren Umfang und Auswirkung nicht übersehbar waren.

2. Am 21. 6. 1948 wurden im Zuge der Währungsreform durch die Umstellungssätze der Militärregierungen<sup>1</sup> Verbindlichkeiten, die auf RM lauteten, grundsätzlich im Verhältnis 10 : 1 in DM umgestellt. Während das USREG vor der Währungsreform in Kraft getreten war (10. 11. 1947), sind die beiden anderen REG erst *nach* der Währungsreform erlassen worden (das BrREG am 12. 5. 1949; die REAO am 26. 7. 1949). Daß ein rechtlich und wirtschaftlich so entscheidendes Ereignis zumindest in diesen beiden Gesetzen nicht klar und unmißverständlich berücksichtigt worden ist, entzieht sich heute schlechthin dem Verständnis.

Daß eine Währungsreform überfällig war und kommen würde, war schon den an der Schaffung des USREG Beteiligten nicht unbekannt. Die innere Entwertung der RM wurde in Art. 17 Abs. 1 USREG zwar erwähnt, aber für die mit Sicherheit zu erwartende, zeitlich unbestimmte Heilung (*certum an, incertum quando*) dieses fortschreitenden und unheilbaren Kaufkraftschwundes durch den chirurgischen Eingriff einer Währungsreform wurde keine Vorsorge getroffen.<sup>2</sup> Über die Gründe dieser Unterlassung kann nur gemutmaßt werden. KÜSTER, der bei dem größten Teil der Verhandlungen mitwirkte, hat dem Verfasser versichert, die unausweichliche Währungsreform sei eine allen Beteiligten vor Augen stehende Perspektive gewesen, „der Horizont, vor dem die ganze Arbeit und das Interessengewoge stattfanden“. Wenn dem so war, bleibt es unerfindlich, weshalb nicht die entscheidende Trennung von Sachwert und Geldwert bei jedem einzelnen Anspruch des Berechtigten oder des Pflichtigen unzweideutig durch eine entsprechende Terminologie klargestellt wurde. Vielleicht glaubten die Beteiligten damals, in der Formulierung diese Scheidung hinreichend klar vorgenommen zu haben.

<sup>1</sup> US- und Brit. MRG No. 63 II, § 13 Abs. 1 und 3, § 16 Abs. 1; VO No. 160 der Franz. MR.

<sup>2</sup> CORA v. 29. 11. 1951, RzW 52, 34 No. 5; II, 585 (591): „Obgleich das REG ein Höchstmaß an gesetzgeberischer Einsicht erkennen läßt und es den Gesetzgebern klar gewesen sein muß, daß eine Geldreform ... unerlässlich sein würde, deutet ... nichts darauf hin, daß ein solcher Umstand mit in Erwägung gezogen worden ist.“

In dieser Erwartung haben sie sich getäuscht, wie die zahllosen Prozesse und die Unsicherheit der Gerichte später bewiesen. Das USREG ist einige Male – an unwichtigen Stellen – novelliert worden. Im Rahmen der Auflösung des Vermögenskomplexes des Filmkonzerns „Ufa“, der dem Reich gehörte, wurde sogar noch im Jahre 1952 eine Vorschrift eingefügt,<sup>1</sup> die eine zügige Abwicklung dieser Liquidation gewährleisten sollte. Hier war das politische Interesse der Besatzungsmächte offensichtlich. Der Impact der Währungsreform ergriff einen großen Kreis von Menschen; er war für ihr Leben schicksalhaft. Es ist nicht zu fassen, daß die Besatzungsmächte zwar die reibungslose Abwicklung der Liquidation des Ufa-Komplexes einer Novelle der REG für wert hielten, aber die ungleich wichtigere Aufgabe der Klärung der Folgen der Währungsreform einer überforderten Justiz überließen.

Keinerlei Rechtfertigung gibt es dafür, daß weder das BrREG noch die REAO, die lange nach der Währungsreform erlassen wurden, von ihr keine Kenntnis nahmen. Hier war es entweder mangelndes Interesse, oder Inkompetenz, oder – was am wahrscheinlichsten ist – beides. Es ist richtig, daß eine angemessene legislative Lösung der Folge der Währungsreform in den REG eine Aufgabe von großer Schwierigkeit war, und es darf angenommen werden, daß die Juristen der Militärregierungen sich einer solchen Aufgabe mit Recht nicht gewachsen fühlten. Sicherlich fürchtete man auch die Verzögerung, die bei einer erneuten Beratung mit deutschen Stellen notwendig hätte eintreten müssen, und so überließ man eben achselzuckend die Lösung des in seinen Ausmaßen wohl kaum überblickten Problems den Gerichten. Das kostete viele wertvolle Jahre. Wer nicht warten wollte, mußte auf die höchstrichterliche Antwort spekulieren und verglich sich schlecht und recht. Dies war eine echte Tragödie.

4. Für den Nachzahlungsanspruch wirkte sich dieser folgenschwerste aller Geburtsfehler der REG besonders negativ aus.

Sein Schicksal im Bereich des USREG ist am Verlauf eines Verfahrens abzulesen dessen Entscheidungen in allen drei Instanzen veröffentlicht worden sind.<sup>2</sup> Es handelte sich um die Entziehung eines Einzelhandelsgeschäftes im Jahre 1938, das 1943 durch Bomben zerstört worden war. Der Erwerber hatte es für ein Viertel des Fakturwertes des Lagers, ohne Berücksichtigung des Inventars und des goodwill erworben. Der Veräußerer begehrte Nachzahlung: Natural-RE kam nicht infrage.<sup>3</sup> Die erste Instanz betrachtete den Nachzahlungsanspruch als einen Wertersatzanspruch, der je nach dem Grade der Erhaltung des entzogenen Gegenstandes im Verhältnis von 1 : oder entsprechend geringer umzustellen sei; bei völliger Zerstörung sei er als Geldanspruch 10 : 1 umzustellen.

<sup>1</sup> Art. 28 (a) USREG, Art. 24 (a) BrREG, Art. 25 (a) REAO.

<sup>2</sup> Erste Instanz: WGK Mannheim v. 7. 10. 1949, RzW 49/50, 80 No. 12; Zweite Instanz: OLG Karlsruhe v. 18. 12. 1950, RzW 51, 162 No. 4; Dritte Instanz: CORA v. 29. 11. 1951, RzW 52, 34 No. 5; II, 585.

<sup>3</sup> Es handelte sich zwar um schwere Entziehung, aber der Anspruch auf Schadensersatz hätte an § 848 BGB scheitern müssen: die Bombe hätte das Geschäft auch in den Händen des Veräußerers zerstört. Der Anspruch nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) war damals noch nicht übersehbar. Ein Rechtsirrtum, wie der Berechtigte in der dritten Instanz vorgetragen ließ, war ihm nicht unterlaufen.

Gegen diese Flexibilität wandte sich KÜSTER,<sup>1</sup> der als einer der Väter des USREG eine besondere Verantwortung für diese so hoffnungsvoll begrüßte Alternative der Natural-RE empfand: „Man tut der Gerechtigkeit keinen Dienst, wenn man bei Fundamentalereignissen des Rechtslebens, wie es eine Währungsreform ist, die in der Natur der Sache liegende schneidende Schärfe des Eingriffs abzustumpfen versucht. Der klare Schnitt, der die Sachwertbesitzer und Geldwertbesitzer scheidet, nimmt keinerlei Gerechtigkeit in Anspruch, hat aber eben damit etwas von dem neutralen Charakter des Schicksals, das man hinnimmt.“ KÜSTER plädierte für eine klare und ausnahmslose Umstellung 10:1, weil bei einer flexiblen Umstellung der Gerechtigkeit doch nicht Genüge getan werden könne, andererseits dann aber sämtliche Fälle vor den Richter kommen müßten, „ohne daß die Parteien wissen, was Recht ist und von selbst dem nachhandeln“. Durch die Wahl der Nachzahlung habe sich der Veräußerer selbst den Geldwertbesitzern zugesellt. Vor dem Verzicht auf die Natural-RE könne er die Höhe der Nachzahlung frei aushandeln; habe er im „Sonderfall“ blanko gewählt, sei kein Grund ersichtlich, ihm zu mehr als dem gesetzlichen Zehntel zu verhelfen. Daß der Erwerber nur  $\frac{1}{10}$  steuerlich nachaktivieren müsse,  $\frac{9}{10}$  aber gewinnbringend absetzen dürfe, erhöhe die Vergleichschancen.

Hier hatte KÜSTER allerdings die Realität verkannt: das freie Aushandeln der Nachzahlung im Laufe des Verfahrens war leider ein Ausnahmefall; die bei der Anmeldung erklärte Blankowahl war leider die Regel. Er hatte auch den Weitblick und die Sachkunde der anwaltlichen Berater erheblich überschätzt. Der ahnungslos gewählte Nachzahlungsanspruch wurde zahllosen Berechtigten zum Verhängnis.

In der zweiten Instanz dieses Testfalles wurde im Sinne KÜSTER's entschieden: analog zu Art. 15 USREG sei auch die Wahl der Nachzahlung rückwirkend; der Unterschied zwischen gezahltem und angemessenem Preis sei ein RM-Betrag und könne nach § 16 UmstG nicht anders als 10:1 umgestellt werden. Eine flexible Lösung nach Billigkeitsgrundsätzen sei nicht erforderlich: bei Zerstörung des Entziehungsgegenstandes entspreche 10:1 der Billigkeit; im anderen Fall brauche ja der Veräußerer nicht Nachzahlung zu wählen.

CORA bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz mit einer im wesentlichen gleichen Begründung. Er fügte mahnd hinzu, der Richter habe bei der Auslegung von Gesetzen keine gesetzgeberischen Aufgaben zu übernehmen – ein Argument, das deutsche Juristen angesichts des bruchstückhaften legislativen Experiments der REG nicht überzeugen konnte und in anderen Zusammenhängen manches Unheil angerichtet hat.<sup>2</sup> Mit Recht meinte CORA, eine flexible Umstellung würde zu einer „bunten Vielfalt von Ergebnissen“ führen und der erstrebten einheitlichen Rechtsprechung zuwiderlaufen.

4. Von den beiden anderen Lösungsmöglichkeiten war die gleichmäßige Umstellung im Verhältnis 1:1 nicht dem Vorwurf ausgesetzt, die Wahl der Nachzahlung sei für

<sup>1</sup> RzW 49/50, 80 zu No. 12; auch schon in SJZ 48, 533.

<sup>2</sup> Unten VII A, 3, S. 222.

die Veräußerer wirtschaftlich sinnlos, und sie würden es dann vorziehen, sich den entzogenen Gegenstand (meist handelte es sich um Grundstücke, die zu Vollruinen geworden waren) rückerstatten zu lassen, um ihn dann wieder zu veräußern.<sup>1</sup> Die Unbilligkeit dieses Ereignisses für den Erwerber sollte durch die Abtretung des Kriegsschadensanspruches an ihn gehoben werden.<sup>2</sup>

Andererseits konnten die Verfechter der flexiblen Umstellung<sup>3</sup> für sich in Anspruch nehmen, die Unbilligkeit der Umstellung 10:1 für den Veräußerer bei unbeschädigten Bauten und der Umstellung 1:1 für den Erwerber bei Ruinen zu vermeiden; die Berechnungsmaßstab der objektiven Wertminderung werde Willkür und Rechtsunsicherheit ausschließen.<sup>4</sup> Die so erzielte Beteiligung des Veräußerers am Kriegsschaden machte es wiederum notwendig, daß der Erwerber, der ja Eigentümer blieb, bei flexibler Umstellung seinen Kriegsschadensanspruch anteilig an den Veräußerer abzutreten hatte.

Dies war in der Tat die bestmögliche Lösung.

Aber leider ließ sie sich nicht aus dem Gesetz herleiten. Die dem LAG vorweggenommene Aufteilung des Kriegsschadens zwischen den Parteien des RE-Verfahrens erschien den angelsächsischen Richtern als eine richterliche Korrektur des Gesetzes, in der sie sich nicht abfinden konnten. CORA hielt deshalb an der gleichmäßigen Umstellung 10:1 fest.<sup>5</sup> Der Veräußerer, der blanko die Nachzahlung gewählt hatte, blieb auf der Strecke.<sup>6</sup>

5. Das BrREG war nach dem 21. 6. 1948 in Kraft getreten. Der Anspruch auf Nachzahlung unterlag daher nicht dem UmstG, da er erst durch die Ausübung des Wahl-

<sup>1</sup> WGK Kassel v. 21. 4./20. 5. 1950, RzW 49/50, 274 No. 13.

<sup>2</sup> Für die gleichmäßige Umstellung 1:1 OLG Frankfurt v. 5. 6. 1950, RzW 49/50, 336 No. 11; die anfechtbare Veräußerung sei durch die Wahl der Nachzahlung unanfechtbar geworden; der Unterschied zwischen gezahltem und angemessenem Kaufpreis sei eine dem Verkäufer obliegende Gegenleistung, die nach dem Stichtag des 21. 6. 1948 erbracht werde und daher analog § 18 UmstG 1:1 umzustellen sei. Dieser Analogie hielt OLG Stuttgart v. 14. 6. 1951, RzW 51, 283 No. 6 mit Recht entgegen; daß § 20 UmstG in solchen Fällen dem Schuldner der Kaufpreisforderung ein Rücktrittsrecht bis zum 10. 7. 1948 gewährt habe. Nach PETRIC „Praktische Fragen“ S. 16 (19), sollte der Anspruch auf Nachzahlung ein Surrogat des RE-Anspruchs sein; nach dem Grundsatz „nemo subrogat contra se“ sei eine Abwertung dieses Anspruchs schlechthin ausgeschlossen. OLG München v. 30. 1. 1951, RzW 51, 102 No. sowie Pinner, SJZ 50, 887 begründeten die Umstellung 1:1 damit, daß der Nachzahlungsanspruch erst durch Ausübung des Wahlrechts, mithin nach dem Währungsstichtag des 21. 1948 entstanden sei und deshalb dem UmstG nicht unterliege.

<sup>3</sup> Für die flexible Umstellung: OLG Stuttgart v. 14. 6. 1951, RzW 51, 283 No. 6; v. HELMOLT, JR 51, 239 und 367; Duden „Weitere Praktische Fragen“, 9 (20), der die Unwendbarkeit des § 16 UmstG damit begründete, daß die RE nicht eine rückwirkende Gestaltung aller Rechtsverhältnisse im Auge gehabt habe, und daß § 21 UmstG, der im Vertragsverfahren die Herabsetzung der im Verhältnis von 1:1 umgestellten Verbindlichkeit aus Billigkeitsgründen gestattete, sinngemäß anzuwenden sei.

<sup>4</sup> So ausdrücklich OLG Stuttgart aaO.

<sup>5</sup> CORA v. 30. 4. 1952, RzW 52, 195 No. 5.

<sup>6</sup> Er kam nur dann auf seine Rechnung, wenn der Kaufpreis in wertbeständiger fremder Währung gezahlt worden war: WGK Stuttgart v. 24. 9. 1952, RzW 53, 68 No. 6. Hierzu: unten VII A, 2, S. 221.

rechts, also nach Inkrafttreten des UmstG entstanden war. Dies erleichterte die Theorie der *flexiblen* Umstellung je nach dem Grade der Wertminderung des Objekts.<sup>1</sup> Während im Bereich des USREG die Umstellungsfrage von CORA schon im Jahre 1951 entschieden worden war, mußten die Berechtigten im Bereich des BrREG bis zum Jahre 1954 auf eine Entscheidung des BOR warten.<sup>2</sup> Immerhin hatte der BOR schon 1951 bei anderer Gelegenheit<sup>3</sup> klargestellt: auf Geldansprüche des REG, die nach dem 21. 6. 1948 entstanden waren, sei das UmstG nicht anwendbar; die Währungsumstellung sei zwar zu berücksichtigen, aber nicht als der einzige Faktor der Entscheidung darüber, wie in RM ausgedrückte Ansprüche in DM zu bemessen seien. Der BOR hatte weiterhin im Jahre 1952<sup>4</sup> für den Regelfall der Verwendung des Kaufgeldes zur Deckung von Schulden und Bestreitung des Lebensunterhaltes einen Umstellungssatz von 10:1 festgelegt; eine notwendig in RM auszudrückende Forderung müsse in der Regel 10:1 umgestellt werden, wenn man die Währungsreform nicht gänzlich außer Acht lassen wolle. Damit waren auch die Weichen für die Entscheidung über die Umstellung des Nachzahlungsanspruches gestellt.

Der BOR<sup>5</sup> verwandte diese nicht sehr überzeugende Begründung, um auch den Anspruch auf Nachzahlung 10:1 umzustellen. Noch weniger überzeugend war der Hinweis auf den Umstellungssatz von 10:1 für das Rückgewährentgelt: der Veräußerer könne nicht einen besseren Umstellungssatz erwarten, wenn die Rollen vertauscht seien und der Erwerber zahlen müsse. Daß der Veräußerer bei der Nachzahlung in einer wirtschaftlich gänzlich anderen Situation war, wurde hierbei nicht gewürdigt. Der Hinweis, der Veräußerer habe ja bei der Nachzahlung überlegt seine Wahl getroffen („*deliberate choice*“), klang angesichts der traurigen Wirklichkeit fast wie Spott.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Für *flexible* Umstellung: OLG Köln v. 3. 10. 1951, RzW 51, 359 No. 20 und v. 12. 11. 1952, RzW 53, 206 No. 19 ging von 1:1 aus und minderte bei Beschädigung oder Zerstörung den Schlüssel entsprechend. OLG Hamm v. 14. 8. 1953, RzW 53, 359 No. 18 ging umgekehrt von 10:1 aus und erhöhte entsprechend. OLG Düsseldorf v. 19. 3. 1954, RzW 54, 138, No. 15 stellte 10:1 um, wollte aber 1:1 umstellen, wenn der Veräußerer den Unterschiedsbetrag, wenn er gezahlt worden wäre, wertbeständig hätte erhalten können – eine Formulierung der Beweisfrage, die den beweispflichtigen Veräußerer geradezu in die Versuchung führen mußte, einen ihm günstigen hypothetischen Ablauf zu erfinden. Für *gleichmäßige* Umstellung 10:1: OLG Hamburg v. 3. 5. 1952, RzW 52, 241 No. 28.

<sup>2</sup> BOR v. 29. 4. 1954, RzW 54, 238 No. 18.

<sup>3</sup> BOR v. 27. 3. 1951, RzW 51, 174 No. 29 bei der Umstellung des Rückgewährentgelts (Rückzahlung des Kaufgeldes).

<sup>4</sup> BOR v. 29. 11. 1952, RzW 53, 49 No. 31; ebenfalls zur Umstellung des Rückgewährentgelts.

<sup>5</sup> Siehe Anm. 2.

<sup>6</sup> FRAENKEL, der bereits in SJZ 51, 498, RzW 51, 375 zu No. 50 und NJW 52, 568 die Umstellung 1:1 verteidigt hatte, erklärte in RzW 54, 238 zu No. 18 bitter: „Ein Gesetzgeber des brit. REG, der den Nachzahlungsanspruch durch eine Umstellung 10:1 so hätte entwerfen wollen, hätte in Wahrheit mit geradezu höhnischem Zynismus dem Berechtigten einen zweiten Anspruch zur Wahl gestellt, eine „Wahl“, die ein geistig gesunder Mensch gar nicht ernsthaft in Erwägung ziehen wird.“ Er meinte zu Recht, daß die Folgen des Kriegsschadens bei der Wahl der Nachzahlung der in der Rechtmäßigkeit seines Erwerbs bestätigte Erwerber als Eigentümer zu tragen habe, weshalb man nicht, wie der BOR in der Entsch. v. 29. 4. 1954, argumentieren könne, daß bei einer Umstellung von 1:1 der Kriegsschaden auf den Pflichten „abgewälzt“ werde.

Um das Unglück vollzumachen, wich der Nachfolger des BOR, der II. Senat des ORG, zwei Jahre später von der Linie des BOR ab und bekannte sich zur Theorie der flexiblen Umstellung entsprechend dem Zustand des Objekts.<sup>1</sup>

Der Berechtigte also, dem es gelungen war, bis zum Jahre 1956 eine ihm ungünstige Entscheidung nicht rechtskräftig werden zu lassen, konnte bei voll erhaltenem Objekt unter Umständen noch die Umstellung 1:1 erwirken. Die Mehrzahl der Berechtigten wird aber damals wohl schon den Kampf aufgegeben haben.

Im Bereich der REAO gab es gleichfalls zunächst die Theorie der flexiblen Umstellung,<sup>2</sup> die aber vom ORG Berlin nicht übernommen wurde.<sup>3</sup> Die Schwenkung des II. Senats des ORG hat ORG Berlin nicht mitgemacht. Er hielt an der *gleichmäßig* Umstellung 10:1 fest.

6. Den Gesetzgebern der REG war bekannt, daß in einer sehr großen Zahl von Fällen, vor allem nach 1935, fast stets vom Jahre 1938 ab, das vom Erwerber dem Veräußerer gezahlte Kaufgeld ganz oder teilweise vom Staat gesperrt oder beschlagnahmt worden, also *nicht in die freie Verfügung* des Veräußerers gelangt war. Für diesen Fall hatten sie eine besondere Regelung der Rückgewähr des Kaufgeldes getroffen.<sup>4</sup>

Es ist schwer zu verstehen, daß bei der Regelung der Nachzahlung dieser Fall nicht ebenfalls berücksichtigt worden ist. Das maßgebende Wort im englischen Text aller drei Gesetze „*received*“ („*the difference between the price received and the fair purchase price*“) wurde in Art. 16 USREG mit dem Wort „erlangt“ übersetzt, während es in den beiden anderen Gesetzen hieß: „gezahlt“. Nach Art. 94 USREG und Art. BrREG war der deutsche Text maßgebend; in der REAO fehlte eine entsprechende Bestimmung. Daß der gleiche englische Text in den drei REG verschieden ins Deutsche übersetzt worden ist, war nicht nur ein grober Schnitzer, sondern auch die Quelle unzähliger Prozesse. Es war leider nicht der einzige folgenreiche Übersetzungsfehler in den drei REG.

Hätte bei der Errechnung des Unterschiedsbetrages auch von dem *nicht* zur freien Verfügung gezahlten Kaufgeld ausgegangen werden müssen, so mußte der Veräußerer eine Zahlung gegen sich gelten lassen, die er nie erhalten hatte. Dies hätte den ohnehin im Verhältnis von 10:1 reduzierten Nachzahlungsanspruch vollends zu null duziert. Es war also verständlich, wenn die durch die Umstellung 10:1 betroffenen Veräußerer leidenschaftlich dafür kämpften, daß der Unterschiedsbetrag nur von dem zur freien Verfügung gezahlten Kaufgeld berechnet wurde. Darin wenigstens war sie erfolgreich.

7. Im Bereich des USREG erleichterte der maßgebende deutsche Text die dem Veräußerer günstige Auslegung: daß nur von dem frei verfügbaren Kaufgeld auszuge

<sup>1</sup> ORG II v. 28. 12. 1956, RzW 57, 40 No. 13.

<sup>2</sup> KG v. 29. 8. 1951, RzW 51, 310 No. 53.

<sup>3</sup> ORG Berlin v. 2. 5. 1956, RzW 56, 204 No. 21.

<sup>4</sup> Art. 44 Abs. 3 USREG; Art. 36 Abs. 3 BrREG; Art. 37 Abs. 3 REAO: Der Veräußerer hatte dem Erwerber die Ansprüche abzutreten, die ihm aus der Tatsache erwachsen, daß Kaufgeld ganz oder teilweise nicht zu seiner freien Verfügung gezahlt worden war.

sei, und die wie immer gearteten Ansprüche des Veräußerers aus der Beschlagnahme des Kaufgeldes analog zur Regelung des Rückgewährentgelts an den Erwerber abtreten werden müßten.<sup>1</sup> Dies kritisierte KÜSTER,<sup>2</sup> der es nicht hatte verwinden können, daß die von ihm schon bei der Beratung des USREG bekämpfte „Komplizenhaftung“ des Art. 44 Abs. 3 Gesetz geworden war. Er rechtfertigte die Unvollkommenheit der Regelung des Nachzahlungsanspruchs: „Systematik und Wortlaut (des US-REG) können nicht verlässlich sein, wenn das Ergebnis vieler Tage voll starker politischer Erklärungen schließlich in einer Nachsitzung von ein paar übermüdeten Sachverständigen in die notwendige Rohform eines Gesetzes gebracht wird, deren Redaktion man sich vorbehält, und wenn dann ein halbes Jahr später dieser selbe Rohentwurf verändert lediglich durch ein paar Einsprengsel und Streichungen, urplötzlich aus der Schublade heraus zum Gesetz erhoben wird.“ Man wird KÜSTER und den anderen deutschen Mitarbeitern gewiß attestieren dürfen, daß sie an der unzulänglichen Fassung des Art. 16 USREG nicht schuld waren.

Die Regelung des Art. 44 Abs. 3 USREG sei, so argumentierte KÜSTER, die Haftung auch des loyalen Erwerbers für Delikte des Reiches, was auf deutscher Seite niemals hingenommen worden sei, und deshalb müsse der „Gesetzesexzeß“ dieser Vorschrift streng auf seinen systematischen Ort beschränkt werden. KÜSTER war über die extensive Auslegung der „Komplizenhaftung“ besonders ergrimmt, weil das Wahlrecht auf Nachzahlung ein Vorschlag von deutscher Seite gewesen war und gerade diese Seite sich leidenschaftlich, wenn auch erfolglos gegen Art. 44 Abs. 3 USREG gewehrt hatte<sup>3</sup>.

Diese von der Entstehungsgeschichte her durchaus verständliche Kritik mußte am Wortlaut der Vorschrift und vor allem am Ergebnis scheitern. CORA<sup>4</sup> bestätigte ohne nähere Begründung die Rechtsprechung der Instanzen, daß nur von dem Teil des Kaufgeldes auszugehen sei, das zur freien Verfügung gezahlt worden war.

8. Im Bereich des BrREG ging es nicht so leicht ab. Der deutsche Text war für den Veräußerer ungünstig; zumindest war er zweideutig. Zu einem frühen Zeitpunkt schloß sich der BOR<sup>5</sup> der im Bereich des USREG herrschenden Ansicht an, obwohl er selbst den verbesserten englischen Text des BrREG („price received by the claimant“) nicht für eindeutig hielt. Seine Kritik am Verfasser (*draftsman*) des BrREG verschwieg er dabei nicht. Angesichts des unzulänglichen Textes entschied er sich für eine dem Veräußerer günstige Auslegung in der richtigen Erwägung, daß sonst die Vorschrift für den Berechtigten nutzlos wäre – eine Erwägung, die dem BOR bei der Umstellung 10:1 allerdings nicht vor Augen gestanden hatte. Wichtig schien es ihm auch, daß der Veräußerer bei der Wahl der Nachzahlung auf die Nutzungen verzich-

<sup>1</sup> So entschieden: WGK Kassel v. 26. 5./9. 6. 1950, RzW 49/50, 304 No. 15; OLG Frankfurt v. 5. 6. 1950, RzW 49/50, 336 No. 11 und v. 11. 10. 1950, RzW 51, 36 No. 9.

<sup>2</sup> SJZ 48, 533.

<sup>3</sup> SJZ 50, 679: „Bei einer Umstellung von 1:1 hieße das die Komplizenhaftung auf die Spitze getrieben.“

<sup>4</sup> CORA v. 30. 4. 1952, RzW 52, 195 No. 4.

<sup>5</sup> BOR v. 5. 11. 1951, RzW 52, 22 No. 38.

ten mußte. Die Ansprüche aus der Beschlagnahme des Kaufgeldes waren an den Erwerber abzutreten.

Hiermit waren aber die Instanzgerichte nicht einverstanden. Sie rebellierten. OLG Celle<sup>1</sup> folgte gerade aus dem Fehlen einer Regelung, die der des Art. 36 Abs. 3 BrREG entsprach, daß der Veräußerer auch den nicht zur freien Verfügung gezahlten Teil des Kaufgeldes an den Erwerber abtreten müsse; behielt aber der Veräußerer diese Ansprüche, so würde er doppelt entschädigt, denn er erhielte außerdem die beschlagnahmte Kaufgeld in der Form der Nachzahlung zurück; bei der Nachzahlung gebe es zwar keine Nutzungen, wohl aber Zinsen auf den Unterschiedsbetrag. OLG Hamburg<sup>2</sup> versagte ebenfalls dem BOR die Gefolgschaft. Dieser ließ sich von seinem Standpunkt nicht abbringen, allerdings ohne ihn mit weiteren Gründen zu unterstützen.<sup>3</sup> Noch im Jahre 1955 begehrt OLG Hamm<sup>4</sup> gegen den BOR auf: bei der Wahl der Nachzahlung erhalte der Veräußerer bares Geld, bei der Natural-RE müsse er das Objekt erst zu Geld machen; die dem Veräußerer gebührenden Zinsen seien durch keine Gegenposten gemindert, während die Nutzungen durch die dem Erwerber gebührenden Kaufgeldzinsen oft aufgezehrt würden.

Der Nachfolger des BOR, ORG II, blieb in dieser Frage – anders als in der Frage der Umstellung – hart: das Fehlen einer dem Art. 36 Abs. 3 BrREG entsprechenden Regelung bei der Nachzahlung schließe eine Analogie nicht aus;<sup>5</sup> daher bleibe die nicht zur freien Verfügung gezahlte Kaufgeld außer Betracht.

9. OLG Hamm<sup>6</sup> hatte durchaus zutreffend darauf hingewiesen, daß der gesperrte oder beschlagnahmte Kaufpreis in der Regel zur Deckung von ungesetzlichen Sonderabgaben verwandt worden war; daß der hierauf gegründete entschädigungsrechtliche Erstattungsanspruch im Verhältnis von 10:2 umgestellt werde; und daß sich der Erwerber nach der Veräußerer um 100% besser stünde, wenn er den entschädigungsrechtlichen Erstattungsanspruch behielte, anstatt ihn für einen 10:1 umgestellten Nachzahlungsanspruch an den Erwerber wegzugeben. Das war im Jahre 1955, als die Entscheidung erging, richtig, aber in den Jahren 1948 bis etwa 1953/54 noch keineswegs für die Berechtigten sichtbar. Bis zum Inkrafttreten des ersten bundesrechtlichen Entschädigungsgesetzes, des Bundesergänzungsgesetzes (BERG) v. 18. 9. 1953 gab es nur in d-

<sup>1</sup> OLG Celle v. 16. 6. 1952, RzW 52, 271 No. 24; ebenso BURKHARDT, RzW 52, 49 zu No. 2.

<sup>2</sup> OLG Hamburg v. 3. 5. 1952, RzW 52, 241 No. 28 unter Berufung auf BURKHARDT aaO.

<sup>3</sup> BOR v. 29. 4. 1954, RzW 54, 238 No. 18.

<sup>4</sup> OLG Hamm v. 11. 7. 1955, RzW 55, 323 No. 18, wo das Gericht sich mit der gesamten Rechtsprechung und Literatur noch einmal ausführlich auseinandersetzte.

<sup>5</sup> ORG II v. 28. 12. 1956, RzW 57, 40 No. 13. Die Begründung war allerdings in hohem Grade unklar. Das Gericht verwies den Erwerber wegen der Ansprüche aus der Beschlagnahme oder Sperrung des Kaufgeldes auf § 426 BGB, wobei offenbar an eine gesamtschuldnerische Haftung des Erwerbers und des Reiches, das die Beschlagnahme veranlaßt hatte, gedacht war. BURKHARDT, RzW 57, 104 zu No. 16 hat die Unhaltbarkeit dieser Konstruktion treffend analysiert. Er schloß mit Recht: „Die Entscheidung wird zum delphischen Orakel. Außerdem wurde in der Praxis der die Nachzahlung begehrende Veräußerer stets zur Abtretung seiner Ansprüche aus der Beschlagnahme an den Erwerber verurteilt.“

<sup>6</sup> Siehe Anm. 4.

Ländern der US-Zone, in Hamburg und in Berlin Entschädigungsgesetze, in denen die Erstattung von ungesetzlichen Sonderabgaben vorgesehen war.<sup>1</sup> Die Erstattungspflicht war der Höhe nach beschränkt.<sup>2</sup> Die Befriedigung der durch Bescheid festgesetzten Entschädigungsansprüche war den jeweilig verfügbaren Deckungsmitteln des wiedergutmachungspflichtigen Landes angepaßt; sie erfolgte im Rahmen von Befriedigungsprioritäten und Höchstbeträgen.<sup>3</sup> Das BErgG sah die Erstattung von Sonderausgaben vor, beschränkte aber die Erstattung von Reichsfluchtsteuer bei Beträgen über RM 50000 durch den Umstellungsschlüssel von 10 : 1,<sup>4</sup> während sonst 10 : 2 umgestellt wurde.

Es war also bis zum Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) v. 29. 6. 1956 niemandem möglich, aufgrund eines gegebenen Tatbestandes eine zuverlässige Bilanz aufzustellen, aus der sich ablesen ließ, ob und welche RE- oder Entschädigungsansprüche diesem Tatbestand am meisten entsprachen. Die Möglichkeit, auf die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegen die öffentliche Hand auszuweichen, war in den Ländern der Brit. Zone für viele Jahre sehr gering. Dies mag der Grund gewesen sein, weshalb im Bereich des BrREG am härtesten um die Auslegung des Art. 13 BrREG bei Beschlagnahme oder Sperre des Kaufgeldes gestritten worden ist.

10. Im Bereich der REAO blieb die Frage des nicht zur freien Verfügung gezahlten Kaufgeldes sogar bis zum Jahre 1961 offen. Erst damals – als die überwiegende Mehrzahl aller individuellen RE-Fälle längst abgeschlossen war – entschied ORG Berlin<sup>5</sup> überraschenderweise entgegen der höchstrichterlichen Rechtsprechung im Bereich des USREG und des BrREG dahin, daß es unerheblich sei, ob das Kaufgeld in vollem Umfang zur freien Verfügung des Veräußerers gelangt war und bezog sich auf die Begründung des OLG Celle:<sup>6</sup> der Veräußerer könne nicht zweimal entschädigt werden. Warum die in der Praxis bewährte Abtretung der Entschädigungsansprüche an den Erwerber dem nicht abhelfen sollte, wurde nicht erklärt.

11. Angesichts der jahrelangen Rechtsunsicherheit in dieser Frage war es kein Wunder, daß alle nur denkbaren Versuche unternommen wurden, um von der Wahl der Nachzahlung *nachträglich* loszukommen. Man versuchte es zunächst mit der Anfechtung wegen Irrtum (§ 119 BGB), was mißlingen mußte, da es sich um einen

<sup>1</sup> Das zoneneinheitliche Entschädigungsgesetz der Länder der US-Zone (USEG) v. 26. 4. 1949 sah in § 19 die Erstattung von Sonderabgaben vor. In Hamburg gab es diese Möglichkeit erst seit dem Entschädigungsgesetz v. 8. 4. 1953, in Berlin seit dem BerEG v. 10. 1. 1951. Die Mehrzahl der Länder der Brit. Zone hatten keine umfassende, Vermögensschäden einschließende Entschädigungsgesetzgebung bis zum Inkrafttreten des BErgG im Jahre 1953.

<sup>2</sup> § 19 Abs. 3 Satz 2 USEG sah eine summenmäßige Beschränkung der Erstattung der Reichsfluchtsteuer bei Zahlungen von über RM 50000 vor.

<sup>3</sup> § 38 USEG.

<sup>4</sup> § 21 Abs. 5 Satz 2 BErgG.

<sup>5</sup> ORG Berlin v. 20. 6. 1961, XVI, 166.

<sup>6</sup> in Anm. 1 der Vorseite.

unbeachtlichen Motivirrtum handelte.<sup>1</sup> Dann griff man auf die Erklärung zurück durch die das Wahlrecht ausgeübt worden war.<sup>2</sup> Vielfach hatten die Anmelder, beraten oder un beraten, auf dem Anmeldeformular den Nachzahlungsanspruch durch die Antwort „JA“ gewählt. Dem Formular im Bereich des USREG war eine „Anleitung zur Vornahme der Anmeldung des RE-Anspruchs“ beigelegt. Sie war gut gemeint, aber für einen Laien unverständlich. Woher hätte er wissen sollen, was der Anspruch auf Nachzahlung vom Anspruch auf Natural-RE unterschied? Welcher Anwalt, in- oder außerhalb Deutschlands, konnte mit dem soeben veröffentlichten USREG so vertraut sein, daß er den Anmelder bei der Wahl zuverlässig hätte beraten können? Wo und wie sollte ein in Übersee ansässiger Anmelder Rat holen? Die Erwerber von Formularen im Rechtsverkehr pflegen meist in aller Naivität ihre eigenen Sachkunde bei den Empfängern als selbstverständlich vorauszusetzen. Das Anmeldeformular war an vielen irreparablen Fehlentscheidungen schuld. Man hätte unbedingt darauf hinweisen müssen, daß die Wahl des Nachzahlungsanspruchs noch im Laufe des Verfahrens erklärt werden konnte.

Deshalb war es wirklichkeitsfremd, wenn manche Gerichte<sup>3</sup> und sogar COR den Veräußerer auf seine Antwort „JA“ im Anmeldeformular festnageln zu soll glaubten. Andere Gerichte halfen verständnisvoll mit der Begründung, daß die Wahl der Nachzahlung den Verzicht auf sämtliche Ansprüche der Natural-RE voraussetze und ein solcher Verzicht *ausdrücklich* kundgetan werden müsse.<sup>5</sup> Daß ein Verzicht die Kenntnis dessen voraussetzt, auf das man verzichtet, ist selbstverständlich. Die Kenntnis des Anspruchs auf Natural-RE mußte dem Anmelder aber nachgewies-

<sup>1</sup> OLG München v. 3. 8. 1951, RzW 51, 285 No. 7; OLG Stuttgart v. 27. 9. 1950, RzW 68 No. 7.

<sup>2</sup> OPPENHEIM, BB 49, 656 fragte mit Recht, woher denn eigentlich der Anmelder im Zeitpunkt der Anmeldung hätte wissen sollen, welchen Wert die Ansprüche besaßen, auf die durch die Wahl der Nachzahlung verzichtetete.

<sup>3</sup> OLG Stuttgart v. 27. 9. 1950, Anm. 1.

<sup>4</sup> CORA v. 3. 5. 1950, RzW 49/50, 274 No. 14; I, 115: der Anmelder hatte sowohl Nachzahlung gewählt, wie die Anfechtung nach Art. 4 USREG erklärt. Er hatte also offenbar nicht begriffen, was er erklärte. Später war CORA großzügiger und gestattete dem Veräußerer selbst *nach* erklärter Wahl seinen Antrag abzuändern, weil Art. 49 USREG die Antragsweiterung gestatte: CORA v. 8. 2. 1952, RzW 52, 137 No. 18. Diese Begründung wieder war unverständlich, weil Art. 16 als *lex specialis* den Art. 49 ausschloß. Immerhin konnte s. CORA der Härte nicht verschließen, die darin lag, jemanden an seiner Wahl festzuhalten, der nicht wußte und nicht wissen konnte, was er wählte und worauf er durch die Wahl verzichtete.

<sup>5</sup> OLG Frankfurt v. 26. 10. 1950, RzW 51, 68 No. 8. Während OLG München (Anm. noch gemeint hatte, ein solcher Verzicht könne auch stillschweigend erklärt werden, denn sei nur eine Folge der Wahl, war das gleiche Gericht zwei Jahre später anderer Ansicht: in Entsch. v. 19. 8. 1952, RzW 53, 4 No. 5 erklärte OLG München, es müsse angesichts der Umstellung 10:1 „verlangt werden, daß der Verzicht ausdrücklich erklärt werde, oder aber s. zwingend aus dem Verhalten des Anmelders ergebe“. In der Entsch. v. 25. 8. 1952, RzW 4 No. 6 entschied OLG München, die bloße Antwort „JA“ auf die nicht eindeutig formulierte Frage No. 42 des Anmeldeformulars für das USREG sei *nicht* als Verzicht auf die Naturalauszulegen. Auch hier erwies sich, daß die wachsende Einsicht in die Rechtswirklichkeit richterliche Urteil bestimmend beeinflußte. Hier hatten einmal nicht die Letzten, sondern Ersten das Nachsehen.

werden. Dies veranlaßte ein Gericht, zu seltsamen Mitteln zu greifen, um die von ihm vermutete Kenntnis zur festgestellten Tatsache zu verwandeln.<sup>1</sup>

Der BOR<sup>2</sup> zeigte sich in der Auslegung von Erklärungen im Laufe des Verfahrens überaus verständnisvoll und enthielt sich des Eingriffs, wenn die Tatsacheninstanz festgestellt hatte, daß dem Anmelder der Wille gefehlt hatte, auf die Ansprüche aus der Natural-RE zu verzichten.

Wo Nachzahlung gewählt war, obwohl sie der rechtlichen Grundlage entbehrte – wie etwa bei der Entziehung durch Staatsakt –, wurde der Verzicht auf den Anspruch auf Natural-RE zu Recht als gegenstandslos betrachtet.<sup>3</sup>

12. Dem Berechtigten sollten auf den Unterschiedsbetrag angemessene Zinsen gezahlt werden, wobei die Vorschriften über die Nutzungen entsprechende Anwendung finden sollten.<sup>4</sup> Was sich der *draftsman* des in die beiden anderen Gesetze übernommenen Art. 16 USREG bei der Bezugnahme auf die Vorschriften über die Nutzungen wohl gedacht hat, war und ist unerfindlich. Der Nachfolger des BOR, der SRC,<sup>5</sup> widmete dem Versuch einer Antwort auf diese Frage drei Druckseiten. Er begann mit dem *understatement*, daß dieser Teil des Art. 13 zu den „weniger gelungenen“ („less successfully-drafted“) Teilen des Gesetzes gehöre und endete mit der Feststellung, daß der *draftsman* sich bei den Zinsen mit dem Zusatz „angemessene“ hätte begnügen und damit die Festsetzung der Zinshöhe den Gerichten hätte überlassen können.

<sup>1</sup> OLG Bremen v. 14. 2. 1952, RzW 52, 102 No. 10: der Anmelder hatte sich auf eine Stelle in einem Kommentar zum USREG berufen. Die WGK hielt ihm vor, dann könne ihm beim Weiterlesen auch die unmittelbar nachfolgende Anmerkung des Kommentars nicht entgangen sein, in der erklärt werde, daß die Wahl der Nachzahlung gleichzeitig den Verzicht auf alle anderen RE-Ansprüche bedeute. Hieraus entnahm die WGK kurzerhand die Kenntnis des Anmelders von der Existenz des Anspruchs auf Natural-RE. Der RE-Senat des OLG hatte daran nichts zu beanstanden. Beide Instanzen fanden also nichts dabei, aus dem Zitat eines Kommentars im RE-Verfahren herauszulesen, daß der Antragsteller, der ja mit dem Zitieren nicht identisch war, den Kommentar bereits im Zeitpunkt der Abgabe der Wahlerklärung gekannt und gelesen hatte. Beide Instanzen zögerten ebensowenig, anzunehmen, daß der Leser der Seite A auch die folgende Seite B aufgeblättert und gelesen haben müsse. Diese geradezu hämische Entscheidung war kein Glanzpunkt der deutschen Justiz.

<sup>2</sup> BOR v. 17. 2. 1952, RzW 52, 364 No. 19: auf die Anfrage des Vorsitzenden der WGK hatten die Vorstandsmitglieder einer Genossenschaft erwidert, es handele sich nicht um die RE des Grundstücks, sondern um den geldlichen Ausgleich des Schadens, den die Genossenschaft beim Verkauf des Grundstücks erlitten habe. Die WGK stellte fest, daß der Wille zum Verzicht auf die Natural-RE nicht vorgelegen habe. Der BOR versagte es sich, in diese recht großzügige Tatsachenfeststellung einzugreifen.

<sup>3</sup> BOR v. 22. 2. 1952, RzW 52, 148 No. 43. Man will es kaum glauben, daß die Vorinstanz, OLG Hamburg, hier dem Berechtigten *sowohl* die Wahl der Nachzahlung *wie* auch, wegen des „Verzichts“, die Natural-RE hatte versagen wollen! Daß die Nachzahlung nur bei Entziehung durch Rechtsgeschäft, nicht auch bei Entziehung durch Staatsakt möglich war, ergab sich aus dem Text des Art. 13 BrREG; gleichlautend Art. 14 REAO. Bei Art. 16 USREG ergab es sich aus dem Sinn der Vorschrift; die öffentliche Hand im Dritten Reich beschlagnahmte stets entschädigungslos.

<sup>4</sup> Art. 32 Abs. 2 Satz 4 USREG; Art. 27 Abs. 1 Satz 2 BrREG; Art. 28 Abs. 1 Satz 2 REAO: Zinsen auf das Kaufgeld waren bei der Nutzungsabrechnung angemessen zu berücksichtigen.

<sup>5</sup> SRC v. 26. 5. 1955, IV, 109 (121–127).

#### Ansprüche des Berechtigten: Surrogation

Der SRC fügte schmunzelnd hinzu: „Wir können nur bedauern, daß der gleiche Gedanke nicht auch dem Verfasser des Art. 13 gekommen ist“.

ORG Berlin brachte diesen Humor leider nicht auf. Dieses Gericht begriff nicht, daß es sich hier um eine *inhaltlose Floskel* handelte und erklärte allen Ernstes, Zinsen auf den Unterschiedsbetrag nur bis zur Höhe der vom Erwerber gezogene Nutzungen zugesprochen werden könnten.<sup>1</sup> Bei einer Vollruine also, die seit dem Zweiten Weltkrieg keine Nutzungen mehr erbracht hatte, dem Regelfall der Nachzahlung, erlitt der Berechtigte in Berlin praktisch keine Zinsen auf den 10:1 umgestellten Unterschiedsbetrag – ein vom Gesetzgeber niemals gewolltes, absurdes Ergebnis.

13. Mit diesem fast komischen Nachspiel endete die Tragödie des Nachzahlungsanspruchs. Es hat auf dem Gebiet der RE keine stärker mißglückte Vorschrift gegeben. Was hätte gesagt werden müssen, stand nicht im Text; was im Text stand, hätte anders gesagt werden müssen. Hunderte, vielleicht Tausende von unnötigen Prozessen wurden geführt; unzählige begründete Ansprüche auf RE sind an dieser Vorsehung gescheitert. Als sich herausstellte, wie sehr mißglückt sie war, hätte man die Bindung an die Wahl rückwirkend aufheben sollen. Ob dies den Militärregierungen von deutscher Seite nahegelegt worden ist, läßt sich nicht mehr feststellen.

#### C. Surrogation

1. Es gab keine Natural-RE, wenn der entzogene Gegenstand physisch nicht vorhanden war. Der physischen Nichtexistenz stand die Unauffindbarkeit gleich, dieser wiederum die Entfernung des Gegenstandes aus dem Geltungsbereich der RE, weil die Natural-RE für solche Gegenstände nicht rechtswirksam angeordnet werden konnte.<sup>2</sup> Oft führte der Verlust des Gegenstandes zum Ersatz durch einen anderen Gegenstand oder durch Geld: für beschlagnahmtes Land wurde Ersatzland übereignet; für eingezogene Wertpapiere wurden neue ausgegeben; für gestohlene Sauren wurden die Versicherungssummen ausgezahlt. Der Ersatz trat an die Stelle des entzogenen Gegenstands (Surrogation). Der Grundsatz der Surrogation ist seit alter Bestandteile aller europäischen Rechte und in § 281 BGB verankert. Er fand denselben auch Eingang in die REG.<sup>3</sup> Was der Erwerber infolge des Umstandes, der die Natural-RE unmöglich machte, erlangt hatte, sollte er dem Veräußerer herausgeben. Gleiche galt für den Fall der Verschlechterung.

Eine besondere Regelung wurde für das *Unternehmen* geschaffen, dessen eig-

<sup>1</sup> ORG Berlin v. 2. 5. 1956, RzW 56, 204 No. 21.

<sup>2</sup> ORG Berlin v. 25. 5. 1959, RzW 60, 62 No. 4: einer der zahlreichen von Friedrich Großen benutzten Schreibische war vom Reich entzogen und in das Schloß Sanssouci in Potsdam verbracht worden. Er war damit der Wirkung einer RE-Anordnung entzogen wurde vom ORG Berlin als „verloren“ i.S. des Art. 26 Abs. 3 REAO betrachtet.

<sup>3</sup> Art. 29 USREG; Art. 25 BrREG; Art. 26 REAO.

einer ihrer Bürger Kläger waren. Das Plenum der Schiedskommission setzte sich aus allen Mitgliedern der drei Kammern, also aus neun Richtern, zusammen.

Abweichende Meinungen der Richter wurden veröffentlicht.<sup>1</sup> Bei der Entscheidung über den maßgebenden Zeitpunkt der Identifizierung der weggenommenen Sache gab es nicht weniger als fünf verschiedene Begründungen: die Begründung der Mehrheit; eine im Ergebnis abweichende Meinung der drei deutschen Richter; eine in der Begründung und im Ergebnis abweichende Meinung des französischen Richters; eine nur in der Begründung abweichende Meinung eines schwedischen Richters; schließlich eine im Ergebnis abweichende Meinung des Richters der USA. Die „Mehrheit“ bestand mithin aus drei Richtern: dem schwedischen Präsidenten, dem schweizer Richter und dem britischen Richter, wobei die Stimme des schwedischen Präsidenten den Ausschlag gab.

Ein so sehr in sich zerfallenes Gericht konnte kaum noch beanspruchen, als ein Organ wirklicher Rechtsprechung angesehen zu werden. Hier überwogen eindeutig die politischen Interessen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Äußeren Restitution war nicht erheblich.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> RZW 65, 476 No. 28: eine Entscheidung des Plenums v. 26. 3. 1965.

<sup>2</sup> Siebenter Abschnit, V, 1, S. 370.

## SIEBENTER ABSCHNITT

### STATISTIK

#### I. Allgemeines

1. Das Interesse der westlichen Militärregierungen an Statistik war sehr unterschiedlich. Es entsprach ihren politischen Grundauffassungen.

Für die *Amerikaner* war Statistik von entscheidender Bedeutung: sie diente einmal der Kontrolle des Ablaufs der Arbeit der Behörden und Gerichte, und sie war weiterhin ein Instrument politischer Werbung. Deshalb war die US-Statistik von höchster Effizienz und jedermann zugänglich.

Für die *Engländer* war Statistik eine relativ unwichtige Angelegenheit ihrer Verwaltung. Sie war ein Muster von Ineffizienz und wurde politisch nicht ausgewertet.

Für die *Franzosen* war Statistik ein für die deutsche Öffentlichkeit nicht bestimmter interner Vorgang untergeordneter Bedeutung und diente lediglich der Kontrolle des Arbeitsablaufs.

2. Sämtliche Daten des Rechtsvorgangs Rückerstattung, aus denen Rückschlüsse nicht nur über den Ablauf des Geschehens, sondern vor allem auch über die Struktur der Ansprüche und ihrer Träger gezogen werden können, sind fast ausschließlich der US-Statistik (*Statistical Internal Restitution Reports, Monthly and Cumulative*) zu verdanken. Sie umfaßte nicht nur die Länder der US-Zone, sondern auch die drei westlichen Sektoren von Berlin. Dem Besatzungsstatus von Westberlin wiederum ist es zu danken, daß diese Statistik für Westberlin und zum Teil auch für die US-Zone noch bis zum heutigen Tage weitergeführt wird. Dies ermöglicht Rückschlüsse über einen Zeitraum von nunmehr 25 Jahren: die US-Statistik begann am 10. 11. 1947. Zahlen wurden allerdings erst vom Stichtag des 30. 6. 1949 an veröffentlicht.

Für die Länder der US-Zone endete die Statistik mit dem 30. 10. 1957. Die veröffentlichte Statistik der Brit. Zone begann erst mit dem 31. 12. 1951 und endete am 30. 6. 1957. Die veröffentlichte Statistik der Franz. Zone setzte mit dem 30. 4. 1950 ein und endete bereits am 31. 3. 1955.

3. Vergleiche zwischen den Statistiken der drei beteiligten Regierungen sind nur sehr beschränkt und mit starken Vorbehalten möglich. Jede dieser Statistiken hatte ihre eigenen Aufgaben und deshalb ihren eigenen Aufbau.

Die *US-Statistik* war unverkennbar ein Produkt der in USA schon damals hoch entwickelten Technik des business management. Sie gründete auf einem glänzend durchdachten System von statistischen Fragebögen, die jede Stufe des Prozesses der Rechtsverwirklichung erfaßten und über deren vollständige und rasche Beantwortung

in der Form von Teil- und Schlußberichten unerbittlich gewacht wurde. Sie brachten jeweils das Ergebnis des Berichtszeitraums – ein Monat – wie auch jeweils das Gesamtergebnis (*cumulative report*) aller bis dahin abgelaufenen Berichtszeiträume. Diese Fragebögen waren von Anfang an so gut konzipiert, daß sie im Laufe der Jahre praktisch nicht geändert werden mußten.

Die *Brit. Statistik* war ebenso unverkennbar ein Beispiel der auf anderen Gebieten durchaus gerechtfertigten Methode von „*trial and error*“ (Versuch und Irrtum). Ihr System änderte sich fortlaufend und ist schon deshalb nur begrenzt verwertbar.

4. Die *US-Statistik* ging zunächst dem Umfang der RE nach: gesondert für Individualansprüche und für Ansprüche der Nachfolge-Organisationen wurden für jedes der vier Länder der US-Zone (Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Bremen) ermittelt, wieviel Fälle (*cases*) zur Entscheidung anstanden; wieviel Fälle im jeweiligen Berichtsmonat auf den vier Stufen der Bearbeitung (WGAE, WÖK, OLG und ORG) rechtskräftig entschieden, verglichen oder anderweitig endgültig erledigt wurden, und wieviel Fälle noch abhängig waren.

Dann wurde ermittelt, in welcher Form diese Fälle zur Erledigung gebracht worden waren: durch Vergleich, durch Zuerkennung oder Aberkennung des Anspruchs, durch Rücknahme oder (bei der JRSO) durch Globalvergleich.

Die so ermittelte Masse der erledigten Ansprüche wurde nun auf ihre Struktur hin durchleuchtet: Unternehmen, Grundbesitz, Hypotheken, Wertpapiere, Kunstgegenstände sowie die schwer zu analysierende Rubrik des Geldersatzes (*compensation*). Jeder zuerkannte Anspruch wurde im Schlußbericht bewertet. Diese Bewertung war naturgemäß problematisch.

Weiterhin wurde ermittelt, welches die Staatsbürgerschaft oder der Wohnsitz des Berechtigten waren, und die geschätzten Werte der rückerstatteten Vermögensgegenstände den jeweiligen Ländern zugeordnet.

Das gleiche Schema galt automatisch für die zusammenfassenden Berichte.

5. Nur die Schöpfer der US-Statistik hatten zu einem relativ frühen Zeitpunkt (Frühjahr 1952) begriffen, daß die RE-rechtlichen Geldansprüche gegen das *Deutsche Reich* auch statistisch gesondert erfaßt werden mußten; der sogen. Überleitungsvertrag v. 26. 5. 1952 sah in Art. 4 Abs. 3 des Dritten Teils für diese Ansprüche die Höchstsumme von 1,5 Milliarden DM vor, bis zu der sich die Bundesrepublik damals zu deren Befriedigung verpflichtet hatte. Die beiden anderen Regierungen haben diese Unterscheidung in ihren Statistiken nicht eingeführt. Dies macht für die Zwecke dieser Darstellung eine zusammenfassende Statistik aller individuellen Ansprüche unmöglich und erschwert selbst eine nur annähernde Schätzung.

6. Die statistischen Unterlagen für die US-Zone und für Westberlin sind von der Außenstelle München des Verwaltungsamtes für Innere Restitutionen zur Verfügung gestellt worden. Die Statistik für die Brit. Zone stammt vom Verwaltungsamt für Innere Restitutionen in Stadthagen; die franz. Statistik wurde vom Besatzungsarchiv der frü-

heren Franz. Zone in Colmar bereitgestellt. Weitere statistische Unterlagen stammen von der Statistischen Abteilung der Wiedergutmachungsämter von Berlin, vom Archiv des früheren Treuhänders für zwangsübertragene Vermögen in Berlin, vom Senator für Finanzen und vom Senator für Justiz in Berlin, von der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin; die Unterlagen für die Ansprüche nach BRüG stammen vom Bundesministerium der Finanzen.

## II. Umfang der Rückerstattung

### A. Eingänge und Erledigungsquote

1. Die Einheit, mit der in der US und in der Brit. Zone sowie in Berlin der Arbeitsaufwand gemessen wurde, war der „Fall“ (*case*). Der Fall bezeichnete ein einzelnes zur Entscheidung anstehendes Verfahren. Der Fall konnte einen oder mehrere Ansprüche (*claims*) umfassen, wenn sie ausschließlich die Verfahrensparteien betrafen. Der Fall entstand aus der Anmeldung (*petition*), die eine Vielzahl von Ansprüchen gegen eine Vielzahl von Pflichtigen enthalten konnte und auch oft enthielt. Die US-Statistik führte die Zahl der Anmeldungen bis zum 30. 11. 1954 auf. Bis zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 52257 Anmeldungen eingereicht worden. Ihnen entsprachen insgesamt 81108 rechtshängige Fälle. *Zwei Anmeldungen ergaben also im Durchschnitt drei Fälle.* Der Fall wurde im Zeitpunkt der Zuleitung der von den Zentralmeldeämtern gebildeten Akte an die WGAE rechtshängig; mit der Verweisung an die WGK wurde er strittig. Er blieb auch bei einer Teilentscheidung solange anhängig, bis sämtliche Ansprüche, die den Gegenstand des Verfahrens bildeten, endgültig erledigt waren. Die endgültige Erledigung konnte entweder eine rechtskräftige Entscheidung oder ein das gesamte Verfahren beendender Vergleich sein.

Dem „Fall“ entsprach in der Franz. Zone die Klage (*action*).

2. Eine nach Halbjahren gegliederte Übersicht über die rechtshängig gewordenen, endgültig erledigten und noch anhängigen Fälle einschließlich der RE-rechtlichen Schadensersatzansprüche gegen das Reich gibt die Tabelle No. 1 für die Länder der US-Zone. Tabelle No. 2 enthält das gleiche Zahlenwerk unter Fortlassung der geldlichen Reichsansprüche, jedoch für einen kürzeren Zeitraum. Die erste so aufgegliederte Statistik erschien für den Stichtag des 31. 7. 1952. Die Einbeziehung auch der Reichsansprüche ist hier unumgänglich, weil die Statistiken für die Anfangsjahre der RE, also für deren entscheidende Phase, keine Trennung zwischen individuellen und Reichsansprüchen vorsahen.

Tabelle No. 3 enthält das Zahlenwerk für die drei Westsektoren von Berlin einschließlich der Reichsansprüche. Tabelle No. 4 gibt die Zahlen ohne die Reichsansprüche.

Die Tabellen gliedern auf, wieviel Fälle auf jeder der vier Stufen des Verfahrensgangs endgültig erledigt wurden.

Der allen vier Tabellen gemeinsame Vergleichszeitpunkt ist der 31. 10. 1957. Mit diesem Stichtag endete die US-Statistik.

Die Ansprüche der Nachfolge-Organisationen sind in diesen Tabellen *nicht* enthalten.

Eine nachträgliche Eliminierung der Reichsansprüche für die Zeit vor dem 31. 6. 1952 ist mangels statistischer Daten nicht möglich.

3. Die erst anderthalb Jahre nach dem Erlaß des USREG einsetzende Statistik der Tabelle No. 1 zeigt ein zunächst schnelles, später langsamer werdendes *Anwachsen der Eingänge*, das selbst 1957 noch nicht zum Stillstand gelangt ist. Ein ähnliches Bild zeigt Tabelle No. 2. Das stetige Anwachsen der Eingänge auch noch viele Jahre nach Ablauf der Anmeldefrist ist zum Teil auf die sehr zahlreichen Verweisungen von Zone zu Zone<sup>1</sup> zurückzuführen, zum Teil auf die Trennung von Fällen, die irrig in einem Verfahren zusammengefaßt waren.

4. Die *Erledigungsquote* wächst in den ersten fünf Jahren steil an. Die Kurve flacht dann ab und wächst mit den Jahren immer langsamer.

In den Ländern der *US-Zone* war die individuelle RE ausweislich der Tabelle No. 2 bereits am 31. 10. 1957 zu 98%, also praktisch fast vollständig *abgewickelt*. Über den Stichtag vom 31. 10. 1957 hinaus gibt es keine vollständigen Ziffern mehr. Die unvollständigen Ziffern der Tabelle No. 1 lassen erkennen, daß auch der Komplex der Reichsansprüche in der US-Zone in den darauffolgenden 16 Jahren so gut wie vollständig aufgearbeitet war. Rechnerisch wurden in diesem Zeitraum 208 Fälle jährlich erledigt.

In *Berlin* war die individuelle RE nach der Tabelle No. 4 am 31. 10. 1957 nur zu 82,5% erledigt; erst am 31. 12. 1973 war der Bestand vollständig abgewickelt. Die über 1957 hinaus geführte Berliner Statistik offenbart in den Jahren 1960 bis 1970 nahezu einen Stillstand; die Erledigungsquote wuchs in diesem Zeitraum nur um 2%. Die in den sechziger Jahren zunehmende Immobilität ist auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen.

Seit dem Erlaß des BRüG waren die RE-Gerichte vorwiegend mit den Reichsansprüchen befaßt. Die in den Fragen der individuellen RE erfahrenen Richter erreichten die Altersgrenze und schieden aus. Die jüngeren Kräfte hatten weder Erfahrung noch auch viel Gelegenheit, sich Erfahrung anzueignen. Der Bodensatz der RE-Fälle war objektiv schwierig und oft durch lange Instanzenwanderungen unförmig angeschwollen. Die Parteien, die 10, 15 oder gar 20 Jahre prozessierten, hatten sich durch ihre Ausdauer und Verbissenheit als vergleichsunwillig und nicht mehr ansprechbar erwiesen. Meist waren die Geschädigten verstorben; die Erben oder Erbserben hatten am Verfahren ein ausschließlich geschäftliches Interesse. Sie hatten das Gefühl für den geringen moralischen Wert ihres Prozessierens verloren.

<sup>1</sup> Nach Art. I Abs. 2 der AusfVO No. 5 z. USREG und Art. 1 (c) der AusfVO No. 3 z. BrREG galten irrtümliche Anmeldungen in einer anderen Zone als fristwährend. Für die Franz. Zone bedurfte es dessen nicht, weil bei irriger Anmeldung in einer anderen Zone meist ein Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegeben war, sodaß die Fristversäumnis geheilt werden konnte. In Berlin schien eine entsprechende Vorschrift entbehrlich.

5. Allerdings wurde in der weitaus überwiegenden Zahl dieser Fälle nicht mehr um die Grundfrage der RE, sondern um *Nebensprüche* – Nutzungen, Ersatz von Verwendungen – gestritten. Desto trauriger ist es, daß diese Geldansprüche nicht im Vergleichswege hatten bereinigt werden können. Weiterhin ist in Rechnung zu stellen, daß auch amtliche Statistiken schwerwiegende Irrtümer enthalten können. *Doppelzahlungen* sind nicht auszuschließen. Bei so hohen Zahlen kann die Fehlerquote hohe absolute Werte erreichen. Die aus der Tabelle No. 4 zum 31. 12. 1973 ersichtliche Korrektur bestätigt dies. Es bleibt offen, ob nicht auch diese Korrektur Fehlerquellen enthielt.

Trotz aller Unzulänglichkeiten, die jeder Statistik innewohnen, darf festgestellt werden: die Abwicklung des letzten Fünftels der individuellen RE-Ansprüche hat rund 16 Jahre, also doppelt solange gedauert wie die Abwicklung der ersten vier Fünftel in den 8 Jahren von 1949 bis 1957. Die Bewältigung dieses „Bodensatzes“ hat ungebührlich viel Zeit, Arbeit und Kosten verursacht. Ähnliche Feststellungen werden sich auch für andere Gebiete der Wiedergutmachung ergeben. Offenbar ist es der ihrer Natur und Bestimmung nach konservativen Justiz versagt, auf den Zeitablauf der Rechtsfindung aktiven Einfluß zu nehmen. Das sonst wirkungsvolle Risiko der nicht unerheblichen Gerichts- und Anwaltskosten im Falle des Unterliegens entfiel in den Bereichen des BrREG und der REAO. Dort, wo es bestand, im Bereich des USREG, hat es unzweifelhaft zur Beschleunigung beigetragen. Die Befreiung vom Kostenrisiko, gut gemeint und grundsätzlich gerechtfertigt, barg wie jede Freiheit Möglichkeiten des Mißbrauchs. Sie wurden im Spätstadium voll genutzt. Nur starke Richterpersönlichkeiten hätten dieser Gefahr entgegenwirken können. Leider war oder erschien die Wiedergutmachung, die mit den Jahren immer weiter dem öffentlichen Interesse entschwand, nicht zukunftsfruchtig und deshalb nicht attraktiv für diesen Richtertyp.

6. Die Beteiligung der *vier Verfahrensstufen* an der endgültigen Erledigung der individuellen RE-Fälle in der US-Zone und in Berlin war auffallend ähnlich:

	(in vollen Prozenten)			
	WG Ae	WGK	OLG	ORG
31. 10. 1957 US-Zone	71	24	3	2
	WG Ae	WGK	KG	ORG
31. 10. 1957 Berlin	71	24	4	1
31. 12. 1973	65	27	6	2

Der weitaus größte Teil der Fälle wurde in der Schiedsinstanz (WG Ae) durch Vergleich oder Abweisung endgültig erledigt. Die Quote der rechtlich unschlüssigen und daher ohne weiteres abweisungsreifen Ansprüche war sehr hoch (unten zu B).

Die Unkenntnis der Antragsteller und oft auch ihrer Bevollmächtigten über die Grenzen der RE war besonders im Ausland naturgemäß sehr groß. Kein Aufwand an Information – auch über die im Ausland erscheinenden Tageszeitungen – hat zu verhindern vermocht, daß viele Tausende von sinnlosen Ansprüchen angemeldet wurden.

Mit zunehmendem Zeitablauf verlagerte sich das Schwergewicht der Arbeit in die

höheren Instanzen. Die Fälle wurden rechtlich und tatsächlich schwieriger. Deshalb erforderte auch ein Vergleich die Mitwirkung der Kollegialgerichte. Die Quote der durch alle vier Instanzen geführten Verfahren nahm zu.

7. Das Verhältnis der absoluten Zahl der Anträge in der US-Zone zu denen in Berlin erfordert eine Erklärung.

Die Bevölkerungsziffer der Länder der US-Zone betrug 1939 15 663 000; die von Großberlin 4 772 000; die von Westberlin 2 989 000. Für einen Vergleich der Ziffern der individuellen RE kommt nur Westberlin in Betracht. Der überwiegende Teil der individuellen RE setzte sich aus Grundbesitz und Unternehmen zusammen. Es ist anzunehmen, daß die meisten Eigentümer dieser in den Westsektoren belegenen Werte auch in den Westsektoren wohnhaft waren. Die vergleichbaren Bevölkerungsziffern verhalten sich also wie etwa 5 : 1. Das Verhältnis der Berliner Ziffern zu den US-Ziffern müßte demnach etwa 20% betragen. Nach den Tabellen No. 2 und 4 beträgt die Anzahl der Anträge in Berlin aber 68% der Zahl der Anträge in der US-Zone.

Dies erklärt sich im wesentlichen aus zwei Faktoren: aus der spezifischen jüdischen Bevölkerungsquote in Berlin vor 1933 und der jüdischen Zuwanderung nach Berlin in den Jahren nach 1933.

Nach den Zahlen des Statistischen Reichsamtes betrug im Jahre 1933 die Zahl der Glaubensjuden in Deutschland 499 682. Bei einer Gesamtbevölkerung in Deutschland von 66 030 300 Menschen machte sie einen Anteil von 0,7% aus. In Großberlin wohnten 1933 jedoch 31,9% aller Glaubensjuden in Deutschland, mithin rd. 159 400 Menschen, d. h. 3,34% der Großberliner Bevölkerung, also fast viereinhalb mal soviel wie im Durchschnitt des Reichsgebietes. Als Großberlin nur rd. 2,5 Millionen Einwohner zählte, betrug der jüdische Bevölkerungsanteil 5,06% und der jüdische Anteil am Steuerertrag 30,77%.<sup>1</sup>

Nach 1933 zogen laufend und in zunehmendem Maß Juden aus den Klein- und Mittelstädten der Provinz nach Berlin, weil sie dort hofften, anonym zu bleiben und untertauchen zu können. Ihre Zahl ging in die Zehntausende.

8. Die ungewöhnlich hohen Ziffern der Eingänge auf der Tabelle No. 3 (individuelle und Reichsansprüche in Berlin) sind zum Teil erklärbar, zum Teil bedürfen sie der Berichtigung. Dieser Zuwachs entstammt nicht der individuellen RE, sondern ist ein Anschwellen der Reichsansprüche. Die Arbeit der RE-Organen war aber nicht in individuelle und Reichsansprüche aufgeteilt. Der Arbeitsfluß war einheitlich. Die Sonderung der individuellen Ansprüche erfolgt erst in dieser Darstellung. Um den Umfang der RE zu verstehen, bedarf es deshalb des Eingehens auch auf das quantitative Phänomen der Reichsansprüche.

Bereits Ende 1951 erreichten die Eingänge in Berlin fast die Eingänge in der US-Zone. Ende 1955 überflügelten sie die US-Eingänge und lagen am 31. 10. 1957 bereits

<sup>1</sup> Alf KRÜGER, Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft, Kommentar zur Judengesetzgebung, Wilhelm Limpert Verlag, Berlin 1940, S. 54. KRÜGER zitiert hier SOMBART.)

um ein Drittel darüber. Der Anstieg setzte sich bis 1958 fort und wurde im Jahre 1959 zu einer Explosion: im Laufe dieses Jahres stiegen die Eingänge auf das 3 1/2-fache des Vorjahres. Sie erreichten im Jahre 1971 fast das 6 1/2-fache des Jahres 1957.

9. Zusätzlich zu der spezifischen jüdischen Bevölkerungsdichte Berlins wirkten sich hier zwei Gesetzesänderungen aus. Als weiterer Faktor kam ein verwaltungstechnischer, die Statistik verzerrender Vorgang hinzu.

a) Ende 1954 wurde die REAO geändert.<sup>1</sup> Danach galten Entziehungsakte des Reichs in Ostberlin als in Westberlin vorgenommen, wenn der Geschädigte in der maßgebenden Zeit – vom 31. 1. 1933–8. 5. 1945 – in Westberlin oder der Bundesrepublik gewohnt hatte.<sup>2</sup> Diese Novelle verlieh den Berliner Wiedergutmachungsbehörden eine erste überregionale Zuständigkeit. Die Entziehungsakte des Reichs in Ostberlin hatten überwiegend Bankguthaben und Wertpapierdepots bei den Berliner Großbanken ergriffen. Die Großbanken hatten ihren Sitz ausnahmslos in der Berliner City, also im Ostsektor. Die Geschädigten waren nicht nur Berliner, sondern in großem Umfang auch Bankkunden aus allen Teilen des Reichs.

Die Berliner WGAE hatten über Jahre hinweg Zehntausende von diesen Ansprüchen mit der Begründung abgewiesen, es fehle mangels Belegenheit an der Gerichtsbarkeit. Die Novelle der REAO eröffnete für diese, kraft der erweiterten Gerichtsbarkeit nunmehr entscheidungsfähig gewordenen Ansprüche eine neue Anmeldefrist.<sup>3</sup> Die Vorläufer dieser Anmeldungswelle erreichten die WGAE schon im Jahre 1955; die Hauptmasse gelangte in den beiden folgenden Jahren dorthin.

b) Im Sommer 1957 wurde das BRüG verkündet.<sup>4</sup> Dieses Gesetz brachte Berlin eine zweite überregionale Zuständigkeit von einer damals nicht vorausgesehenen Bedeutung. § 5 BRüG begründete die Gerichtsbarkeit für Verluste durch Entziehungsakte des Reichs außerhalb des Geltungsbereichs des BRüG (außerhalb der Bundesrepublik und Westberlins), wenn die entzogenen Vermögensgegenstände nachweisbar in den Geltungsbereich oder nach Ostberlin (§ 5 Satz 2) gelangt waren. Wenn der Ort der Verbringung innerhalb des Geltungsbereichs nicht feststand, war die Gerichtsbarkeit der Westberliner Wiedergutmachungsbehörden begründet. Die Beute der Judenverfolgung in allen besetzten Gebieten Europas war unermesslich. Ob die Verbringung in den Teil des früheren Reichs, der jetzt das Gebiet der Bundesrepublik darstellt, oder nach Großberlin im RE-Verfahren würde nachgewiesen werden können, stand im Laufe der neu eröffneten Anmeldefrist<sup>5</sup> fast niemals fest. Bei Entziehungen in den östlichen Ge-

<sup>1</sup> BK/O (54) v. 15. 11. 1954, GVBl. 642. Art. 27 erhielt einen dritten Absatz.

<sup>2</sup> Damals war der Gesetzgeber der REAO der Ansicht, daß die Gerichtsbarkeit durch den Entziehungsort begründet werde. Die Rechtsprechung folgte dem nicht und stellte ausschließlich auf die Belegenheit ab. Vierter Abschnitt, I, A, 7, S. 105, 106.

<sup>3</sup> Art. 2 Abs. 1 aaO: bis zum 15. 11. 1955.

<sup>4</sup> Bundesgesetz zur Regelung der RE-rechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (BRüG) v. 19. 7. 1957, BGBl. 734.

<sup>5</sup> § 27 BRüG: 1. 4. 1959.

bieten stand nicht einmal fest, ob die Entziehung selbst würde nachgewiesen werden können. Deshalb wurden Hunderttausende von Ansprüchen ins Blaue hinein angemeldet.

c) In den ersten Jahren nach Erlass der REAO hatten die WGAE von Berlin Zehntausende von Ansprüchen mit der irrigen Begründung abgewiesen, daß der entzogene Gegenstand nicht mehr vorhanden und daher nicht mehr feststellbar sei.<sup>1</sup> Das BRÜG eröffnete für diese aus Rechtsunkenntnis der Betroffenen meist rechtskräftig abgewiesenen Ansprüche eine *neue Anmeldefrist*.<sup>2</sup> Dies führte dazu, daß Zehntausende von rechtshängig gewesenen, bereits entschiedenen Ansprüchen ein zweites Mal anhängig wurden und in der Statistik erschienen.

d) Sehr viele RE-rechtliche Ansprüche waren, wiederum aus Rechtsunkenntnis der Betroffenen, im Rahmen der Entschädigungsgesetze angemeldet worden. Das BRÜG schuf für diese irrig placierte Ansprüche eine *Verweisungsmöglichkeit* in das RE-Verfahren.<sup>3</sup> Für die Mehrzahl dieser in das RE-Verfahren verwiesenen Ansprüche war Berlin zuständig. Dies verstärkte die Eingänge in Berlin um weitere Zehntausende von Ansprüchen.

e) Schließlich wirkte sich ein bürokratischer Vorgang statistisch irreführend aus: die Berliner WGAE *spalteten* die in den Anmeldungen enthaltenen Einzelansprüche gegen das Reich in ebenso viele *einzelne Verfahren auf*. In extremen Fällen wurde für jede Gruppe und Untergruppe von Sachen eines vielfältigen Hausrats nach dem Parkinson'schen Gesetz der bürokratischen Arbeitsvermehrung eine eigene Akte geschaffen.<sup>4</sup> Diesem aus mißverstandenen statistischen Ehrgeiz erwachsenen Mißbrauch war leider nicht rechtzeitig gesteuert worden. Die Folge war eine Aufblähung der Statistik. Bei einem Vergleich zwischen der Zahl der Anmeldungen bei dem Zentralmeldeamt und der Zahl der daraus erwachsenen, rechtshängig gewordenen Ansprüche (Verfahren) ergibt sich für den Zeitraum von 1949 bis 1971 eine durchschnittliche Relation von 1:1,9. Einer Anmeldung entsprachen also fast 2 Verfahren. Dies mindert den Zugang von Ansprüchen gegen das Reich zum Ende des Jahres 1971 von rund 679 000 auf rund 357 000. Demgegenüber betrug der Zuwachs in der US-Zone insgesamt rund 28 000. Der Zugang in Berlin belief sich mithin auf nahezu das 13-fache des Zugangs in der US-Zone. Auch diese berichtigte Relation ist noch eindrucksvoll genug.

<sup>1</sup> Vierter Abschnitt, II, 11, S. 123.

<sup>2</sup> § 29 BRÜG.

<sup>3</sup> § 30 BRÜG.

<sup>4</sup> Im Verfahren 65/62 WGA 3242-3251 z.B. wurde der einheitliche Anspruch wegen Beschlagnahme einer Wohnungseinrichtung in 10 Einzelansprüche und damit 10 einzelne Verfahren aufgesplittert: Herren- und Damengarderobe; Herren- und Damenpelzmäntel; Herren- und Damenleibwäsche; Schuhe; Schreibmaschine; Steppdecken, Daunendecken und Federkissen; Bett-, Tisch- und Hauswäsche, Bügeleisen; Kristall; große Ballen Federwäsche. Es gab aber noch eindrucksvollere Beweise bürokratischer Fertilität.

10. Die mehrmals im Aufbau geänderte und daher nur beschränkt verwendbare Statistik der *Brit. Zone* weist zum 30. 6. 1957 folgende Endzahlen auf:

		%
1. Rechtshängig	114 227	-
2. Zuerkennung	19 440	18
3. Vergleich	19 511	18
4. Rückweisung	21 422	20
5. Zurückgenommen	18 164	17
6. Zur höheren Instanz verwiesen	23 613	21
7. Zur unteren Instanz verwiesen	2 351	2
8. Anderweitig erledigt	5 185	4
		100
9. Insgesamt endgültig erledigt	112 134	
10. Noch anhängig	4 197	

Eine Aufteilung in individuelle und Reichsansprüche ist nicht vorgenommen worden.

Die sehr hohe Ziffer No. 1 erklärt sich, wie in Berlin, wohl aus dem verwaltungstechnischen Mißbrauch, eine Vielzahl von Einzelansprüchen eines einzelnen Berechtigten gegen das Reich in eine Vielzahl von Einzelverfahren aufzuspalten. Alle anderen verfügbaren Daten weisen aus, daß der Umfang der RE in der *Brit. Zone* etwa dem in der *US-Zone* gleich.

Nach den gewählten Bezeichnungen können als endgültig erledigt nur die Ziffern No. 2, 3, 4, und 8 mit insgesamt 83 722 Fällen angesehen werden. Dies sind rund 74% der Eingänge. Im Hinblick auf die offensichtliche Dürrigkeit und Unzuverlässigkeit dieser Ziffern – wie sich Ziff. 9 errechnet, ist nicht ersichtlich – muß eine Auswertung unterbleiben.

11. Die Statistik der *Franz. Zone* ist in der Tabelle No. 5 auszugsweise wiedergegeben.

a) Die franz. Statistik enthält keine RE-rechtlichen Schadensersatzansprüche gegen das Reich, da die VO No. 120 solche Ansprüche nicht vorsah.<sup>1</sup> Hier ist der „Fall“ jeweils eine Klage. Die Ansprüche der Nachfolge-Organisation sind in den Ziffern für die Amtsklagen (*action d'office*) enthalten, aber sie sind nicht etwa mit ihnen identisch. Nach der VO No. 120 war bei Verschollenheit des Berechtigten vom zuständigen Oberstaatsanwalt von Amts wegen die Klage gegen den Pflichtigen zu erheben.<sup>2</sup> Wenn der Berechtigte oder seine Rechtsnachfolger sich nach Ablauf der Klagefrist (15. 8. 1949) meldeten, konnten sie sich bis zum 1. 5. 1952 im Wege eines gerichtlich zu bestätigten Vergleichs mit dem Pflichtigen vergleichen und damit das Verfahren der Amtsklage

<sup>1</sup> Fünfter Abschnitt, II A, 1, S. 295.

<sup>2</sup> Art. 14 Abs. 2 aaO.

beenden.<sup>1</sup> In den Ziffern der Amtsklagen sind also auch individuelle Ansprüche enthalten. Sie nachträglich genau zu quantifizieren, ist mangels statistischer Unterlagen nicht mehr möglich.

b) Ein Vergleich der Tabelle No. 5 mit den Tabellen No. 1–4 ist gerechtfertigt, obwohl die franz. Statistik nur bis zum 31. 3. 1955 führt. Zu diesem Zeitpunkt war in der Franz. Zone das Programm der individuellen RE praktisch erledigt. Die Ziffer von 95,5% bezieht sich auf die erste Instanz. Die zweite Instanz hatte nur 85% der Sachen erledigt, die dritte Instanz hingegen 95,7%. Auch hier ist das steile Anwachsen der Erledigungsquote im Laufe der ersten Jahre und ihr allmähliches späteres Abflachen ersichtlich.

c) Die Zahl der endgültig erledigten individuellen RE-Ansprüche, ohne die Ansprüche der Nachfolge-Organisation, ist zum 31. 3. 1955 wohl zwischen 30 000 und 35 000 anzusetzen. Sie lag damit unter der Zahl der Berliner Eingänge. Aus der Rechtsprechung zur VO No. 120 geht hervor, daß gerade in der Franz. Zone die Abwanderung der Juden vom flachen Lande, den Klein- und Mittelstädten in die Großstädte sehr stark war. Im Gebiet der Franz. Zone lagen aber fast keine Städte, die so groß waren, daß sie ein anonymes Untertauchen der gejagten Juden hätten erwarten lassen.

d) Die Ziffern für die Instanzen sind untereinander nicht abgestimmt.<sup>2</sup> Die überwältigende Mehrheit der Klagen ist in der ersten Instanz endgültig erledigt worden. Die erste gerichtliche Instanz in der Franz. Zone erfüllte die Funktionen der WGAE (Schiedsinstanz) und der WGK (erste gerichtliche Instanz) in den anderen Zonen.

12. Die Übereinstimmung dieser Zahlen in den drei Geltungsbereichen ist auffällig:

Anteil an der Erledigung der Fälle (Klagen)  
(in vollen Prozenten)

	31. 10. 1957 US-Zone	31. 10. 1957 Berlin	31. 3. 1955 Franz. Zone		
WGAE	72	71			
WGK	24	24	95	I. Instanz	96
OLG (KG)	3	4			3
ORG	1	1			1

Dies stellt der RE-Justiz in allen Zonen ein sehr gutes Zeugnis aus. Dem Gebot der möglichst schleunigen Wiedergutmachung ist von den Gerichten der ersten Instanz

<sup>1</sup> Art. 9 Abs. 2 aaO.

<sup>2</sup> Die Gesamtzahl der erledigten und anhängigen Klagen in den drei Instanzen ergibt 49965 Klagen. Die Gesamtzahl der rechtshängig gewordenen Klagen beträgt nur 47868, obwohl sie mit der ersten Zahl identisch sein müßte.

Genüge getan worden. Dem steht allerdings gegenüber, daß die Wartezeit in den oberen Instanzen oft qualvoll lange war. Bei dem ORG Berlin betrug sie über lange Zeit zwischen 3 und 5 (!) Jahren. Diese Wartezeit war prohibitiv: sie zwang die verurteilt berathenen Parteien zum Vergleich, allerdings oft auf Kosten ihrer Rechte.

### B. Art der Erledigung

Die Fälle wurden, vom Berechtigten aus gesehen, positiv durch Zuerkennung des Anspruchs oder durch Vergleich erledigt; negativ durch Abweisung oder Zurücknahme des Anspruchs.

1. In den Ländern der US-Zone und Berlin ergab sich für die individuellen Ansprüche das folgende Bild:

Art der rechtskräftigen Erledigung in den Instanzen  
(in vollen Prozenten)

US-Zone	Zuerkennung	Vergleich	Abweisung	Rücknahme
WGAE	6	52	10	32
WGK	15	64	10	11
OLG	38	13	32	17
ORG	33	—	59	8
<i>Berlin</i>				
WGAE	14	10	49	27
WGK	19	48	23	10
KG	51	13	34	2
ORG	45	10	42	3

2. Hier herrscht wenig Übereinstimmung zwischen den Ländern der US-Zone und Berlin.

Sowohl die – vom Berechtigten her gesehene – positive wie die negative Ergebnisquote wichen stark voneinander ab:

	Positives Ergebnis		Negatives Ergebnis	
	(in vollen Prozenten)			
	US-Zone	Berlin	US-Zone	Berlin
WGAE	58	24	42	76
WGK	79	67	21	33
OLG/KG	51	64	49	36
ORG	33	55	67	45

3. Die ungewöhnlich hohe Berliner Abweisungsquote bei den WGAE ist für die individuellen Ansprüche schwer erklärbar. Die Praxis der Berliner WGAE, RE-Ansprüche

Die *Rücknahmequote* in allen Instanzen, besonders aber in der ersten und dritten Instanz, ist auffällig hoch. Die Beschränkung der VO No. 120 auf die RE der im Zeitpunkt der Entscheidung noch vorhandenen Gegenstände war im Kreise der Berechtigten offenbar nicht genügend bekannt. Die sehr hohe Rücknahmequote in der dritten Instanz erklärt sich daraus, daß einige OLG jahrelang gegen eine ständige Praxis des CSR Sturm liefen. Eine Aufteilung in zuerkennende und abweisende Entscheidungen hielt die französische Verwaltung nicht für erforderlich, weil sie am Ergebnis uninteressiert war.

### III. Strukturen der Rückerstattung

Die Frage nach dem Umfang der RE betrifft den Produktionsapparat; die Frage nach ihrer Struktur betrifft die Produktion. Welche Art von Vermögensgegenständen wurde rückerstattet? Inwieweit trat Geld an die Stelle der Natural-RE? Welchen Wert hatte das rückerstattete Vermögen? Wer waren die Berechtigten?

Diese dem heutigen Betrachter entscheidend wichtigen Fragen waren den Ingenieuren der Statistiken naturgemäß von zweitrangiger Bedeutung; für sie stand die zügige Abwicklung des Programms im Vordergrund. Historische Gesichtspunkte standen ihnen nicht vor Augen. Deshalb ist selbst die sonst so ausführliche US-Statistik in diesem Bereich längst nicht so ergiebig, wie in den technischen Details des Apparats, mit dem das RE-Programm bewältigt werden mußte.

#### A. Struktur des Vermögens

1. Die Aufgliederung des rückerstatteten Vermögens nach Besitzgruppen kann entweder von der Zahl der Verfahren oder von der Bewertung des rückerstatteten Vermögensgegenstandes oder von beiden Daten abgelesen werden. Die *US-Statistik* hat die Besitzgruppen gezählt und bewertet. Die *brit. Statistik* hat ebenfalls gezählt und bewertet, aber leider nicht vollständig, sondern auszugsweise. Daher ist sie unbrauchbar. Die *franz. Statistik* hat die Frage nach der Struktur der RE überhaupt nicht gestellt; sie war ausschließlich an der Feststellung interessiert, wann die RE zu Ende gehen würde.

2. Die *Bewertung* von Gegenständen ist das dornenvollste Problem jeder Statistik. Die eingehenden Dienstanweisungen über die Erstellung von Schlußberichten in der US-Zone und Berlin beschränkten sich gänzlich auf formale Punkte und wichen der Grundfrage aus, was eigentlich unter dem „Wert“ zu verstehen sei.<sup>1</sup>

Die REG enthielten keine Vorschriften über die Festsetzung des Wertes eines Ver-

<sup>1</sup> z. B. die Dienstanweisung der Bezirksfinanzdirektion München für das Berichtswesen der Wiedergutmachungsbehörden in Bayern v. 28. 9. 1965. Sie enthielt Anweisungen, in welchen Fällen die Wertangabe im Schlußbericht notwendig war, und ging naiverweise von der Annahme aus, daß der „tatsächliche“ Wert von jedem mittleren Beamten festgestellt werden könne.

fahrens für Kostenzwecke. Das USREG war das einzige der vier REG, das nicht auf dem Grundsatz der Gebühren- und Kostenfreiheit beruhte.<sup>1</sup> Aber die Verweisung auf die Kostenvorschriften des FGG und der ZPO brachte keine Lösung der Frage der Bewertung. Die Kostengesetze sind rein fiskalische Gesetze und ignorieren die wirtschaftliche Problematik der Bewertung des Verfahrensgegenstandes.

Die Abfassung der Schlußberichte war dem nichtrichterlichen Personal der Geschäftsstellen übertragen. Angesichts des Fehlens von Dienstanweisungen über die Wertbemessung war die Wertfestsetzung weitgehend dem Ermessen der Verfasser der Schlußberichte überlassen. Dies hat sich vom Standpunkt des heutigen Betrachters aus verhängnisvoll ausgewirkt.

a) Bei *Grundbesitz* lag es nahe, den steuerlichen *Einheitswert* zu übernehmen. Er entsprach in den Jahren 1949 bis 1951 außerhalb der großen Städte vielleicht dem Verkehrswert, blieb dann aber fast immer hinter dem Verkehrswert zurück. Bei Vollruinen lag er meist über dem Verkehrswert. Die Einheitswerte vor 1951 basierten auf der 1934 durchgeführten Bewertung nach dem 5/2-fachen Jahresbetrag der damaligen Jahresrohmiete. Die Wertfortschreibung nach der Hauptfeststellung 1951 näherte die Einheitswerte der damaligen Marktlage an, wurde aber fast überall sehr rasch von der Entwicklung überholt. Die Wertfortschreibung nahm viele Jahre in Anspruch. Zu Beginn des Jahrzehnts 1960–1970 betrug die Einheitswerte – selbst nach der erneuten Wertfortschreibung im Jahre 1964 – meist nur einen Bruchteil des Verkehrswertes. Der Grad der Abweichung vom Verkehrswert variierte stark je nach der Art des Grundbesitzes. Bei Mietshäusern war er geringer als bei den Villen, bei deren Bewertung nicht der meist fiktive Ertrag, sondern der Liebhaberwert ausschlaggebend ist. Eine nachträgliche Anpassung der Werte der Statistik an die Verkehrswerte würde für jedes Grundstück eine gesonderte Schätzung seines Wertes im Zeitpunkt der RE notwendig machen. Dies ist nicht möglich. Man muß sich damit abfinden, daß die wirtschaftlich zutreffende Bewertung des Grundbesitzes weitgehend eine Frage globaler Schätzung ist. Dies ist umso bedauerlicher, als der Grundbesitz den Löwenanteil an der RE-Masse der individuellen Ansprüche darstellt.

b) Bei *Hypotheken, Wertpapieren* und geschäftlichen *Beteiligungen* konnte der Nominalwert, Bilanzwert oder der Börsenkurs übernommen werden. Bei Hypotheken wurde die Hypothekengewinnabgabe (HGA) mit 1/10 des RM-Nennwertes eingesetzt. Dies ergab einen überhöhten Marktwert, da die HGA nur ganz selten 1/10 des RM-Nennwertes ausfüllte.

c) Bei *Kunstwerken* wurden im Verlaufe des RE-Verfahrens meist Gutachten des früheren Marktwertes und des Marktwertes im Zeitpunkt der RE vorgelegt. Diese Gruppe spielte aber weder absolut noch relativ keine Rolle.

d) Bei *Unternehmen* wurden in aller Regel Bilanzen vorgelegt, aus denen zumindest der steuerliche Wert des Betriebsvermögens im Zeitpunkt der RE abgelesen werden konnte.

<sup>1</sup> Art. 72 USREG.

abzuweisen, wenn der Entziehungsgegenstand nicht mehr vorhanden war, betraf fast ausschließlich die vom Reich entzogenen Sachen. Es ist möglich, daß ein großer Teil der abgewiesenen individuellen Ansprüche Vermögenswerte in Ostberlin betraf.

4. Die hohe *Rücknahmequote* bei den WGAE erklärt sich unschwer aus der sehr großen Zahl von unschlüssigen Ansprüchen. Den Anmeldern war nicht zu verübeln, daß sie die inkompatiblen und selbst für Fachleute schwer verständlichen Fragen der Abgrenzung zwischen RE und Entschädigung nicht meisterten.

5. Die hohe *Vergleichsquote* bei den WGAE in der US-Zone zeugt für ihre produktive Arbeit; die geringe Berliner Vergleichsquote stellt den Berliner Behörden für diesen Zeitabschnitt kein gutes Zeugnis aus.

In der ersten Instanz waren die Richter in der US-Zone bei der Erzielung von Vergleichen erheblich erfolgreicher als ihre Berliner Kollegen. Ein Glanzpunkt der Berliner RE-Justiz ist die stolze Vergleichsquote von 10% (später sogar 15%) des ORG. Wohl kein anderes Oberstes RE-Gericht hat sich so erfolgreich um Vergleiche bemüht. Aber auch kein anderes Oberstes RE-Gericht hatte so lange Wartezeiten, die einen raschen Vergleich nahelegten, wenn nicht erzwingen.

6. Die Chance des *Obsiegens* für den Berechtigten war sehr unterschiedlich:

	US-Zone	Berlin
WGK	4:1	7:3
OLG/KG	1:1	2:1
ORG	1:2	1:1

7. Die *Verhaltensweise* der Instanzen blieb sich über einen langen Zeitraum hinweg in den beiden unteren Instanzen weitgehend gleich; in den beiden oberen Instanzen wies sie bemerkenswerte Unterschiede auf:

Art der rechtskräftigen Erledigung in Berlin am 10. 10. 1957 und am 31. 12. 1971  
(in vollen Prozenten)

	Zuerkennung		Vergleich		Abweisung		Rücknahme	
	1957	1971	1957	1971	1957	1971	1957	1971
WGAE	14	16	10	9	49	43	27	32
WGK	19	20	48	50	23	19	10	11
KG	51	40	13	12	34	36	2	12
ORG	45	51	10	15	43	31	3	3

Die Vergleichszeitpunkte sind nicht willkürlich gewählt. Am 31. 10. 1957 war die individuelle RE in der US-Zone praktisch, nämlich zu 98% aller rechtshängig gewordenen Fälle endgültig erledigt. In Berlin war sie damals erst zu 82,5% abgewickelt. Der

Bodensatz war selbst in den darauffolgenden 14 Jahren nur etwa zu 70% abgewickelt: am 30. 12. 1971 stand die Erledigungsquote immer noch bei 94,4%. Das Schicksal der Fälle des Bodensatzes läßt sich an der obigen Tabelle ablesen.

In der Schiedsinstanz (WGAE) fiel die Abweisungsquote, da naturgemäß die unschlüssigen Anträge stets vorab erledigt werden. Die Rücknahmequote stieg, weil die Entwicklung der Rechtsprechung viele zunächst aussichtsreiche Ansprüche als wenig sinnvoll erscheinen ließ. In der ersten gerichtlichen Instanz (WGK) verringerte sich lediglich die Abweisungsquote – ein Zeichen dafür, daß die Parteien allmählich mit ihren Chancen und Risiken vertrauter wurden. In der folgenden Instanz (KG) sank die Zuerkennungsquote erheblich; die Rücknahmequote stieg spektakulär auf das Sechsfache. Hier machte sich bemerkbar, daß die zweite Instanz eine reine Rechtsinstanz war: sehr viele Rechtsmittel griffen lediglich die tatsächliche Würdigung der Vorinstanz an und erwiesen sich daher als unzulässig. In der obersten Instanz wuchs die Zuerkennungsquote nicht unerheblich; die Vergleichsquote wuchs, wiederum spektakulär, um die Hälfte; die Abweisungsquote sank erheblich.

Der Kampf der Parteien in den Fällen des *Bodensatzes* hat sich also in Berlin vorwiegend in der zweiten und dritten gerichtlichen Instanz abgespielt. Das KG nahm gegenüber den Berechtigten eine zunehmend kritische und negative Haltung ein, während der ORG umgekehrt eine zunehmend wohlwollende und positive Haltung erkennen ließ.

8. Aus der *Brit. Zone* sind nur Bruchstücke von Daten zu diesem Aspekt bekannt geworden. Ein Richter am SRC<sup>1</sup> berichtete, der BOR habe bis zum 30. 6. 1954 insgesamt 1033 Nachprüfungsanträge erhalten. Hiervon waren am Stichtag noch

anhängig	52%
entschieden	40%
verglichen oder zurückgenommen	8%

Die Entscheidungen der Vorinstanzen wurden zu mehr als 50% aufrechterhalten; nur ein Drittel der Sachentscheidungen führte zu einer Abänderung der Vorentscheidung. Zwei Drittel der Anträge richteten sich gegen die Entscheidung der II. Instanz, ein Drittel gegen die Entscheidung der I. Instanz.

9. In der *Franz. Zone* ergab sich zum 31. 3. 1955 folgendes Bild:

	(in vollen Prozenten)				
	Endgültige Entscheidung	Teilent-scheidung	Vergleich	Rück-nahme	Anderweitige Erledigung
I. Instanz	6	6	23	53	12
II. Instanz	63	3	13	18	3
III. Instanz	68	–	1	29	2

<sup>1</sup> DUBRO, RzW 54, 278.

e) Bei *Geldzahlungen* im Rahmen eines Vergleichs oder einer Ablösung der RE in natura gab es keine Bewertungsprobleme.

Bei allen Bewertungen, auch denen von Geldzahlungen, bleibt der Vorbehalt, daß die RE sich über eine lange Reihe von Jahren erstreckte, daß im Laufe dieser Zeit sich die Verkehrswerte – meist nach oben – veränderten, und daß deshalb die kumulative Bewertung eine Vielzahl von Verkehrswerten enthält, die einer Vielzahl von Marktlagen entsprechen. Die so einfach erscheinende Frage „wieviel ist bei der RE zurückgegeben worden?“ kann auch deshalb nicht – selbst im Rahmen einer idealen Statistik – mit einer einzigen Ziffer beantwortet werden.

Schließlich spielt noch eine Dunkelziffer eine nicht unbedeutende Rolle. Die RE von großen und sehr großen Unternehmen hat sich vorwiegend im Rahmen von Vergleichen vollzogen, die teils vor Inkrafttreten der REG, teils bald danach abgeschlossen wurden. Damals gab es keine Transfermöglichkeit für Devisenausländer. Fast alle Berechtigten dieser Gruppe waren Devisenausländer. Nicht selten wurden deshalb Schwarzzahlungen geleistet, die im protokollierten Vergleich nicht erschienen und illegal ihren Weg in das Ausland fanden. Bei den sehr hohen Werten, die hier in Frage standen, kann diese Dunkelziffer eine große Rolle spielen.

3. Die *Aufgliederung* und *Schätzung* der rückerstatteten Vermögen in der US-Zone ergibt sich aus der Tabelle No. 6; die Tabelle No. 7 erfaßt die für Westberlin seit dem 30. 6. 1952 verfügbaren Zahlen.

4. Die *Anteile* der Vermögensgruppen am Gesamtwert gliedern sich wie folgt auf:

	(in vollen Prozenten)						
	Unter- nehmen	Grund- besitz	Rechte a. Grund- stücken	Wert- papiere	Kunst- werke	Zah- lungen	Verschie- denes
<i>US-Zone</i>							
31. 3. 1957	11	43	1	12	1	30	2
31. 12. 1973	9	38	1	10	1	38	3
<i>Westberlin</i>							
31. 3. 1957	7	68	3	5	–	17	–
25. 12. 1973	5	65	2	6	–	21	1

Aus der Tabelle No. 6 ergibt sich, daß nach 1968 praktisch nur noch Nebenansprüche anhängig waren, da nur die Zahlungen in Geld noch eine Vergrößerung aufweisen. In Berlin gab es noch in den Jahren 1966–1973 kleinere Veränderungen in der Spalte Grundbesitz, also einige wenige Fälle von Natural-RE.

Wenn auch die absoluten Ziffern nur mit starken Vorbehalten und Änderungen gewürdigt werden können, ergeben doch die relativen Quoten der einzelnen Gruppen im Bewertungsganzen ein annähernd zuverlässiges Bild der Struktur der RE.

a) Die stärkste Gruppe war, wie zu erwarten, der *Grundbesitz*. Die Ziffern für Berlin mit seinem besonders hohen Anteil von jüdischem Grundbesitz liegen hier um mehr

als die Hälfte höher. Der Anteil verringert sich mit zunehmendem Zeitablauf; in der US-Zone ist das Absinken der Quote erheblich stärker als in Berlin.

b) Die *zweitstärkste* Gruppe waren die *Zahlungen in Geld*. Sie repräsentierten im Gebiete der individuellen RE nicht die Fälle des Schadensersatzes – die hier fast keine Rolle gespielt haben –, sondern die Geldleistungen des Pflichtigen im Rahmen eines Vergleichs zur Ablösung der Natural-RE. Es ist anzunehmen, daß diese Zahlungen sich annähernd gleichmäßig entsprechend den Quoten auf die anderen Gruppen verteilen. Nimmt man diese Verteilung vor, so erhält man die Aufgliederung des *entzogenen* Vermögens, die mit der Aufgliederung des *rückerstatteten* Vermögens nicht identisch ist.

Das Bild ändert sich dann überraschend:

	(in vollen Prozenten)					
	Unter- nehmen	Grund- besitz	Rechte an Grund- stücken	Wert- papiere	Kunst- werke	Ver- schiedenes
<i>US-Zone</i>						
31. 3. 1957	15	61	2	18	1	3
31. 12. 1973	14	61	2	17	1	5
<i>Westberlin</i>						
31. 3. 1957	8	82	3	6	–	1
25. 12. 1973	7	82	3	8	–	–

Es erweist sich hiernach, daß die Quote des Grundbesitzes sowohl in der US-Zone wie in Berlin konstant geblieben ist. Sie repräsentiert annähernd genau den wirklichen Anteil des entzogenen (nicht: rückerstatteten) Grundvermögens am entzogenen (nicht: am rückerstatteten) Gesamtvermögen. Diese Quoten sind absolut und relativ sehr hoch.

c) Demgegenüber sind die Quoten der *Unternehmen* relativ, in Berlin auch absolut klein. Die RE von Unternehmen war in Berlin gering, weil die großen und mittleren Unternehmen ihren Sitz vorwiegend in der City oder in den Industriegebieten des Berliner Ostens hatten, womit die Gerichtsbarkeit der Westberliner RE-Organen entfiel. Dies gilt auch für Wertpapiere und Beteiligungen an Unternehmen. Die räumliche Erweiterung der Berliner Gerichtsbarkeit für Entziehungen in Ostberlin nach Art. 27 Abs. 3 REAO galt nur für Entziehungen durch das Reich. In einigen Fällen konnten RE-Verfahren wegen der Entziehung von in Ostberlin gelegenen Unternehmen in Westberlin positiv durchgeführt werden, weil das Unternehmen ganz oder teilweise nach Westberlin verlagert worden war.

d) Aus der Tabelle No. 7 ergibt sich auch der geschätzte Wert des an die *Nachfolgeorganisationen* in Berlin rückerstatteten Vermögens zum 25. 12. 1973. Der Anteil der Allgemeinen Treuhandorganisation (ATO),<sup>1</sup> die als Rechtsnachfolgerin der nicht-

<sup>1</sup> Errichtet durch DVO No. 4 zu Art. 9 REAO v. 29. 3. 1951, GVBl. No. 19, S. 310.

jüdischen verfolgten Organisationen – Parteien, Gewerkschaften, kirchliche Organisationen – tätig war, erweist sich als äußerst gering: 0,34% der Gesamtsumme. Der Anteil der JRSO beläuft sich auf rund 8% der Gesamtsumme. Der Anteil an der Gruppe der Unternehmen ist nicht aufgeführt. Er erhöht aber die Quote der JRSO kaum. Er betrug am 31. 10. 1957 für den Gesamtwert der rückerstatteten Unternehmen in der US-Zone nur 0,13%.

5. Nur für die US-Zone liegen zeitlich begrenzte Daten über die Zahl der in *einzelnen Vermögensgruppen* erledigten Fälle vor. Es sind dies die Sparten „Unternehmen“, „Grundbesitz“, „Rechte an Grundstücken“ und „Kunstgegenstände“. Die hieraus errechneten Durchschnittswerte für den einzelnen, in jeder Sparte rückerstatteten Vermögensgegenstand sind aus Tabelle Nr. 6 ersichtlich. Ihr Trend bestätigt die Feststellung,<sup>1</sup> daß die größeren Objekte bereits in den Anfangsjahren rückerstattet worden sind; mit dem Ablauf der Zeit werden die Objekte zunehmend kleiner.

Ferner läßt sich aus diesen Ziffern entnehmen, daß die Grundpfandrechte nur eine kleine, die Kunstwerke relativ zum Gesamtwert fast gar keine Rolle in der individuellen RE gespielt haben.

Die absoluten Zahlen dieser Durchschnittswerte haben einen sehr begrenzten Aussagewert. Sie beziehen sich nur auf den Fall der Natural-RE. Ein sehr großer Teil der Fälle wurde nicht durch Natural-RE, sondern im Wege des Vergleichs durch Zahlung einer Ablösungssumme erledigt. Diese Ablösungssummen sind in der Sparte „Zahlungen in Geld“ enthalten. Es ist aber nicht möglich, sie für die Zwecke der Bewertung anteilig den Ziffern der anderen Sparten hinzu zu rechnen, da ein nicht kleiner Teil der Vergleiche die Zweifelhafte der Rechtslage – entweder dem Grunde oder der Höhe nach – auszuräumen bestimmt war.

Die Bewertung war also weitgehend durch Konzessionen von beiden Seiten beeinflußt und gab deshalb nicht immer den vollen Marktwert wieder. Nur in den Fällen der uneingeschränkten Anerkennung des RE-Anspruchs, sowohl dem Grunde, wie der Höhe nach, wird die Ablösungssumme dem Marktwert entsprechen haben. Da es naturgemäß nicht möglich ist, diese beiden Fallgruppen statistisch gesondert zu erfassen, erweist sich eine anteilige Zuweisung der Ziffern aus der Sparte „Zahlungen in Geld“ auf die Ziffern der anderen Sparten für Bewertungszwecke als unausführbar.

6. Damit erweisen sich auch die absoluten Ziffern der theoretisch errechneten Durchschnittswerte als unzuverlässig. In den beiden entscheidenden Sparten „Unternehmen“ und „Grundbesitz“ ist diesen Durchschnittswerten ein unbekannter Betrag hinzuzufügen. Sie können mithin nur als Mindestwerte bezeichnet werden.

Bei den Zahlen für den Grundbesitz kommt hinzu, daß sie auf den steuerlichen Einheitswerten aufbauen. Die steuerlichen Werte blieben desto mehr hinter dem Marktwert zurück, je weiter sie sich vom Jahre 1950 entfernen. Eine Korrektur dieser Werte in Richtung auf den Marktwert ist schlechthin unmöglich. Der Grundbesitz umfaßt

<sup>1</sup> Dritter Abschnitt, I, 1 S. 69.

eine Vielzahl von Besitztstypen, für die eigene Bewertungsmethoden gelten: städtischer und ländlicher Grundbesitz; bebauter und unbebauter Boden; erhaltene, teilbeschädigte und zerstörte Bebauung; Mietshäuser und Villen; land- und forstwirtschaftlich genutzter und nichtgenutzter Boden. Da die Statistik für diese notwendige Aufteilung nichts hergibt, ist der Versuch einer korrigierenden Bewertung des Grundbesitzes von vornherein aussichtslos.

Es bleibt mithin nur die Feststellung, daß aus den genannten Gründen die Bewertungsziffern unter den wirklichen Werten bleiben, und daß dieser Abstand sich mit fortschreitender Zeit vergrößert.

7. In der Brit. und in der Franz. Zone sind keine statistischen Daten zur Bewertung verfügbar. Bei dem Versuch einer Schätzung der Relation der Gesamtwerte dieser beiden Geltungsbereiche zur US-Zone bietet sich ein Vergleich der Größenordnung, nämlich der Zahl der endgültig erledigten Fälle an.

In der Brit. Zone waren am 30. Juni 1957 insgesamt 83 722 Fälle endgültig erledigt. Diese Ziffer schließt die Reichsansprüche ein. Das Verhältnis der Reichsansprüche zur Gesamtzahl der erledigten Fälle belief sich sowohl in der US-Zone wie in Berlin über lange Zeiträume hinweg auf rd. 30%. Dies erweisen die Tabellen No. 1–4. Die Zahl der erledigten individuellen Fälle der Brit. Zone zu diesem Zeitpunkt wird daher mit rund 59 000 angesetzt werden können.

In der Franz. Zone betragen am 31. 3. 1955 die erledigten Fälle nach der Tabelle No. 5 insgesamt rund 47 500 in allen Instanzen. Hierbei sind die Klagen von Amts wegen (Offizialklagen) einbezogen. Sie sind zum Teil von den Nachfolge-Organisationen übernommen worden. Zum anderen, kleineren Teil sind sie im Ergebnis den Berechtigten zugute gekommen. Wenn man 20% der Offizialklagen den Privatklagen zurechnet, gelangt man zu einer Gesamtzahl von 25 800 erledigten Fällen der individuellen RE.

Die Relation der Größenordnung wäre dann:

		(auf volle 10 000 aufgerundet) in %	
31. 3. 1957	US-Zone	58 000	40
30. 6. 1957	Brit. Zone	59 000	42
31. 3. 1955	Franz. Zone	26 000	18

Das Größenverhältnis der RE zwischen der US-Zone einerseits und der Brit. und Franz. Zone andererseits, wäre demnach 4:6. Diese Relation baut jedoch nicht auf zuverlässigen Ziffern auf. Sie ist deshalb nur mit Vorbehalt nutzbar.

8. Wenn man sich trotzdem zu dem Versuch entschließt, mit Hilfe dieser grob errechneten Relation die Größenordnung der insgesamt rückerstatteten Vermögenswerte annähernd abzugrenzen, so ergibt sich auf Grund der Endzahlen der letzten Spalte der Tabelle No. 6 folgendes Bild:

Gesamtwert der rückerstatteten Vermögensgegenstände (auf volle Millionen DM aufgerundet)	
US-Zone	1036 Millionen DM
Brit. und Franz. Zone	1551 „ „
Berlin	463 „ „
	<hr/> 3050 Millionen DM

Diese Ziffer beruht auf vielen hypothetischen Faktoren. Sie kann keine Zuverlässigkeit beanspruchen. Aber sie grenzt unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Daten zumindest *nach unten* die Größenordnung ab, innerhalb deren sich der Gesamtwert des Vermögens bewegt, das der individuellen RE unterlag. Der wirkliche Wert wird wohl näher zu 3,5 Milliarden DM liegen.

Die von *allen Nachfolge-Organisationen* für die ihnen rückerstatteten Vermögenswerte erlösten Beträge erreichten eine Summe in der Größenordnung von 300 Millionen DM oder rund 8,5% eines angenommenen Gesamtwertes von 3,5 Milliarden DM.

9. Im Sommer 1952 schätzte der US-High Commissioner,<sup>1</sup> daß der Gesamtwert der rückerstatteten Vermögen in der US-Zone sich auf etwa 1 Milliarde DM belaufen würde. Hierbei konnte er sich darauf stützen, daß zum 30. 6. 1952 rund 70% aller RE-Fälle erledigt waren (Tabelle No. 1), und daß zum gleichen Zeitpunkt der Wert der bis dahin rückerstatteten Vermögen ohne Reichsansprüche rund 734 Millionen DM betrug (Tabelle No. 6). Der geschätzte Betrag war Ende 1968 überschritten (Tabelle No. 6).

Im gleichen Bericht wurde als eine von mehreren Vergleichsziffern der Betrag von 1 Milliarde RM erwähnt, der nach deutschen Unterlagen als Ertrag der Judenvermögensabgabe genannt worden war.<sup>2</sup> Danach hätte das abgabepflichtige Vermögen rechnerisch 4 Milliarden RM betragen. Im Zeitpunkt der Erhebung der Judenvermögensabgabe war ein knappes Drittel der Juden aus Deutschland ausgewandert.<sup>3</sup> Rechnerisch würde dies die Vermögensmasse auf 6 Milliarden RM erhöhen. Hierbei wird aber nicht in Betracht gezogen, daß das jüdische inländische Vermögen im Zeitraum von 1933–1938 in seinem Wert durch die Verfolgungsmaßnahmen stark gemindert war. Diese Ziffer gibt also keinen auch nur annähernd zuverlässigen Anhaltspunkt.

<sup>1</sup> Bericht des US-High Commissioner über die Zeit vom 21. 9. 1949 – 31. 7. 1952.

<sup>2</sup> Die VO über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit v. 12. 11. 1938 (RGBl. 1597) erlegte eine Abgabe von 20% des abgabepflichtigen Vermögens nach dem Stande vom 12. 11. 1938 auf. Anlaß war die Ermordung des Legationsrats vom Rath in Paris durch den jüdischen Fanatiker GRÜNSPAN. Durch die 1. DVO v. 21. 11. 1938 (RGBl. 1638) wurden auch die staatenlosen Juden abgabepflichtig gemacht. Durch die 2. DVO v. 19. 10. 1938 (RGBl. 2059) wurde die Abgabeschuld auf 25% erhöht. Abgabepflichtig war das Vermögen, das nach der sogen. AnmeldeVO v. 26. 4. 1938 (RGBl. 414) angemeldet werden mußte.

<sup>3</sup> ROSENSTOCK, Leo-Baack-Jahrbuch 1956, 1956, S. 377.

10. Wirklichkeitsnäher ist die Schätzung, die in einem Bericht des Reichswirtschaftsministers v. 21. 11. 1938<sup>1</sup> auf Grund der Anmeldungen des jüdischen Vermögens nach der Anmelde-VO erstellt worden ist. Sie erfaßt gesondert das inländische Vermögen der deutschen, ausländischen und staatenlosen Juden nach Abzug der Schulden und beläuft sich auf 7,538 Milliarden RM. Nach Einbeziehung des Vermögens der nicht-jüdischen Ehegatten steigt die Schätzung auf 8,592 Milliarden RM. Diese Einbeziehung ist hier gerechtfertigt, da in sehr vielen Fällen der Verlust dieses Vermögens RE-Ansprüche auslöste. Bei Unternehmen und Grundbesitz war nicht der steuerliche, sondern der „gemeine“ Wert, also der Marktwert anzugeben.<sup>2</sup> Diese Ziffern bedürfen mithin keiner Berichtigung. Zudem ist anzunehmen, daß im Zeitpunkt des Erlasses der sogen. Anmelde-VO kein Anmeldepflichtiger es gewagt haben würde, unrichtige Ziffern einzusetzen.

Stellt man in Rechnung, daß zu diesem Zeitpunkt knapp ein Drittel der Juden aus Deutschland bereits ausgewandert, und das inländische jüdische Vermögen durch die Akte der wirtschaftlichen Verfolgung bereits erheblich gemindert war, so ist der Schluß nicht von der Hand zu weisen, daß der Wert des jüdischen Vermögens in Deutschland im Jahre 1933 gewiß nicht geringer als 10 Milliarden RM, wahrscheinlich aber erheblich höher gewesen ist.

Von diesem Vermögen entfiel wohl etwa ein Drittel auf das Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. Es verbleibt zum Vergleich mithin eine Vermögensmasse in der Größenordnung von nicht weniger als 7 Milliarden RM.

Dem steht ein Rückerstattungsvolumen von etwa 3 bis 3,5 Milliarden DM gegenüber, von dem noch ein unbekannter, nicht ganz kleiner Betrag für die RE an die nicht-rassisch Verfolgten abziehen ist. Weiterhin ist der Geldwertschwund im Laufe von 2–3 Jahrzehnten zu berücksichtigen. Man wird folgern müssen, daß der Wert des rückerstatteten Vermögens auch im Bereich der Bundesrepublik nur einen Teil des durch Verfolgung eingebüßten Vermögens dargestellt hat.

#### B. Struktur der Berechtigten

1. Die Schlußberichte der US-Statistik enthielten auch die Feststellung der *Staatsangehörigkeit* des Berechtigten. Wenn sie nicht geklärt war, wurde der *Wohnsitz* des Berechtigten festgestellt. In den Ländern der US-Zone wurden bei Rechtsgemeinschaften (Erbengemeinschaft, Offene Handelsgesellschaft) mit keiner einheitlichen Staatsangehörigkeit der Berechtigten die anfallenden Werte in einer Rubrik „Verschiedenes“ eingesetzt. Sie repräsentiert 1957 rd. 2,6%, 1968 rd. 5% der Gesamtwerte. Bei der sehr großen Streuung der Einzelwerte kann diese Rubrik vernachlässigt werden.

2. Tabelle No. 8 enthält die in der US-Statistik enthaltenen Werte für den 31. 3. 1957 und den 31. 12. 1973 für die Länder der US-Zone und Westberlin. Die Veränderung der prozentualen Quoten im Laufe dieses Zeitraumes für die wichtigsten Emigrationsländer zeigt die folgende Tabelle:

<sup>1</sup> Gezeichnet von Ministerialrat Alf. KRÜGER, dem Kommentator der EinsatzVO.

<sup>2</sup> § 3 Satz 1 der VO.

gabe des Besitzes durch Geldzahlung abgelöst. Die anfänglich befürchtete gewaltsame Erschütterung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur ist nicht eingetreten.

Die Rechtszerstörung im Vermögensbereich ist durch die Rückerstattung weitgehend wiedergutmacht worden. Die zerrissenen Fäden im Rechtsgeflecht wurden neu geknüpft. Wo sich dies als nicht angängig erwies, wurde meist freiwillig, unter Anerkennung des gesetzlichen Gebots, aber geleitet von wirtschaftlicher Einsicht, seltener unter dem Druck richterlichen Gebots der chirurgische Schnitt durch das Rechtsgewebe vermieden und durch Zahlung von Geld ersetzt.

Vielleicht wird eine spätere Zeit diese Restitution als eine restaurative, den gesellschaftlichen „Fortschritt“ hemmende Unternehmung mißbilligen. Vielleicht auch wird man ihr verargen, daß ihretwegen Unschuldige leiden müssen. Und es ist schließlich denkbar, daß eine kommende Generation diesen Rechtsvorgang als eine quälende Erinnerung aus ihrem historischen Bewußtsein verdrängen wird.

Auch dann ist dieses Buch nicht ganz umsonst geschrieben worden. Die Verfolgung im Dritten Reich ist nicht geträumt worden. Die ihr folgende Katharsis in der materiellen Form der Wiedergutmacht war eine schmerzliche Wirklichkeit. Diese Manifestation des menschlichen Gewissens vollzog sich nicht in billigen Worten, sondern in der Form einschneidender Rechtsverzichte. Sie kann zwar verdrängt, aber aus dem Gedächtnis der Nation nicht getilgt werden. Sie wird von den Opfern der Verfolgung nicht vergessen werden. Der Bewahrung dieses historischen Vorgangs ohne Beispiel soll dieses Buch dienen.

TABELLE 1

Rechtshängige, erledigte und noch anhängige Fälle einschließlich der Reichsansprüche  
(Ohne Nachfolge-Organisationen)

## Länder der US-Zone

Stichtag	Seit dem 10. 11. 1947 rechtshängig geworden	Seither endgültig erledigt	Anteil der end- gültig er- ledigten Fälle in Prozenten	Hiervon wurden endgültig erledigt				Noch an- hängig
				durch WGAE	WGK	OLG	ORG	
1 30. 6. 1949	37411	2383	6,4	2198	176	9	35028	
2 31. 12. 1949	56260	7933	14,1	7252	632	35	48327	
3 30. 6. 1950	61217	15884	26	14240	1486	93	45333	
4 31. 12. 1950	65082	25240	38,7	22058	2901	162	39842	
5 30. 6. 1951	67717	34456	50,8	29147	4831	296	33261	
6 31. 12. 1951	69463	43258	62,2	35418	7106	457	26205	
7 30. 6. 1952	70413	49685	70	39512	9127	678	20728	
8 31. 12. 1952	72487	55157	76	42665	11172	853	17330	
9 30. 6. 1953	73947	59519	80,5	45231	12685	1024	14428	
10 31. 12. 1953	77032	64221	83,4	48292	14096	1166	12811	
11 30. 6. 1954	79533	68542	86,2	50869	15596	1313	10991	
12 31. 12. 1954	81334	71951	88	52939	16672	1495	9383	
13 30. 6. 1955	82587	75107	90,9	54927	17610	1639	7480	
14 31. 12. 1955	83679	77968	93	56583	18564	1865	5711	
15 30. 6. 1956	84388	80045	95,1	57707	19323	2002	4343	
16 31. 12. 1956	84864	81537	96,1	58394	19959	2095	3327	
17 31. 3. 1957	85071	82190	97,2	58675	20262	2135	2887	
18 31. 10. 1957	85731	83420	97,3	59253	20788	2203	2311	
19 31. 12. 1968		86514		61916	21750	2848		
20 31. 12. 1969		86574		61941	21773	2860		
21 31. 12. 1970		86619		61959	21793	2867		
22 31. 12. 1971		86663		61982	21810	2871		
23 31. 12. 1972		86707		62000	21834	2873		
24 31. 12. 1973		86740		62006	21860	2874		

TABELLE 2

Rechtshängige, erledigte und noch anhängige Fälle ohne Reichsansprüche  
(Ohne Nachfolge-Organisationen)

## Länder der US-Zone

Stichtag	Seit dem 10. 11. 1947 rechtshängig geworden	Seither endgültig erledigt	Anteil der end- gültig er- ledigten Fälle in Prozenten	Hiervon wurden endgültig erledigt				Noch an- hängig
				durch WGAE	WGK	OLG	ORG	
1 31. 7. 1952	52343	43517	83,1	34254	8184	691	398	8826
2 31. 12. 1952	53707	46308	86,2	35615	9411	835	447	7399
3 30. 6. 1953	54065	48648	90	36712	10433	952	551	5417
4 31. 12. 1953	54920	50892	92,7	37865	11261	1045	631	4028
5 30. 6. 1954	56675	52794	93	38951	12023	1124	696	3881
6 31. 12. 1954	57608	53991	93	39544	12467	1220	760	3617
7 31. 8. 1955	57969	55243	93,7	40124	12958	1329	823	2726
8 31. 12. 1955	57927	55752	94,5	40383	13137	1389	843	2175
9 30. 6. 1956	58169	56326	97	40635	13395	1451	845	1843
10 31. 12. 1956	58307	56777	97,3	40776	13630	1488	883	1530
11 31. 3. 1957	58047	56997	98	40849	13731	1511	906	1064
12 31. 10. 1957	58465	57267	98	40881	13910	1533	943	1198

TABELLE 3

Rechtshängige, erledigte und noch anhängige Fälle einschließlich der Reichsansprüche  
(Ohne Nachfolge-Organisationen)

## West-Berlin

Stichtag	Seit dem 26. 7. 1949 rechtshängig geworden	Seither endgültig erledigt	Anteil der end- gültig er- ledigten Fälle in Prozenten	Hiervon wurden endgültig erledigt				Noch an- hängig
				durch WGAE	WGK	KG	ORG	
1 31. 12. 1949	2668	67	0,25	67				2601
2 30. 6. 1950	19018	1138	6,5	1114	24			17880
3 31. 12. 1950	46020	7875	17	7548	322	5		38145
4 30. 6. 1951	50663	27351	54					23312
5 31. 12. 1951	64582	31174	48,5					33408
6 30. 6. 1952	67685	19172	28,3	18247	906	18	1	48513
7 31. 12. 1952	69749	27384	39,2	24826	2468	87	3	42365
8 30. 6. 1953	71448	35226	49,3	30633	4364	196	33	36222
9 31. 12. 1953	70049	40237	57,3	34334	5483	386	34	29812
10 30. 6. 1954	68292	46782	68,5	37411	8284	1017	70	21510
11 31. 12. 1954	68800	49054	71,3	38224	9348	1370	112	19746
12 30. 6. 1955	73127	51104	70	38990	10273	1662	179	22023
13 31. 12. 1955	86246	53792	62,3	40307	11258	1968	259	32454
14 30. 6. 1956	95188	58862	61,8	43912	12296	2314	340	36326
15 31. 12. 1956	110931	63298	57	46949	13314	2596	439	47633
16 31. 3. 1957	113855	67360	59,9	50191	13860	2808	501	46495
17 31. 10. 1957	115072	74538	64,7	55597	15164	3166	611	40534
18 31. 12. 1957	116768	77125	64,7	57199	15528	3757	641	39643
19 30. 6. 1958	124668	84011	68,9	62371	16597	4255	788	40657
20 31. 12. 1958	136806	89718	65,5	66769	17642	4440	867	47088
21 31. 12. 1959	487043	105532	21,7	79847	19782	4843	1060	381511
22 31. 12. 1960	497675	165508	33,3	135183	23910	5214	1201	332167
23 31. 12. 1961	511215	233157	45,5	195628	30111	5731	1687	278058
24 31. 12. 1962	519645	300623	57,8	255606	36704	6375	1938	219022
25 31. 12. 1963	532232	347919	65,3	292737	45650	7262	2270	184404
26 31. 12. 1964	552861	379798	70	316885	52591	7852	2470	173063
27 31. 12. 1965	585550	409504	70	338871	59486	8417	2730	176046
28 31. 12. 1966	699122	454975	65	374849	67797	9328	3001	244147
29 31. 12. 1967	690061	515235	74,6	427025	74370	10281	3559	174826
30 31. 12. 1968	701529	557728	79,5	461495	80715	11596	3922	143801
31 31. 12. 1969	709659	576999	81,2	471604	82624	12580	4191	132660
32 31. 12. 1970	718279	593002	82,6	483284	91128	14153	4437	125277
33 31. 12. 1971	721280	667845	92,6	543697	95889	23511	4748	53435
34 31. 12. 1972	724210	698667	96,5	560547	98732	34441	4947	25543
35 31. 12. 1973	728463	721803	99,1	566052	104285	46088	5378	6660



TABELLE 6

Aufgliederung und Schätzung der rückerstatteten Vermögen  
(Ohne Reichsansprüche und ohne Nachfolge-Organisationen)  
In tausend DM

Länder der US-Zone

Stichtag	Unternehmen		Grundbesitz		Rechte an Grundstücken		Wertpapiere, Beteiligungen	Kunstwerke, rituelle Gegenstände etc.		Zahlungen in Geld	Maschinen, Möbel, Patente etc.	Gesamtsumme
	Zahl	Gesamtwert	Zahl	Gesamtwert	Zahl	Gesamtwert		Zahl	Gesamtwert			
31. 7. 1950	216	69948	6121	191635	294	5412	46836	602	4596	85252	11326	415005
31. 12. 1950	245	74665	8255	234986	402	6084	57697	1133	5067	121323	12147	511969
30. 6. 1951	275	78793	10989	274322	533	6967	62969	1952	5475	161892	14099	604517
31. 12. 1951	321	82510	13126	302013	684	8000	66327	2758	5754	188351	18097	671052
30. 6. 1952	342	86847	14563	323962	794	8577	79292	3218	5938	210382	18940	733938
31. 12. 1952	336	87452	15272	346559	839	9089	82770	3355	6060	231192	19511	782638
31. 12. 1953	350	87745	15823	364544	878	9553	89920	3775	5735	245009	19099	821605
31. 12. 1954	360	88262	16511	372261	906	9864	108166	3913	5780	255940	19446	859719
* 29. 12. 1956	369	88721	16841	377903	915	10418	110764	4056	5827	264151	19608	877392
31. 12. 1956	375	89431	16970	379499	920	10424	111110	4092	5894	268704	19712	884774
o 31. 3. 1957	377	89459	16979	379729	924	10425	111246	4093	5896	269767	19772	886294
31. 12. 1968	389	90626	17185	388938	940	10683	109237	4127	7852	391533	32811	1031699
31. 12. 1969	390	90696	17185	388938	940	10683	109238	4128	7884	393512	32811	1033762
31. 12. 1970	390	90696	17185	388938	940	10683	109284	4128	7884	393745	32811	1034042
31. 12. 1971	390	90696	17185	388938	940	10683	109284	4128	7884	394207	32811	1034504
31. 12. 1972	390	90696	17185	388938	940	10683	109284	4128	7884	395476	32811	1035773
31. 12. 1973	394	90776	17186	388958	940	10683	109284	4128	7884	395499	32811	1035896

Tabellen

Durchschnittswerte der rückerstatteten Vermögen pro Einheit (in DM)

Stichtag	Unternehmen	Grundbesitz	Rechte an Grundstücken	Kunstwerke etc.
31. 7. 1950	324000	31300	18000	7600
31. 12. 1950	305000	28500	15000	4600
30. 6. 1951	286000	25000	13000	2800
31. 12. 1951	257000	23500	12000	2100
30. 6. 1952	254000	22500	11000	1900
31. 12. 1952	260000	22700	10800	1800
31. 12. 1953	251000	23100	10900	1500
31. 12. 1954	245000	22500	10900	1500
* 29. 12. 1956	240000	22400	11400	1400
31. 12. 1956	238000	22400	11300	1400
o 31. 3. 1957	237000	22400	11300	1400
31. 12. 1968	233000	22600	11000	1900
31. 12. 1973	230000	22600	11000	1900

\* Ziffern zum 31. 12. 1955 nicht veröffentlicht  
o Datum zwecks Vergleich mit Tabelle 7 gewählt.

Tabellen

TABELLE 7

I.  
Aufgliederung und Schätzung der rückerstatteten Vermögen  
Ohne Reichsansprüche und ohne Nachfolge-Organisationen  
In tausend DM

## West-Berlin

Stichtag	Unter- neh- men	Grund- besitz	Rechte an Grund- stücken	Wert- papiere, Beteili- gungen	Kunst- werke, rituelle Gegen- stände etc.	Zahlun- gen in Geld	Maschi- nen, Möbel, Patente etc.	Gesamt- summe
30. 6. 1952	1078	32220	311	1301	245	15768	56	50979
31. 12. 1952	15896	73176	607	1498	281	24294	211	115963
31. 12. 1953	19117	114227	1237	343	561	41914	248	177647
31. 12. 1954	20900	159376	8422	9672	202	44223	761	243556
31. 12. 1955	21513	187462	8611	9804	207	49969	971	277537
31. 12. 1956	21724	212052	8830	9936	208	53311	1111	307170
31. 3. 1957	21973	218993	8865	14787	209	55196	1114	321137
31. 12. 1958	22371	248265	9044	26010	213	64952	1185	372040
31. 12. 1961	22702	274357	9505	26350	223	85740	1450	420327
31. 12. 1963	22708	285384	9654	26684	237	87680	1450	433797
31. 12. 1966	22722	292935	9814	28202	245	91207	1450	446575
25. 6. 1969	23679	298299	9912	28495	245	95586	1450	457665
25. 4. 1970	23687	299818	9912	28508	245	95614	1450	459233
25. 12. 1970	23687	300027	9913	28517	245	95796	1450	459634
25. 12. 1971	23687	300777	9913	29502	245	95807	1450	461381
25. 12. 1972	23737	301737	10019	29506	245	95846	1450	462540
25. 12. 1973	23746	302221	10020	29506	245	95849	1450	463037

\* Ziffern für 31. 10. oder 31. 12. 1957 liegen nicht vor.

° Statistischer Irrtum

## II.

Aufgliederung und Schätzung der an die **Nachfolge-Organisationen** rückerstatteten  
Vermögen  
(in tausend DM)

	Grund- besitz	Rechte an Grund- stücken	Wert- papiere	Kunst- werke etc.	Zahlun- gen in Geld		
25. 12. 1973							
JRSO	12495	209	4311	30	23482	9	40536
ATO	734	11	553	5	403		1706
					Summe von II		42242
					Summe von I		463037
					Summe von I und II		505279

TABELLE 8

Aufteilung der rückerstatteten Vermögenswerte (ohne Reichsansprüche) nach Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz der Berechtigten  
in tausend DM

	Länder der US-Zone		West-Berlin	
	31. 3. 1957	31. 12. 1973	31. 3. 1957	25. 12. 1973
Äthiopien				34
Ägypten	485	516	338	624
Argentinien	26779	25556	12933	15209
Australien	7754	8805	3116	4392
Belgien	2070	2236	2152	2692
Bolivien	1096	1204	692	808
Brasilien	8193	9697	8360	9409
Bulgarien	2	2	2	2
Chile	2396	2861	2105	3028
China	302	267	225	225
Dänemark	492	497	1289	1553
Deutschland	159250	187613	63493	122658
Dominika	45	136	3	228
Ecuador	583	661	744	1106
Estland				30
Finnland	89	89		81
Frankreich	17440	21438	7629	13356
Franz.-Westafrika		79		
Griechenland		6		176
Großbritannien	83582	93808	54638	66729
Guatemala	72	132	18	26
Haiti			42	42
Honduras	203	198	3	3
Indien	158	177	154	247
Indonesien	13	13		
Iran	7	7	9	37
Irland	63	64	199	260
Island			30	30
Israel	41056	45786	25052	32998
Italien	1594	1712	1024	1761
Jamaica	24	47		
Japan	33	76	22	22
Jugoslawien	114	117		
Kanada	6590	8190	2552	3693
Kenya				88
Kolumbien	366	387	334	379
Kuba	16436	16596	441	480

TABELLE 8 (Fortsetzung)

	Länder der US-Zone		West-Berlin	
	31. 3. 1957	31. 12. 1973	31. 3. 1957	25. 12. 1973
Liberia	16	16		
Liechtenstein	87	92		
Luxemburg	405	399		
Malaysia				30
Marokko		339	3	98
Mexico	3216	3440	842	1033
Monaco	4	11		5
Neuseeland		234	659	904
Nicaragua		8		
Niederlande	18831	19614	5181	6547
Nord-Rhodesien		99		
Norwegen	57	86	22	22
Österreich	1996	4033	1103	1616
Pakistan	65	11		
Panama	21	21	146	200
Paraguay	55	96	50	53
Peru	910	969	72	88
Philippinen	32	50		
Polen	67	76	998	1467
Portugal	210	437	542	948
Rumänien	277	281	14	15
Saarland	111	268		
San Salvador		48	322	322
Schweden	1584	1908	1348	1885
Schweiz	46702	59524	8090	10483
Spanien	283	282	568	643
Südafrika	9134	9260	2700	4803
Syrien	9	8		
Thailand	6	6	4	5
Tschechoslowakei	188	225	1136	1560
Türkei	337	327	20	98
Ungarn	297	187	447	640
Uruguay	5567	6010	1860	2362
UdSSR			2	2
Vereinigte Staaten von Amerika	390298	441766	106875	144197
Venezuela	5117	5167	396	468
Staatenlos	618			
Verschiedenes*	22504	51624	134	134
	886291	1035896	321133	463034

\* Gemeinschaften mit mehreren verschiedenen Staatsangehörigkeiten

John J. ...

# Foreign Claims Settlement Commission of the United States

*Eighteenth Semiannual Report to the Congress  
for the Period Ending June 30, 1963*

## CONTENTS

	Page
Introduction . . . . .	1
Commission Procedures . . . . .	4
Polish Claims Program . . . . .	4
Lake Ontario Claims Program . . . . .	6
Philippine Claims Program . . . . .	6
Guamanian Claims Program . . . . .	7
General War Claims Program . . . . .	8
Organization and Administration . . . . .	11
Exhibits:	
I. Status of Current Claims Programs as of June 30, 1963 . . . . .	12
II. Status of War Claims Fund as of June 30, 1963 . . . . .	13
III. Actual obligations for Administrative Expenses, January 1, 1963 to June 30, 1963 . . . . .	14
IV. Selected Decisions (Polish Claims Program) . . . . .	15
V. Executive Order No. 11086 of February 23, 1963 . . . . .	24
VI. Order Granting Award of \$500,000 to Jewish Restitution Successor Organization . . . . .	25

All 35 claims have been filed with the Commission and as of the end of this reporting period and favorable decisions have issued on 34 claims, in which the total detention benefits amounted to \$89,098. Of these 34 decisions, 31 have been finalized and the awards certified to the Treasury Department for payment. It is anticipated that favorable action will be taken on the remaining claims early in the next reporting period.

### GENERAL WAR CLAIMS PROGRAM

Public Law 87-846 (Title II of the War Claims Act of 1948, as amended), approved October 22, 1962, authorized the Commission to determine the validity and amounts of certain claims of nationals of the United States which arose during World War II. The general categories of claims provided for under this statute are as follows:

1. Loss or destruction of, or physical damage to, property located in Albania, Austria, Czechoslovakia, the Free Territory of Danzig, Estonia, Germany, Greece, Latvia, Lithuania, Poland, or Yugoslavia, or in territory which was part of Hungary or Rumania on December 1, 1937, but which was not included in such countries on September 15, 1947, which loss, destruction, or damage occurred as a result of military operations of war or from special measures directed against property in such countries or areas because of the enemy or alleged enemy character of the owner;

2. Damage to or destruction of ships and ship cargoes as a result of military action by Germany or Japan;

3. Net losses of insurers under war-risk insurance contracts covering ships; and

4. Loss or damage on account of the death, injury or permanent disability of civilian passengers on vessels attacked on the high seas by Germany or Japan, as well as the loss or destruction of property on such vessels owned by such civilian passengers.

A comprehensive analysis of Public Law 87-846 was contained in the 17th Semiannual Report and the full text of this public law and related statutes appeared therein as Exhibits XVIII, XIX, XXI and XXII.

The statute provided that within 60 days after enactment of legislation making appropriation to the Foreign Claims Settlement Commission for payment of administrative expenses in carrying out its functions under the Act, the Commission must give public notice by publication in the Federal Register of the time within which claims may be filed with the Commission. The limit of time may not be more than 18 months after the date of such publication. The statute

requires the Commission to complete its determinations with respect to these claims within four years following the enactment of legislation making appropriations for administration of the program. On May 17, 1963, appropriate legislation was approved making such appropriations.

During the interim between enactment of Public Law 87-846 on October 22, 1962, and the enactment of legislation on May 17, 1963, making appropriations available for the administrative expenses for this program, the Commission was engaged in the preparation of the appropriate claim form, regulations, and other details necessary for the administration of this program. Immediately after the appropriations were made available, the Commission took appropriate action to have all of the necessary claims forms, instructions, regulations, and other material printed for distribution to potential claimants.

As of June 30, 1963, public notice has not been published in the Federal Register of the time for filing claims and the regulations pertaining thereto. It is anticipated that all of these details and the activation of the General War Claims Division will be accomplished shortly after July 1, 1963.

It is noted, however, that Section 204(a) of Public Law 87-846 amended Section 32(h) of the Trading With the Enemy Act, as amended (50 U.S.C. App. 1) which provided for a lump sum settlement in the amount of \$500,000 for all claims to the proceeds of heirless property by successors-in-interest to deceased persons who, if alive, would be eligible to receive returns under the provisions of subdivisions (c) or (d) of that Act.

The background of this portion of the Trading With the Enemy Act, as amended, and the amendment provided for in Public Law 87-846 has its origin in the 79th Congress.

During World War II, pursuant to the Trading With the Enemy Act, property located in the United States which was owned by enemy nationals was vested by the United States. Public Law 671, 79th Congress, provided that vested property could be returned to its former owner, or his successor-in-interest, if such former owner was "an individual who, as a consequence of any law, decree, or regulation of the nation of which he was then a citizen or subject, discriminating against political, racial, or religious groups, has at no time between December 7, 1941, and the time when such law, decree, or regulation was abrogated, enjoyed full rights of citizenship under the law of such nation."

In many cases, persons who otherwise would have been entitled to return of property under Public Law 671, together with their families, were exterminated by our wartime enemies. In recognition of this, on numerous occasions, the United States has taken the position that

the assets of persecuted persons who have died without heirs should be used for rehabilitation and resettlement of surviving persecutees. For example, the inter-allied agreement embodied in the final act of the Paris Conference on Reparations, January 1946, specifically provided that heirless assets found in neutral countries should be used for this purpose. Other agreements and treaties to which the United States was a party also provided similar treatment for heirless property.

In pursuance of this national policy, the Congress enacted Public Law 626, 83d Congress, which added the present subsection (h) to Section 32 of the Trading With the Enemy Act. That subsection provides that up to \$3 million in vested property may be returned to one or more organizations designated by the President as successor-in-interest to deceased persecutees. Amounts returned under this subsection are required to be "used on the basis of need in the rehabilitation and settlement of persons in the United States who suffered substantial deprivation of liberty or failed to enjoy full rights of citizenship."

By Executive Order No. 10587 of January 13, 1955 (20 Fed. Reg. 361), the President designated the Jewish Restitution Successor Organization, a charitable membership organization incorporated under the laws of New York, as successor-in-interest to such deceased persons.

That organization had pending with the Alien Property Custodian a total of 1,800 claims under Section 32(h) of the Trading With the Enemy Act. No payments had been made under such section primarily because of the difficulties attendant upon proof of ownership of specific assets.

Under the amendment, a total of \$500,000 was authorized to be paid out of the proceeds of vested property to successor organizations designated by the President under Section 32(h). Acceptance of payment will discharge all claims of such organizations under such section. The President is authorized to designate additional organizations to whom payment may be made. In such case, the proportions in which such \$500,000 will be distributed among designated organizations shall be those in which heirless property was distributed pursuant to certain postwar international agreements to which the United States was a party.

Shortly after enactment of Public Law 87-846, the President issued Executive Order No. 11086 of February 23, 1963 (28 Fed. Reg. 1833) (see Exhibit V), which amended Executive Order No. 10587 of January 13, 1955, designating the Jewish Restitution Successor Organization as the successor-in-interest to deceased persons as contemplated by Section 32(h). The authority to carry out the functions provided for in Section 32(h) was delegated to the Foreign Claims Settlement Commission.

On June 18, 1963 the designated successor organization made application to the Commission for the payment of the \$500,000 authorized by the statute. By Order dated June 28, 1963, the Commission granted the application and the award was certified to the Secretary of the Treasury for payment out of the War Claims Fund. A copy of that Order appears as Exhibit VI.

#### ORGANIZATION AND ADMINISTRATION

Other than the establishment of a field office in New York for the purpose of facilitating the Polish Claims Program, no major changes in the organization occurred during this reporting period.

As of June 30, 1963, the Commission employed 144 individuals, including the staffs of the field offices, the Chairman and two Commissioners.

## EXHIBIT II

*Status of War Claims Fund as of June 30, 1963*

## For payment of claims:

War Claims Commission and Foreign Claims Settlement Commission .....	\$181,489,566
Paid to Bureau of Employees' Compensation .....	23,410,954
Repayment of Loans to Department of State .....	50,550
Transferred to Treasury Department for Bureau of Employees' Compensation for future payments .....	17,500,000
General Accounting Office for certificate of settlement of claims .....	70

## For administrative expenses:

War Claims Commission and Foreign Claims Settlement Commission .....	5,401,279
Bureau of Employees' Compensation .....	711,224

Total Withdrawals .....	228,563,643
Unexpended balance .....	24,436,357

Total Deposits .....	253,000,000
----------------------	-------------

## EXHIBIT V

The White House  
EXECUTIVE ORDER

AMENDMENT OF EXECUTIVE ORDER 10587 RELATING TO THE  
ADMINISTRATION OF SECTION 32(h) OF THE TRADING WITH THE  
ENEMY ACT

By virtue of the authority vested in me by the Trading with the Enemy Act, as amended (50 U.S.C. App. *et seq.*), and by section 301 of title 3 of the United States Code (65 Stat. 713), and as President of the United States, it is ordered that sections 1, 2 and 3 of Executive Order No. 10587 of January 13, 1955 (20 F.R. 361) are amended to read as follows:

"SECTION 1. The Jewish Restitution Successor Organization, a charitable membership organization incorporated under the laws of the State of New York, is hereby designated as successor in interest to deceased persons in accordance with and for the purposes of subsection (h) of section 32 of the Trading with the Enemy Act, as added by the Act of August 23, 1954 (68 Stat. 767), and amended by section 204(a) of Public Law 87-846, approved October 22, 1962 (76 Stat. 1114).

"SECTION 2. Exclusive of the designation of the Jewish Restitution Successor Organization under section 1 of this Order and the exercise of jurisdiction over the claims referred to in section 3, the Foreign Claims Settlement Commission is hereby delegated and shall carry out the functions provided for in subsection (h) of section 32 of the Trading with the Enemy Act, as amended, including the designation or refusal of designation of other organizations under the first sentence of that subsection, the payment of \$500,000 out of the War Claims Fund to the designated organization or organizations and all other powers, duties, authority and discretion vested in or conferred upon the President.

"SECTION 3. Jurisdiction over the claims filed by the Jewish Restitution Successor Organization with the Attorney General under subsection (h) of section 32 of the Trading with the Enemy Act prior to the amendment thereof by section 204(a) of Public Law 87-846 shall remain with the Attorney General pending the discharge of such claims by that organization's acceptance of payment pursuant to subsection (h), as amended, or other discharge of such claims pursuant to law."

JOHN F. KENNEDY.

THE WHITE HOUSE,  
February 26, 1963.

## EXHIBIT VI

IN THE MATTER OF THE APPLICATION OF  
THE JEWISH RESTITUTION SUCCESSOR  
ORGANIZATION

Pursuant to Section 204(a), Title II of  
Public Law 87-846 October 22, 1962,  
amending Section 32(h) of the Trading  
With the Enemy Act, as amended.

## ORDER

The Jewish Restitution Successor Organization, having applied under date of June 18, 1963, for payment of \$500,000.00 out of the War Claims Fund pursuant to the provisions of subsection (h) of section 32 of the Trading With the Enemy Act, as amended by section 204(a), Title II of Public Law 87-846, approved October 22, 1962 (76 Stat. 1114), and it appearing:

- (1) that the applicant, the Jewish Restitution Successor Organization, a charitable membership organization incorporated under the laws of the State of New York, has been duly designated by the President of the United States under Executive Order No. 10587, dated February 26, 1963, as successor in interest to deceased persons in

accordance with and for the purposes of the statute;

- (2) that no other organization has applied for designation under the provisions of subsection (h) of section 32 of the Trading With the Enemy Act;
- (3) that the time limit prescribed for applying for such designation has expired; and
- (4) that the applicant has given, to the satisfaction of the Foreign Claims Settlement Commission, the firm and responsible assurances that are prerequisite under the statute;

And the matter having been duly considered by the Commission, it is

ORDERED, by virtue of the authority vested in the Commission pursuant to Section 2 of Executive Order No. 10587 of February 26, 1963, that the application be granted.

Accordingly, an award is hereby made to the Jewish Restitution Successor Organization in the amount of Five Hundred Thousand Dollars (\$500,000.00).

It is further

ORDERED, that this award be certified to the Secretary of the Treasury.

Dated at Washington, D.C., June 23, 1963.

## EXHIBIT VIII

## Status of War Claims Fund as of December 31, 1963

For payment of claims:	
War Claims Commission and Foreign Claims Settlement Commission.....	\$181,501,378
Paid to Bureau of Employees' Compensation.....	23,410,954
Repayment of loans to Department of State.....	50,550
Transferred to Treasury Department for Bureau of Employees' Compensation for future payments.....	17,500,000
General Accounting Office for certificate of settlement of claims.....	70
Payment to Jewish Restitution Successor Organization.....	500,000
[See Exhibits V and VI, 18 FCSC Semiann. Rep. (Jan.-June 1963)]	
For administrative expenses:	
War Claims Commission and Foreign Claims Settlement Commission.....	5,401,279
Bureau of Employees' Compensation.....	711,224
Total Withdrawals.....	229,075,455
Unexpended Balance.....	47,674,545
Total Deposits.....	276,750,000

Foreign  
Claims  
Settlement  
Commission  
of the United States

*Nineteenth Semiannual Report to the Congress  
for the Period Ending December 31, 1963*

THE HANDLING OF LOOTED BOOKS IN THE  
AMERICAN ZONE OF OCCUPATION, 1944 - 1951:

A DRAFT REPORT PREPARED BY THE  
OFFICE OF SPECIAL INVESTIGATIONS

U.S. DEPARTMENT OF JUSTICE

RECEIVED

SEP 22 1999

African & Middle Eastern Division

Robert G. Waite, Ph.D.

Senior Historian

At a meeting of the Interagency Working Group on Nazi Assets in December 1996, the fate of books looted by the Nazis from their Jewish owners and captured by American armed forces late in the war was raised. Soldiers from the Monuments, Fine Arts, and Archives Section of the First U.S. Army controlled these materials and routed them to a collection center near Frankfurt, the Offenbach Archival Depot, for processing. According to an agreement among the victorious Allied nations, these cultural items were to be returned to the country of origin and subsequently to their rightful owners. At the December meeting, it was suggested that Lester Born, an archivist serving in the U.S. Army and connected to the Offenbach Archival Depot, had in the late 1940s written a memorandum on activities of representatives of the Library of Congress (LOC). He had allegedly maintained that some members of the LOC Mission examined the books held in Offenbach and removed for its collection items before the materials could be restituted. Following the end of the Second World War a delegation from the Library of Congress was based in Germany where its main function was the purchase of books and periodicals.

To determine if the LOC Mission had in fact taken manuscripts, rare and valuable books, or any other publications before the possible restitution of them a search of the records of the Monuments, Fine Arts and Archives Section of the U.S. military government in Germany (OMGUS) at the National Archives and the records of the Library of Congress Mission at the Library

of Congress was undertaken.<sup>1</sup>

This investigation had the following objectives: (1) describe the procedure by which the books looted by the Nazis from their Jewish owners were handled by the American military government in Germany, (2) determine the procedure adopted for the restoration of the materials to their country of origin and ultimately to the proper owners, (3) ascertain if the Library of Congress Mission had in fact identified and removed for its collections books looted by the Nazis before they could be properly restituted, (4) locate any memorandum prepared by Major Lester Born relevant to this issue, and (5) identify other organizations that expressed interest in the unrestituted books, particularly material whose owners could not be identified, the so-called heirless property. As the research progressed additional objectives were added, including: (6) describe how the issue of the heirless books was resolved, (7) discuss the procedure for distributing the heirless books and the organizations that participated, and (8) identify those institutions that received these materials.

**Background:** The Nazi seizure of Jewish cultural items and books from the libraries of individual Jews, Jewish communities,

---

<sup>1</sup> The records of the Monuments, Fine Arts & Archives Section are part of Record Group 260 of the collections of the National Archives, Washington, D.C., and the materials from the Mission are held as the "European Mission and Cooperative Acquisitions Project," Library of Congress, Manuscript Division, Washington, D.C.

associations and organizations began in the late 1930s and accelerated during the war as the German armed forces occupied much of Europe.<sup>2</sup> One consequence of the regime's policies and its all out assault against the Jews of Europe was that an untold number of books and cultural items were seized and then destroyed, often burned, pulped, or simply discarded.<sup>3</sup> A large number of items were spared that fate and were held by the Nazis. In fact, several million volumes went to the collections of agencies and organizations dedicated to the eradication of Judaism, such as the Security Police, the office of Alfred Rosenberg which established institutes for the study of Judaism, and a handful of political-ideological research centers in Germany and central Europe. Ironically, these books survived the war.<sup>4</sup> The Nazis had established a number of institutes "for the

---

<sup>2</sup> Philip Friedman, "The Fate of the Jewish Book During the Nazi Era," Jewish Book Annual 15 (1957-1958), pp. 3-13; and Donald E. Collins and Herbert P. Rothfeder, "The Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg and the Looting of Jewish and Masonic Libraries during World War II," Journal of Library History 18 (Winter 1993), pp. 21-36.

<sup>3</sup> See, "Report on confiscation and treatment of the former Jewish libraries by the Gestapo from 1933-1945," Library of Congress, Manuscript Division, European Mission and Cooperative Acquisitions Project (hereafter LOC-EMCAP), Box 16.

<sup>4</sup> The seizure of books is outlined in various post-war correspondence concerning the ultimate disposition of the approximately three million volumes captured by American forces. See, for example, the letter from Headquarters, Jewish Restitution Successor Organization, "An das Zentralanmeldeamt Friedberg, Betr. Wiedergutmachungsbehoerde Frankfurt," December 20, 1948, National Archives (hereafter NA), Record Group (hereafter RG) 260, Box 66; "Notes from Dr. Grummach, Head of Jewish Section, Gestapo Library, Eisenacherstrasse, An die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bericht über das Beschlagnahme und Behandlung der früheren jüdischen

study of what they were pleased to call the Jewish problem," Professor Jerome Michael, the Acting Chairman of the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, wrote on June 5, 1946, in a letter to American authorities. It was these institutes that had held most of the books found by Allied troops as they advanced into Germany late in the war.<sup>5</sup>

"The function of these institutes [was] to provide a pseudo-scientific basis for the virulent anti-Semitic propaganda," Michael stated. The "largest and best known" of these, the Institute for the Research of the Jewish Question, was located in Frankfurt and operated under the direction of Alfred Rosenberg. Its collection formed a big part of the materials uncovered by

---

Bibliotheksbestände durch die Stapo-Dienststellen in den Jahren 33-45," NA, RG 260, Box 721; "Report on confiscation and treatment of the former Jewish libraries by the Gestapo from 1933-1945," LOC-EMCAP, Box 16; and "Subject: Cultural Objects," January 26, 1948, NA, RG 260, Box 66. A list of these Nazi research institutes and other sources of looted books is included in "Tentative List of Jewish Cultural Treasures in Axis-Occupied Countries," Jewish Social Studies 8 (January 1946), pp. 9-11.

<sup>5</sup> The Commission on European Jewish Cultural played a central role in the discussions regarding the distribution of the hierless book. It was, as Professor Michael pointed out, comprised of "American Jewish religious leaders, scholars and educators," and it proposed to the U.S. Department of State a plan "for the preservation and ultimate disposition of the Jewish religious and cultural treasures which are still to be found in Germany and Austria;" letter from Jerome Michael, Acting Chairman, The Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, to General J.H. Hildring [sic], Assistant Secretary of State, June 5, 1946, NA, RG 260, Box 720. On the activities of Rosenberg's units, see F.J. Hoogewoud, "The Nazi Looting of Books and its American 'Antithesis'. Selected Pictures from the Offenbach Archival Depot's Photographic History and Its Supplement," Studia Rosenthaliana 26 (1992), pp. 160-166; Friedman, "Fate of the Jewish Book During the Nazi Era," pp. 6-12; and Collins and Rothfeder, "Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg," pp. 23-31.

American armed forces in the village of Hungen, near Frankfurt. Professor Michael explained that the Nazis used the looted books "in order to conduct their specious studies" "so that they might distort and falsify" Judaism. The looted materials taken by the Nazi institutes came from the libraries of individuals, from Jewish institutions and communities, as well as the libraries of Free Mason lodges and Rotary Clubs.<sup>6</sup>

That many Jewish books and cultural were in fact preserved in the libraries of these Nazi research institutes presents "one of the great and ironical paradoxes of human history," Professor Michael commented. "At the same time that the Nazis were exterminating the Jews of Europe they were carefully and methodically collecting and preserving Jewish religious and cultural objects and employing them as a means to Jewish annihilation."<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Letter from Jerome Michael to General J.H. Hildring. Rosenberg received the authorization from Hitler to carry out the systematic looting of libraries and archives on March 1, 1942, "Führererlass," Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946 document 1015k-PS, p. 536. "Library for Exploration of the Jewish Question, 'Hohe Schule'. District Office, Frankfurt/Main. Institute for Exploration of the Jewish Question," Nuremberg document 171-PS, LOC-EMCAP, Box 30, identifies the sources of most of the books held there. For additional information on the sources of the looted books, see, for example, the list entitled "Jewish Libraries of Eastern Countries" which identifies the number of items (and boxes) from various countries and libraries, NA, RG 260, Box 720; "Tentative List of Library and Archival Collections at Offenbach Archival Depot," in OAD OMG, "Monthly Report," March 31, 1946, LOC-EMCAP, Box 9; and Friedman, "Fate of the Jewish Book During the Nazi Era," pp. 6-11"

<sup>7</sup> Letter, Jerome Michael to General J.H. Hildring.

**Consolidation of the library and cultural materials at the Offenbach Archival Depot:** As American troops advanced through western Germany in late 1944 and early 1945 they discovered "these expropriated libraries in huge caches" at Hungen, Frankfurt, and a few other locations, including Berlin.<sup>8</sup> In early 1945, before the inventorying of the books and cultural items had begun, the Rothschild Library in Frankfurt, a source of many of the looted books, became the collecting point for these materials. The lack of sufficient space and other logistical problems led to the establishment by the Office of Military Government of the U.S. (OMGUS) of a collection center at Offenbach, in a building formerly owned by I.G. Farben. In late February 1946, Captain (later Lieutenant Colonel) Seymour J. Pomrenze, an archivist with solid administrative and academic experience, received the assignment to establish and organize an archival depot, to sort and reconstitute these materials in accordance with Allied agreements.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Ibid. See, Leslie Irllyn Poste, "The Development of U.S. Protection of Libraries and Archives in Europe During World War II" (Ph.D. dissertation, University of Chicago, 1958), pp. 333-339.

<sup>9</sup> The most detailed account of the establishment of the collection depot at Offenbach is by Leslie Poste, an officer in the U.S. Seventh Army who was assigned to survey the situation at the Rothschild Library and to make further recommendations. See his doctoral dissertation, "Development of U.S. Protection of Libraries and Archives," pp. 339-344; Leslie I. Poste, "Books Go Home From the Wars," Library Journal 73 (December 1, 1948), pp. 1699-1701; and Seymour J. Pomrenze, "Policies and Procedures for the Protection, Use, and Return of Captured German Records," in Robert Wolfe, editor, Captured German and Related Records: A National Archives Conference (Athens, Ohio: Ohio University

As soon as he arrived in Offenbach, Captain Pomrenze expanded the staff of the collection center and developed a plan for unpacking, sorting, and restituting in an orderly and expeditious manner the more than one million volumes he found awaiting him. The operations at the Offenbach Archival Depot expanded rapidly, as did the arrival of more books. Already on April 16, 1946, the Chief of the Restitution Branch of OMGUS directed that "books and other library materials" found in Berlin "which are subject to restitution from or within Germany, as belonging to identified or unidentified individual or institutional owners," be shipped to the Offenbach Archival Depot "for sorting and restitution in accordance with existing military government regulations." On May 1, 1946, Offenbach was designated the "sole archival depot" for the handling of looted books and archives that were subject to restitution.<sup>10</sup>

To support this enormous undertaking, personnel with technical expertise were assigned to assist Colonel Pomrenze, and the restitution procedures streamlined. Dr. Jacob Zuckerman, a member of the Library of Congress Mission in Berlin, went to Offenbach in order to help in the "procurement, boxing, crating, security and shipment of materials." The Chief of the Restitution Branch directed that the material "as may be readily identified as to ownership and nation of origin is [to be]

---

Press, 1974), pp. 22-27.

<sup>10</sup> Poste, "Development of U.S. Protection of Libraries and Archives," pp. 341-342; and Poste, "Books Go Home," pp. 1700-1701.

restituted direct from their repositories without passing through Offenbach." Dr. Zuckerman worked closely with members of the Monuments, Fine Arts, and Archives (MFA&A) Section of OMGUS and the Offenbach staff in the consolidation of the books and on the issue of their restitution.<sup>11</sup>

During the spring of 1946, the MFA&A Section, which was responsible for the collection and restitution of books and cultural items looted by the Nazis, considered whether to sort the books discovered in Berlin at a depot in that city. Soon, however, an officer in the MFA&A Section wrote to the leader of the Jewish Community of Berlin that the initial handling of "some hundreds of books clearly marked with names of owners" (which were forwarded to the State Library in Berlin) "did not inspire much confidence." The officer decided that books from Berlin were to be shipped to the Offenbach Archival Depot for processing. "For several months now there has been in the U.S. Zone a large book-sorting depot with a staff of nearly 200, where the sorting out of books belonging to a variety of owners is proceeding rapidly," he explained. "It seems to me a most

---

<sup>11</sup> Office of Military Government for Germany (U.S.), Economics Division, "Subject: Removal of Books from Berlin MFA&A to Offenbach," April 16, 1946; Offenbach Archival Depot, "Subject: Removal of Books from Berlin MFA&A to Offenbach," April 16, 1946, NA, RG 260, Box 720; Office of Military Government for Germany (U.S.), "Subject: Removal to Central Archival Depot of Archives, Books and Other Library material," April 27, 1946, NA, RG 260, Box 720; Office of Military Government for Germany (U.S.), "Subject: Jewish Cultural Material," June 3, 1946, NA, RG 260, Box 66; and Library of Congress Mission, Berlin Unit, J. Zuckerman, "Report #9," February 18, 1946, LOC-EMCAP, Box 33.

satisfactory solution of our Berlin problem if all our unsorted books are sent to the U.S. Zone to be put through a sorting process there." The letter stated that if any of the books held in Berlin had been confiscated from Jewish organizations, attention should be called to those books "as the first step toward its return to its rightful owners."<sup>12</sup> From the beginning, the looted books and cultural items were handled with care, respect, and diligence. As expeditiously as possible, the materials were to be shipped from the Offenbach Archival Depot to the country of origin for restitution to the their rightful owners.

On April 17, 1946, an officer from the MFA&A Section wrote a similar letter to the Bishop of Berlin, advising him that the books confiscated by the *Reichssicherheitshauptamt* (Reich Security Main Office) and "given into your custody after the end of hostilities," were to be transferred to the Offenbach Archival Depot. "I have had further demonstration of the extreme difficulty of finding any responsible civilian agency in Berlin upon whose assistance I can rely for the proper sorting of confiscated books," he stated. "It has therefore been decided that all such books in Berlin, return of which is the

---

<sup>12</sup> Office of Military Government For Germany (U.S.), letter from Captain C.S. Hathaway to Dr. Berthold Breslauer, Jewish Community of Berlin, April 17, 1946; see also his letter to Dr. Traugott Mann, April 18, 1946, NA, RG 260, Box 720; and OAD OMG Greater Hesse, "Tentative List of Library and Archival Collections at Offenbach Archival Depot," March 22, 1946, LOC-EMCAP, Box 9.

responsibility of U.S. Military Government, can best be handled if they are sent to a book-sorting depot in the U.S. Zone." This included "all books belonging to non-German religious organizations" which had been placed in the custody of the Bishop. The Bishop was permitted to retain custody of "all books belonging to Roman Catholic religious organizations."<sup>13</sup>

By late April the Offenbach Archival Depot was fully staffed by Captain Pomrenze and "equipped to handle all archives, books and other library material which, if not arranged in an orderly sequence, require sorting in preparation for restitution by representatives of the country of origin." The OMGUS memo designating the Offenbach facility as "the sole archival depot in the U.S. Zone" directed Pomrenze to contact the Chief MFA&A officer for each of the states in the American occupation zone and "make arrangements for the transfer to the Offenbach Archival Depot of all such material." Transfers of books and cultural items to the Offenbach center were closely regulated and required the approval of the respective MFA&A officers. The authorization memo also directed that "the archives, books and other library materials will be restituted to the countries of origin by the Director of the Offenbach Archival Depot in accordance with procedures set forth in Title 18, Military Government

---

<sup>13</sup> Office of Military Government for Germany (U.S.), letter from Captain C.S. Hathaway to His Eminence, the Bishop of Berlin, April 17, 1945; see also his letter to the Evangelischer Oberkirchenrat, Berlin, April 18, 1946, NA, RG 260, Box 720; and Office of Military Government for Germany (U.S.), "Subject: Removal of Books from Berlin to Offenbach," April 18, 1946, NA, RG 260, Box 720.

Regulations."<sup>14</sup>

During its several years of operation, the Offenbach Archival Depot processed more than three million items. By the end of 1946 it had already "succeeded in the restitution of roughly 2 million books."<sup>15</sup> The disposition and restitution of these books can be followed through the monthly reports and other documentation. By early June 1946, for example, the Offenbach facility had returned almost 700,000 volumes to their country of origin. To facilitate the restitution, an official at the Offenbach facility prepared albums of any books plates, markings, or stamps found on the books. In addition, all of the library markings were photographed. Workers at the Depot compared the plates in the individual books with those in the albums and the photographs of library markings, and the books were sorted accordingly. In addition, individuals from whom books or other items of cultural property had been seized could also file claims in order to determine if the Offenbach Archival Depot held any of their property and to facilitate its return.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Offenbach Archival Depot, "Subject: Monthly Report, March 1946," March 31, 1946, p. 3, NA, RG 260, Box 254; and Office of Military Government for Germany (U.S.), "Subject: Removal to Central Archival Depot of Archives, Books and Other Library Material," April 27, 1946, NA, RG 260, Box 720.

<sup>15</sup> Offenbach Archival Depot, "Subject: Monthly Report, December 1946," December 31, 1946, p. 4, NA, RG 260, Box 261; and Office of Military Government for Germany (U.S.), "SUBJECT: Report and Request for Investigation," February 20, 1947, NA, RG 260, Box 66.

<sup>16</sup> The Monthly Reports run from March 1946, thru February 1947, and are located in NA, RG 260, Boxes 254, 259-262. "Subject: Jewish Cultural Material," June 3, 1946; "Subject:

**The Library of Congress Mission:** In the summer of 1945, the Library of Congress reestablished a presence in Europe and resumed its main purpose, namely the purchase of books and newspapers for its collections and for distribution to other libraries.<sup>17</sup> At the same time, the Library's director, Dr. Luther H. Evans, prepared and issued instructions for its participation in the handling of materials captured by Allied military forces.

Following a series of discussions among Evans, the War Department, and representatives of American university and research libraries, a Library of Congress Mission, comprised of nine individuals, was formed and assigned to Europe. The cable requesting their presence in the European theater was dated November 9, 1945, and the group left for Europe a month later. It was anticipated that the Mission would remain there for six to nine months. Its assignment, Evans wrote, was "to locate library materials stored in Germany during the war years on orders from American libraries, and [it] will arrange, through the War Department, for the transportation of these materials to the

---

Cultural Objects," January 26, 1948. On the book markings and plates, see Offenbach Archival Depot, "Ex-Libris Found among looted books in the Archival Depot," Volume 1, NA, RG 260, Box 778; "Library Markings Found among looted books in the Archival Depot," Volume I, Eastern, NA, RG 260, Box 779; "Library Markings Found among looted books in the Archival Depot," Volume II, Western, NA, RG 260, Box 780; and OAD, "Monthly Report," December 31, 1946, p. 4. "Declaration of Property Removed from an Area Occupied by German Forces," NA, RG 260, Box 260; and Poste, "Books Go Home," pp. 1701-1702, 1704

<sup>17</sup> Reuben Peiss, "Final Summary Report," LC-ECMAP, Box 6.

Library of Congress for forwarding to their proper destinations." The Mission worked closely with the War Department and had the mandate to "research materials released from Document Centers for distribution to American libraries. Finally, it will purchase and forward currently published German materials." Evans concluded his letter by emphasizing the value of this project, writing, "this program will be of inestimable value to research and that the national interest will be served in a real and enduring way."<sup>18</sup>

Evans identified his main concerns in regard to these materials. The first issue related to the books, printed matter, and textual records generated by agencies of the Nazi regime or by German corporate enterprises between 1933 and 1945 whose removal from Germany was ordered by the occupation government. This material was, Evans wrote, "of interest to one or more intelligence agencies." He recommended that the Library of Congress receive these materials and microfilm them in order to ensure their preservation and integrity.<sup>19</sup> The second issue involved the purchase of books throughout Europe by the Library

---

<sup>18</sup> Library of Congress, "Information Bulletin," April 20-26, 1946, pp. 4-5, NA, RG 260, Box 721. Headquarters Office of Military Government Wurttemberg-Baden, "Subject: Library Mission to Europe," January 31, 1946, NA, RG 260, Box 721. See also the letters from Kenneth C. Royall, Acting Secretary of War to General J.T. McNarney, Commanding General United States Army Forces, European Theater, January 19, 1946, and to Dr. Luther H. Evans, January 19, 1946, NA, RG 260, Box 722.

<sup>19</sup> Letter, Luther H. Evans to Maj. Gen. J.H. Hildring, July 13, 1945, and S.B. Child, Archivist, "Archives and Libraries," September 5, 1945, NA, RG 260, Box 722.

of Congress representatives for its collections and the distribution of duplicate copies to American libraries. The targeted materials included books, magazines, and newspapers published since 1939 and items on order from American libraries held up by German dealers because of the war. Finally, Evans made it clear that any materials looted by the Nazis in Europe from individuals, libraries, and other institutions were not to be added to the collections of the Library of Congress, and on this point he was emphatic.<sup>20</sup>

In the July 1945, Evans wrote to Major General J. H. Hilldring, Chief of the Civil Affairs Division of the War Department, stating that the issue of most pressing concern involved records from archives and business enterprises relating to the "German war machine and its industrial set-up," which, "because, however, of the immediate need for technological, economic, or other intelligence," might be "broken up in the interest of one or another intelligence group." After consulting with the Archivist of the United States and the Director of the American Council of Learned Societies, Evans made specific recommendations for the microfilming of these records, and he stated that the Library of Congress should be the repository for

---

<sup>20</sup> David H. Clift, Deputy Chief Library of Congress Mission, "Subject: Request for General Clearance," April 15, 1946, NA, RG 260, Box 722; Letter, K.D. Metcalf, Librarian, Harvard College Library, to Lt Col Mason Hammond, September 25, 1945, NA, RG 260, Box 721; Reuben Peiss, "European Wartime Acquisitions and the Library of Congress," Library Journal 71(June 15, 1946), p. 863-876, 911; and Robert B. Downs, "Wartime Cooperative Acquisitions," LOC-EMCAP, Box 27, pp. 1-4.

the copies.<sup>21</sup>

The interests of the Library of Congress extended to "all available literature and cinema films produced during the Nazi regime and now impounded by the American Occupation Forces." In the fall of 1945 it had but a single representative in Germany who was to coordinate these efforts. The Library of Congress Mission grew quickly, and from the start of its presence in occupied Germany, the members worked diligently, collecting and purchasing multiple copies of a variety of published materials. Over the next several years the purchase of books and periodicals from German publishers remained a primary function.<sup>22</sup>

Based in Frankfurt, the Library of Congress Mission began already in July 1945 the implementation of its acquisition program. By mid-September, it had reached an agreement with the War Department which stated:

insofar as captured documents surplus to the Army's needs were concerned, that the Library of Congress be recognized

---

<sup>21</sup> Letter, Evans to Maj. Gen. J.H. Hildring, July 13, 1945; Peiss, "Summary Report," pp. 7-9.

<sup>22</sup> Headquarters United States Forces European Theater Information Control Division, "Subject: Collection of German Literature and Cinema Films by Library of Congress," October 11, 1945, NA, RG 260, Box 722; Miss Harriet Bing, "Subject: Report No. 1 Publication and Newspapers Section," January 30, 1946, LOC-EMCAP, Box 30. Bing described at length the "arrangement for collecting of newspapers, magazines, Military Government Publications, German laws, Party material and so on..." in a memo to Reuben Peiss, Principal Representative of the Library of Congress in Europe. For a representative view of the large amount of money spent to purchase books from established publishers for a number of American libraries, see, US Headquarters Berlin District, Library of Congress Acquisitions Department, July 27, 1946, LOC-EMCAP, Box 11.

as the representative of all U.S. libraries and educational institutions, that it furnish to the War Department of skilled specialists, and that it accept the responsibility of the distribution of materials.

As the Librarian of Congress wrote to the Secretary of War in a letter dated January 8, 1946, this project would collect "published materials of enemy origin," "captured documents surplus to the Army's needs," and materials dating from the years of Nazi rule, for distribution to a number of American libraries. A representative of the Library of Congress wrote in a memo seeking permission to export the items that the Mission was "obtaining as complete as possible a documentation of German publishing during the war years and subsequent to the armistice." These items, purchased in multiple copies, included "all war year titles which may still be freely sold and all post-armistice titles produced by licensed publishers."<sup>23</sup>

Concerning the millions of books stolen by the Nazis and the materials held at the Offenbach Archival Depot, Evans wrote in an in-house newsletter, "The problem of loot" was "naturally one of the most difficult problems we are called upon to face." This issue had been "widely discussed by librarians in private conversations throughout the country, and it has been the subject of repeated discussions with members of the Mission, and with

---

<sup>23</sup> Letter from Luther H. Evans to The Secretary of War, January 8, 1946, NA, RG 260, Box 722; and Don C. Travis, jr, Representative of the Library of Congress, "Subject: Export of German publications to Library of Congress," April 26, 1946, LOC-EMCAP, Box 30.

representatives of the War Department." Evans made a strong public statement of the official position of the Library of Congress on this matter of far-reaching significance and the instructions he issued to members of the Mission in Germany. He wrote in April 1946:

In the first place, long before there was a Library of Congress Mission, I instructed Mr. [Verner] Clapp [Director, Acquisitions Department, Library of Congress] to take measures calculated to lay aside and withhold from adding to our collections any material arriving at the Library which was identifiable as formerly in the possession of legitimate research libraries and cultural institutions. In accordance with this directive, Mr. Clapp issued a Department Memorandum on August 8, 1945, reading as follows:

'Among materials reaching the Library of Congress from Continental Europe (especially Germany) there may occur instances of books bearing marks which indicate that they belong to libraries or other institutions of recognized standing. Such books are to be segregated and called to the attention of the Chief, Exchange and Gift Division.' This order remains in effect, and every effort is being made to guarantee its enforcement.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Library of Congress, "Information Bulletin," April 20-26, 1946, pp. 4-5, NA, RG 260, Box 721. In his Summary Report of the Mission's activities, Reuben Peiss wrote: the Library of Congress

The Mission coordinated and facilitated the transfer of materials published during the years of Nazi rule to the Library of Congress in Washington, much of which was distributed to other libraries. These representatives operated in document centers and in each of the German states, and they made contacts directly with German publishers and book dealers.<sup>25</sup> In addition, as an early 1946 memorandum stated, the Mission "is interested in the flow of books now in the American Zone of Occupation and consigned or destined for the librarys [sic] in the United States, the study of Library conditions in the American Occupied Zone." The Library of Congress Mission examined the restoration of normal intercourse between libraries, universities, learned societies and the book world in Germany and in the United States; the situation of books ordered by or gathered for American libraries after the war broke off normal relations; the question of filling gaps in files of periodicals or gaps in the field of the usual trade books in all classes. The mission, in short, is in the interests of the American library world generally.<sup>26</sup>

---

had laid down the policy that the Mission was not to remove publications belonging to legitimate cultural institutions and further that, if any came into the hands of the Mission or the Library itself, they were to be set aside for restitution." Peiss, "Summary Report," p. 13.

<sup>25</sup> Don C. Travis, jr, "Subject: Export of German Publications to Library of Congress."

<sup>26</sup> "Subject: Library Mission to Europe," January 31, 1946. See also, Sargent B. Child, Advisor on Archives, "Books and

The materials identified for "removal to United States" by the Library of Congress Mission included, as a directive specified,

1. Seized or confiscated military or semi-military and party or organizations associated with the party. Libraries of automatic arrestees.
2. Libraries of industries forbidden to function in future.
3. Publishers' stocks reserved by German firms for U.S. library purchase.
4. Publishers' stocks as requested for purchase by American libraries through Library of Congress Mission.<sup>27</sup>

The first transfer of books and materials to the Library of Congress Mission from the Offenbach Archival Depot arrived on March 21, 1946, and contained 4,712 items.<sup>28</sup> The receipt for the

---

periodicals to be collected for American use," September 13, 1945, NA, RG 260, Box 721.

<sup>27</sup> "Re: Library Removal to United States," NA, RG 260, Box 721. "Militaristic and Nazi literature" not taken by the Library of Congress for its collections and distribution to other American libraries and other "surplus undesirable books" were to be "pulped to provide badly needed paper stock," RCA Radiogram, to Luther H. Evans, from Reuben Peiss, Berlin, June 14, 1946, LOC-EMCAP, Box 11.

<sup>28</sup> Offenbach Archival Depot, "Monthly Report," March 31, 1946," p. 7. Over the course of the following week transfers of 1,500, 770, 1,955 books took place; the Monthly Reports do not identify the individual titles. In addition to the books, crates of newspapers and magazines went to the Library of Congress Mission. In April, the LOC Mission received additional shipments which included books--April 1, 2,118 books; April 4, 877 and 115 books; and April 10, 1,710 and 61 books; OAD, "Monthly Report,"

shipment was signed by the Deputy Chief of the Mission and the Director of the Depot, Captain S. J. Pomrenze, and it stated:

The 4712 items transferred conform to the specifications limiting the nature of the items to be transferred ... and include books and other library materials which were the working portion of the Institut der NSDAP zur Erforschung der Judenfrage [Institute of the Nazi Party for the Research of the Jewish Question] but does not include material confiscated by the NSDAP from countries other than Germany which would be subject to normal restitution procedures.<sup>29</sup>

Also typed on the receipt was the assurance that the Library of Congress Mission would "reimburse any possible claimants." Pomrenze signed it and added: "I certify that I have this date inspected 4712 items receipted for above on 21 March 1946 at Offenbach Archival Depot, Offenbach, Germany and found said 4712 items to be within the category stipulated by the authority

---

April 30, 1946. By the end of April, 19,000 items had been transferred; OAD, "Monthly Report," June 30, 1946.

<sup>29</sup> Offenbach Archival Depot, "Receipt for 4712 items transferred to the L C Mission," March 21, 1946, NA, RG 260, Box 721; Offenbach Archival Depot, "Receipt for Items Transferred to the L C Mission," Offenbach, March 22, 1946, LOC-EMCAP, Box 9; and S.J. Pomrenze, "Subject: Request for Clearance and Evacuation," March 9, 1946, LOC-EMCAP, Box 9. Correspondence between David H. Clift, the Deputy Chief of the Library of Congress Mission, and Verner Clapp regarding this early transfer of books refers only to materials from the library of the Institute for the Research of the Jewish Question; Library of Congress Mission, letter, David H. Clift to Mr. Clapp, March 21, 1946, LOC-EMCAP, Box 8.

approving the transfer to the L C M." The receipts for other transfers typically identified the size of the shipment by the number of cases or cartons and the nature of the materials.<sup>30</sup>

Additional shipments of books from this particular collection followed. Although there is no list of the individual titles, correspondence from the LOC Mission to the head of acquisitions in Washington discusses the source of these books because of the concern that items which might be restituted would not be included. The late March transfer of books from the Offenbach Archival Depot to the Library of Congress only took place after clearance was obtained from the highest levels of the occupation government. In a March 13, 1956, letter from the Deputy Chief of the LOC Mission to the Director of the Acquisitions Department includes in a brief section entitled "Jewish material" the following description:

Included in this collection [of the materials in the Offenbach Archival Depot] is the working library of the Institut der NSDAP zur Erforschung der Judenfrage. We have made a request for clearance for this material and expect to receive it rather shortly. About 8000 books are involved and there are invoices to substantiate the origin of the material. They are now engaged in determining the origin of all the books in the collection and you can imagine that

---

<sup>30</sup> "Receipt for 4712 items transferred to the L C Mission;" and "Receipt for Items Transferred to the L C Mission." During the course of the research on the LOC Mission, I have not located lists of the books in these shipments.

there will be many different degrees of exactness of identification between the books completely identifiable and those completely unidentifiable. The completely unidentifiable materials will probably be offered to the Mission. You can be assured that we understand what a touchy subject this is. Any materials that we do receive will have clearance all the way up to General Clay's office.<sup>31</sup>

Another reference to this same body of books, the working library of the Institute, came in a letter from Paul Vanderbilt, Technical Advisor to the MFA&A unit, to Luther Evans in which he describes the handling of the books looted by the Nazis. According to Vanderbilt, "I understand that the 'legitimately acquired' nucleus library of the Hohe Schule zur Erforschung der Judenfrage is subject to confiscation as Nazi property and is hence being turned over to the Library of Congress Mission."<sup>32</sup> The transfer took place only after the Mission received clearance from the office of General Clay.<sup>33</sup>

The practice of the Library of Congress Mission followed the regulations of the occupation government, particularly in regard to the books stolen by the Nazis, and the guidelines stipulating

---

<sup>31</sup> David H. Clift, letter to Verner W. Clapp, Report No. 18, March 13, 1946, LOC-EMCAP, Box 31.

<sup>32</sup> Paul Vanderbilt, letter to Luther Evans, March 25, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

<sup>33</sup> David H. Clift, Deputy Chief LOC Mission, letter to Verner Clapp, March 21, 1946, LOC-EMCAP, Box 8.

that it secure and distribute materials generated by the Nazi regime which had been taken by Allied forces and reviewed for their intelligence and cultural value as well as origin. The materials received by the Library of Congress Mission during 1946 and 1947 came from Nazi libraries, research institutes, and industrial enterprises.<sup>34</sup> The Librarian of Congress, Luther Evans, offered this explanation:

The quadripartite military occupation of Germany, in pursuance of formulated principles based on its own need for intelligence and on the objectives of destroying the German military machine and the Nazi party, has confiscated much library material owned by or subserving the purposes of the military machine and the party. Following its use of this material for intelligence, the military occupation has no other method of disposition of it, except to pulp it since it is proposed not to leave material of this character in Germany. The Library of Congress has agreed to assist

---

<sup>34</sup> For a breakdown of the materials received and the Nazi institutions and agencies they came from, see "Material Received from Germany," [ca. fall 1947]; the detailed listing of one such shipment, German Military Document Section, "Charged to Mr Cronin Acquisitions Section Lib. of Congress," September 8, 1947, LOC-EMCAP, Box 1; and transfer receipts, Offenbach Archival Depot, "Receipt for Items Transferred to the L C Mission," July 10, 1946, "Receipt for Items Transferred to the L C Mission," September 3, 1946, and "Receipt for Items Transferred to the L C Mission," 27 September 1946," LOC-EMCAP, Box 9. See also the publication of the Acquisitions Department, "European Imprints for the War Years Received in the Library of Congress and Other Federal Libraries," Part 2, German Imprints 1940-1945 (Washington, D.C., 1946).

the Army in screening such material from the American Zone and to take over, for American library uses, the material which might otherwise be pulped.<sup>35</sup>

In the same article Evans stated emphatically that if any of these materials originated in a country other than Germany they would be returned to that country. As he wrote:

Now, if the boxes contain material identifiable as German loot from the Musée de las Guerre in Paris, as some of the material in unopened boxes is reported to be, or is loot from Poland or some other non-enemy country, the answer is clear: we restore it to the country from which it came. That is the answer we have agreed to accept, with the full approval (and recommendation) of the War Department.<sup>36</sup>

He added that the Library of Congress Mission "will not engage in activities of 'liberation' on its own, or take material because in the circumstances it could probably get away with it." The Mission would purchase "material falling outside of the categories which are subject to confiscation on military grounds."<sup>37</sup>

In early 1946 the activities of the Library of Congress Mission were scrutinized by Reuben Peiss, a librarian from the Harvard College Library who served in the OSS and later worked

---

<sup>35</sup> "Information Bulletin," April 29-26, 1946.

<sup>36</sup> Ibid.

<sup>37</sup> Ibid.

for the Library of Congress Mission. Directed by Evans to review the operations of the representatives in Germany, Peiss conducted "a solemn and searching inquiry," and concluded:

In general, then, we will be getting materials which the Army refuses to leave behind in Germany or materials which would otherwise have been destroyed by pulping.... You may be assured, however, and may so assure American librarians, that our Mission will do no looting, but on the contrary will do everything in its power to aid in the legitimate restoration of German cultural life and particularly of German libraries. One day we are going to face accusations and we may find we have made unwise decisions on a few specific issues, but I think we shall continue to have a clear conscience.<sup>38</sup>

During 1946 and 1947 the Library of Congress Mission obtained large numbers of books held by Nazi research institutes, materials they were permitted to confiscate under the May 13,

---

<sup>38</sup> Letter from K.D. Metcalf to Lt Col Mason Hammond, September 25, 1945. Also in the summer of 1946, Major Lester K. Born returned briefly to Washington, D.C., and consulted with Luther Evans at the Library of Congress. As Born wrote in a memo on his meeting, he "supplied information on activities. Offered assistance to library interests." At this time, Born made no further comments on the meeting or on the practices of the LOC Mission in Germany; Lester K. Born, Office of Military Government for Germany (U.S.), "Memorandum to File. Subject: TDY of L.K. Born in Washington, D. C., 14-24 June 1946," NA, RG 260, Box 720. For a critical view of the operations of the LOC Mission and its confiscation of Nazi materials, see the unpublished paper of David K. Moore, "To the Victors Go the Spoils: The Library of Congress' Mission to Europe, 1943-1947 (1999), especially pages 10-14.

1946, Allied Control Authority, Control Council Order No. 4, "Confiscation of Literature and Material of a Nazi and Militaristic Nature."<sup>39</sup> For example, in June of 1946, the Chief of the MFA&A Section authorized the transfer of 60,000 volumes of the *Reichkolonialbund* Library, and the authorization stated:

"Custodians will require full identification and will be held strictly accountable to see that objects other than those stated are not removed." A second official approved the transfer and wrote, "with the proviso that any restitutable material be segregated and transferred to Offenbach Archival Depot."<sup>40</sup>

Additional measures were taken before the completion of the transfer of the collection of the *Reichskolonialbund* Library to the Library of Congress Mission and these illustrate the principles guiding such acquisitions. After authorization for the transfer had been granted in June, an American official inspected the holdings, then in private hands. The Germans who had custody expected to turn it over to universities within Germany. According to a report on the collection, the largest part was pre-1933 materials, books and serials on topics relating

---

<sup>39</sup> Reuben Peiss, Final summary report, Library of Congress Mission, December 4, 1946, LOC-EMCAP, Box 6, p. 9. In this report Peiss describes the main activities of the Mission and points out that the confiscation of such materials "promptly raised a storm in the American press." Some librarians asserted that all "non-purchased" books constituted "military loot" and, therefore, should be rejected; see Downs, "Wartime Cooperative Acquisitions," p. 14.

<sup>40</sup> Office of Military Government for Bavaria, Monuments, Fine Arts, and Archives Section, "Subject: Movement of Cultural Objects," June 20, 1946, NA, RG 260, Box 721.

to the German colonies. An official who surveyed the materials wrote: "As a working collection it is obviously confiscable, not only because it was the property of one of the proscribed Nazi organizations, but also because it is a working tool for German expansionism." In discussing the issue with the German librarian who managed the collection, he stated that "although the US authorities could with every right confiscate the collection in toto and remove it from Germany, it was not our desire to be ruthless or to remove from Germany badly needed books which are without the Nazi taint." He recommended that "all Nazi and militaristic materials," be removed and the remaining volumes be given to German university libraries.<sup>41</sup>

No action was taken on this collection during the summer, but in late 1946, a major assigned to the Documents Section of the 7707th Military Intelligence Service Center urged that these 60,000 volumes not be turned over to any German university. Such an action would be "extremely unwise," he insisted. "It would only serve to remind the Germans of their former empire and would tend to breed discontent."<sup>42</sup> The documentation on this collection reveals that the Library of Congress Mission requested that the materials be transferred to Washington. In a lengthy memo, the Acting Chief of the Mission pointed out that the

---

<sup>41</sup> "Memo on the Reichskolonialbund Library at Tann," July 11, 1946, NA, RG 260, Box 721.

<sup>42</sup> Headquarters 7707th Military Intelligence Service Center, "Document Short Report #187," "Target: Reichskolonialbund Library," December 20, 1946, NA, RG 260, Box 721.

*Reichskolonialbund* was a proscribed organization and its property "subject to the control and disposition of the US Military Government." The nature of the organization and the reason for the creation of the library mandated that it not remain intact in Germany. He also urged that the collection not be broken up because "its primary present value resides in its integrity as a working scientific and research instrument." Therefore, he argued, the entire collection should be released to the Library of Congress Mission and shipped to the United States.<sup>43</sup>

Other collections of proscribed Nazi organizations came under control of the Library of Congress Mission. For example, in August 1946, materials from the library of the SS organization *Ahnenerbe* were located at the University of Munich. The LOC Mission had already in March taken possession of part of the collection "and the restitutable books from that lot were in turn brought by the Library of Congress Mission to the Offenbach Archival Depot in April."<sup>44</sup>

Judging from the documentation regarding the transfer of publications to the Library of Congress Mission during 1946 and 1947, care was given to ensure that no restitutable material, that is books looted by the Nazis whose owner could be

---

<sup>43</sup> Library of Congress Mission, "Subject: Library of the Reichskolonialbund Library of the Reichskolonialschule," August 8, 1947, NA, RG 260, Box 722.

<sup>44</sup> Office of Military Government for Germany (U.S.) Economics Division Restitution Branch, "Subject: Nazi SS Ahnenerbe Books Reported in University of Munich Library," August 22, 1946, NA, RG 260, Box 721.

identified, was transferred to the Library of Congress Mission. The available transfer memos and receipts stipulate that any restitutable material be sent to the Offenbach Archival Depot to be processed and returned in accordance with the Allied agreement. In his final report as Chief of the LOC Mission, Reuben Peiss recounts the discovery of large numbers of Hebrew and Yiddish books among the captured publications and that these were handed over for processing at the Offenbach Archival Depot. Peiss states that the LOC Mission did receive "the working library of the Institut der NSDAP zu Erforschung des Judentums" but did not describe its contents. By late October of 1946 the Library of Congress Mission was close to completing its activities.<sup>45</sup>

**Disposition of heirless or unidentifiable materials:** During the summer of 1946 it had become clear that some of the books held in the Offenbach Archival Depot could not be restituted because the owners or country of origin was not identifiable. The Monthly Reports from the Offenbach Archival Depot contained lists of the "Unidentifiable collection," which were organized by language (including Greek, Italian, Latin, Spanish, and German)

---

<sup>45</sup> Letter from Reuben Peiss to Lt. General Lucius D. Clay, October 24, 1946, NA, RG 260, Box 722. By September 1946, the Library of Congress Mission had received 19,000 volumes from the Offenbach Archival Depot, but neither Poste in his studies of the handling of looted books nor the monthly reports from Offenbach identify the specific volumes; see Poste, "Books Come Home," p. 1701; and Poste, "Development of U.S. Protection of Libraries and Archives," p. 392. Peiss, "Summary report," pp. 13-14.

and by topic ("Jewish Libraries from Eastern Countries," fine arts, religious subjects, encyclopedias, and dictionaries).<sup>46</sup> The fate of these books, numbering about 500,000, became the subject of much interest and widespread discussion. The Library of Congress participated in some of these discussions, and already in late 1945 established contact with leading Jewish organizations in the United States. The Library of Congress, however, chose not to play a central role in the disposition of these materials. In December 1945, Theodor H. Gaster, Chief of the Hebraic Section at the Library of Congress began "sounding out the views of representative Jewish scholars and librarians," as he wrote in a letter to Luther Evans, and developed a plan for handling the looted books. Gaster was one of the founders of the New York based Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, and foresaw that organization as working closely with the Library of Congress on this matter.<sup>47</sup> Gaster led the discussions with Jewish organizations in America and during the winter of 1945-1946 secured he "already secured from these bodies expression of their willingness to cooperate." He concluded: "It may be assumed, therefore, that the program here outlined would have the full participation and support of representative American Jewish organizations." Gaster's plan, although not

---

<sup>46</sup> See, for example, OAD, "Monthly Report," September 1946, and October 1946; and the section "Unidentifiable Books" in the December 1946 Monthly Report.

<sup>47</sup> Theodor H. Gaster, letter to The Librarian of Congress, December 30, 1945, LOC-EMCAP; Box 34.

adopted by the Library of Congress and therefore not proposed to the occupation government authorities was simple. Those "Hebrew and Jewish books" that "cannot be restored to their original owners, or which belonged to institutions and communities now defunct or unable to maintain them as public collections, should be vested in the international UNESCO organization." Gaster proposed that those materials in the American zone of occupation "should pass into the trusteeship and control of the Library of Congress, as being the national library of the United States." The Library of Congress would then have the authority to "deposit portions of the gross collection, at its discretion, on indefinite or 99-year loan with institutions in this country or abroad where it may be advised that they would be of greatest service." The ownership of the books would, however, rest with UNESCO.<sup>48</sup>

Gaster's proposal, which also called for the establishment of a "Jewish advisory commission" to review applications for restitution and to identify those institutions which should receive the heirless books, initiated on-going discussion with leading Jewish organizations. Gaster traveled frequently over the next several months to New York City for discussions, and by mid-January he received "definite assurances from the American Jewish Committee of their willingness to cooperate in the plan I have proposed." He had also spoke with librarians from the

---

<sup>48</sup> Ibid. Gaster also proposed that all books and printed materials "of interest and value to scholarship and research" be microfilmed, and thereby made widely available.

Jewish Theological Seminary of America and the New York Public Library.<sup>49</sup> Representatives of the LOC Mission in Germany had similar conversations with representatives of the Commission of European Jewish Cultural Reconstruction, and supported its strong involvement in any disposition of the Jewish materials in Offenbach.<sup>50</sup>

In late March the Technical Advisor for Archives and Libraries with the MFA&A branch, Paul Vanderbilt, suggested that the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction play a central role in handling the looted materials whose owners could not be identified. He suggested that the Library of Congress participate and assist the JCR Commission. The letter to Evans was passed to Gaster for his comments which he wrote in the margins. These show that the links between the Library of Congress and JCR Commission were strong. For example, Gaster wrote that Dr. Salo Baron, professor of Jewish Literature and History at Columbia University and the top official of the JCR Commission, "has been in touch with me constantly."<sup>51</sup>

A meeting between Baron and Evans was arranged for late April 1946, and prior to that Evans laid out the stand of the Library of Congress on "the matter of the eventual disposition of

---

<sup>49</sup> Theodor H. Gaster, Memorandum, to: The Library of Congress, Re: Jewish books in Germany, January 18, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

<sup>50</sup> Clift, letter to Verner Clapp, March 21, 1946.

<sup>51</sup> Paul Vanderbilt, letter to Dr. Luther Evans, March 25, 1946; and Theodor H. Gaster, letter to Verner Clapp, Director, Acquisitions Department, April 14, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

the undistributed Jewish books which will remain in the hands of the military authorities in occupied Germany following the restitution of all identifiable books to their owners." First, the "identifiable groups of books" were to be restituted to their owners, a process already underway. Next came the "disposition of the unidentifiable residue," and he wrote that that issue "will become one for international discussion between the occupying powers." Although he expressed his willingness to have the Library of Congress be involved in the handling of the heirless or unidentifiable books, it was, Evans believed, an issue for the four powers to resolve. The role of the Library of Congress would depend upon the "quadripartite determination as to the disposition of the material."<sup>52</sup>

The letter from Luther Evans to Salo Baron prompted the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction to approach the State Department with a formal proposal. Gaster attended the meeting at which the decision was made, and he wrote to Evans that the Commission was forwarding the proposal that the Jewish books remaining at Offenbach be transferred to the Library of Congress "for custody and ultimate disposition in consultation with the Commission."<sup>53</sup>

---

<sup>52</sup> Luther H. Evans, letter to Professor Salo W. Baron, April 25, 1946, LOC-EMCAP, Box 34. Evans helped arrange a meeting between representatives of the JCR Commission and the State Department; see Luther H. Evans, letter to Dr. Theodor H. Gaster, May 27, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

<sup>53</sup> Theodor H. Gaster, letter to The Librarian of Congress, May 15, 1946; and Theodor H. Gaster, letter to V. Clapp, May 15, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

During the spring of 1946, while these discussions were underway, the Offenbach Archival Depot processed and restituted the bulk of its holdings. All those books and materials for whom ownership could be determined were returned to their country of origin for restitution in accordance to agreements made among the victorious Allied powers.<sup>54</sup> These discussions led to the letter from Professor Jerome Michael to the State Department describing a formal plan for handling the heirless materials.<sup>55</sup> An important result of Jerome's eloquent statement of the position of the JCR Commission was a meeting on June 19, 1946, at the State Department which approved the JCR proposal. State, however, wanted the organization to serve in more than an advisory role, and recommended that it should incorporate and request full legal possession. The Library of Congress would serve only in an advisory role, assisting the JCR Commission in handling and

---

<sup>54</sup> Letter from Paul Vanderbilt, Technical Advisor, Archives and Libraries, to Dr. Luther Evans, March 25, 1946, NA, RG 260, Box 720; Office of Military Government for Germany (U.S.), Economics Division Restitution Branch, "Subject: Memorandum on current status of Archives and Libraries activity," July 15, 1946, NA, RG 260, Box 721; and "Table 1: Offenbach Archival Depot Disposition of Materials March 2, 1946-April 30, 1949," and "Table 2: Offenbach Archival Depot Disposition of Materials Within the United States Zone of Occupation March 2, 1946-April 30, 1949," in Poste, "Development of U.S. Protection of Libraries and Archives," pp. 392-393.

<sup>55</sup> Jerome Michael, letter to Dr. Luther H. Evans, May 31, 1946; and Telegram, Luther H. Evans to Jerome Michael, June 1946, LOC-EMCAP, Box 34. The Executive Secretary of the Conference on Jewish Relations, Ephraim Fischhoff, an organization affiliated with the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, wrote to Evans to express his appreciation for Evans' assistance and forwarded to Evans a copy of the memorandum submitted to the State Department; Ephraim Fischhoff, letter to Dr. Luther H. Evans, June 11, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

processing the books. At the meeting it was pointed out that if no request and transfer of the books followed, "OMGUS may be inclined to treat the books as part of the total economic assets in its hands to be ultimately turned over to the Länderrat governments to be handled under established restitution procedures." In other words, if no action were taken soon the heirless books would be transferred to the local German state governments.<sup>56</sup>

Among the other suggestions for dealing with these materials was a recommendation made in late 1945 that they stock a Jewish Library in Copenhagen, "formed out of the many thousands of valuable Jewish books which have been found in German occupied territory and which cannot be returned to their previous owners." The project received the endorsement of Danish authorities, and strong interest came from UNESCO. The representative of the Library of Congress Mission in Berlin, Dr. Jacob Zuckerman, discussed the issue with a representative of the MFA&A Section in February, 1946, and concluded, "we thought it might be a good solution to use the collection as the basis for a new Library on Judaica which might be established on an international scale, perhaps under the auspices of UNO."<sup>57</sup> Additional interest came

---

<sup>56</sup> The Library of Congress, Memorandum, To: The Librarian, From: Acting Director, Acquisitions Department, June 20, 1946; and for a detailed description on how the local German governments would handle the heirless books, see Paul Vanderbilt, letter to Luther Evans, June 28, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

<sup>57</sup> Excerpts from the letters recommending a Jewish Library in Copenhagen are included in the letter from Reuben Peiss, Chief, Library of Congress Mission, to Lieutenant General Lucius

in the spring of 1946 when the Deputy Executive Secretary of UNESCO wrote to a representative of the Library of Congress Mission seeking support for the "establishment of a world Jewish Library in Copenhagen formed out of the many thousands of valuable Jewish books which have been found in German occupied territory and which cannot be returned to their previous owners." Although the Mission in Germany supported these efforts, Luther Evans reiterated the official stand of the Library of Congress-- no action ought to be taken until a final decision on the disposition of these materials was made.<sup>58</sup>

Throughout the deliberations on the handling of the heirless books, which involved representatives from the highest levels of the military government including General Lucius Clay, the Library of Congress Mission remained cautious, having recognized the sensitivity and complexity of the issue. As Verner Clapp, the Director of the Acquisitions Department, wrote to the head of the Mission, "Our position with regard to these books [those held in the Offenbach Archival Depot] is as previously stated. We

---

Clay, July 6, 1946, NA, RG 260, Box 721. The initial proposal for a "world Jewish Library" in Copenhagen came in late 1945 from Danish authorities. J. Zuckerman, "Report #9, February 18, 1946.

<sup>58</sup> Pr. Jean Thomas, Deputy Executive Secretary, United Nations Educational Scientific & Cultural Organization, to Dr. Lydenberg, May 17, 1946, and Luther H. Evans, to Mr. Jean Thomas, June 17, 1946, LOC-EMCAP, Box 34. The head of the LOC's Acquisitions Department recommended to Evans that "we let the subject alone," in part because General Clay and the occupation government had yet not come to any firm decision on handling this material; see The Library of Congress, Memorandum, From: Director, Acquisitions Department, To: The Librarian, With reference to: Offenbach Archival Depot, August 6, 1946, LOC-EMCAP, Box 34.

will not touch them (or the unrestituted residue of them) unless requested to do so through official channels." Clapp offered some suggestions, writing, "A possible disposition that has been discussed is as follows:

(a) Each of the four occupying powers to assume custody (by Control Council Decision) of unrestituted residues of such books within its zone, final disposition to be made by its national library.

(b) The national library in each case to get together with Jewish interests and plan a distribution, sort and catalog the books.

(c) Before distribution is effected, any books identifiable as coming from a particular country (Poland, Russia, etc.) even though not identifiable as deriving from a particular library or group would be offered to that country.<sup>59</sup>

No resolution of this issue was made at the time.

**The Commission on European Jewish Cultural Reconstruction and plans for restitution:** In late 1945 the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, an organization comprised of "American Jewish religious leaders, scholars and educators," including Hannah Arendt, Salo Baron, Koppel Pinson, and Jerome Michael, developed a plan for the distribution of the

---

<sup>59</sup> Letter, Reuben Peiss to Lucius D. Clay, July 6, 1946.

heirless books and cultural items. The Commission recommended they be distributed to centers of Judaism and Jewish learning throughout the United States and Israel.<sup>60</sup>

A similar plan was first proposed in an article entitled "Jewish cultural treasures in Axis-occupied countries" that appeared in the January 1946 issue of Jewish Social Studies.<sup>61</sup> The article suggested that the Commission serve first and foremost as an advisory body "in the restoration and/or reconstruction of the cultural aspects of European Jewish life and in the rehabilitation or redistribution of such Jewish cultural institutions (libraries, museums, schools, archives, etc.) as have been destroyed or confiscated." The Commission began its work by compiling a list of Jewish cultural centers that existed before the Nazi occupation which, it believed, would serve as an aid in the evaluation of "the complex problems of restoration and reparation."<sup>62</sup>

In late March 1946, Paul Vanderbilt, Technical Advisor for Archives and Libraries with the MFA&A, responded to this plan for the disposition of the heirless books held at the Offenbach

---

<sup>60</sup> Letter, Jerome Michael to General J. H. Hildring, June 5, 1946, p. 1. This organization was instrumental in the establishment of the Offenbach Archival Depot; see Poste, "Development of U.S. Protection of Libraries and Archives," p. 339; and Herman Dicker, Of Learning and Libraries: The Seminary Library at One Hundred (New York: Jewish Theological Seminary of America, 1988), p. 55; and Poste, "Books Come Home," p. 1700.

<sup>61</sup> "Tentative List of Jewish Cultural Treasures in Axis-Occupied Countries," pp. 5-103.

<sup>62</sup> Ibid., pp. 5, 7.

Archival Depot in a letter to Luther Evans. Vanderbilt was clearly relieved not to be dealing with this very sensitive and difficult issue, but as a friend of the Depot's director's, Seymour Pomrenze, he hoped to find an expeditious and sensible solution. Pomrenze "will sort out and return to the countries from which they were taken...all the material whose source is determinable," he wrote. That task would be completed "about June first." At that time, an estimated 500,000 books, the so-called heirless materials, would be remaining in the depot, and Pomrenze would leave his post, and return to the United States. "He would like to clear up everything by then," Vanderbilt wrote. "The decision on who gets this indeterminate stuff is hot. MFA and A doesn't want any part of it." But, "You can help, if you will."<sup>63</sup>

Vanderbilt attributed the following plan to Captain Pomrenze: "Let the Commission approach the Library of Congress and ask to have this lot of material turned over to them through the agency of the Library of Congress Mission so that the Commission may decide what is to be done with it, do the necessary distributing, and take the responsibility." This would get the books to those in the United States who could best use them, he maintained, but that did "not necessarily mean that the books would all stay in America." Vanderbilt made it clear that his objective was to streamline the procedure and hasten the resolution of the issue by the time Pomrenze left his position in

---

<sup>63</sup> Letter, Paul Vanderbilt to Luther Evans, March 25, 1946.

Offenbach. "The point is that channels by which Military Government can turn material over to the LC mission are already established and working, whereas to start a new channel is complex and would take way beyond June 1." Clearly, he added, "This material is in a different category from that with which your mission usually deals, in that it is neither purchasable nor subject to confiscation." Vanderbilt believed that the Commission was best equipped to deal with these books and the most appropriate organization to dispose of them efficiently and justly. The Chief of the Hebraic Section at the Library of Congress, Theodor H. Gaster, reviewed the correspondence from Vanderbilt and his suggestions, and he discussed the matter at length with representatives of the Commission with whom he worked closely. He backed Vanderbilt's plan urging that the Library of Congress receive the books and that their distribution be determined in consultation with the Commission.<sup>64</sup>

Luther Evans, the Librarian of Congress, gave the plan serious consideration, noting in a June 3, 1946, letter that Vanderbilt's suggestions had been "at the center of a number of discussions with persons interested, including especially Dr. Baron and Professor Michael of the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction." He concluded, however, that the "LC will take no action." As he explained this decision:

The time is not yet for LC to interpose its services for the

---

<sup>64</sup> Ibid. Letter, Theodor H. Gaster, Chief, Hebraic Section, The Library of Congress, to Mr. V. Clapp, Director, Acquisitions Division, Library of Congress, May 15, 1946, LOC-EMCAP, Box 8.

distribution of the 'unidentifiable residue' of this material, because: 1. There is no possibility that the material may be evacuated before all restitution has taken place; and 2. As long as it is not evacuated, Military Government has its own agency for handling.

In other words, the Library of Congress would not intercede until all of the looted material had been returned to the country of origin and, it assumed, to the legitimate owners.<sup>65</sup>

With the suggestions of Vanderbilt rejected, little progress was made on resolving the issue of the unidentifiable or heirless books. The Commission on European Jewish Cultural Reconstruction continued to present itself as the proper organization to handle the disposition of them. In a long letter to the Assistant Secretary of State, dated June 5, 1946, Professor Jerome Michael described in detail the background to the Commission's operations, its concerns about the conditions in which the materials were maintained and stored, the ultimate fate of these items, and, finally, he offered a plan for their disposition.<sup>66</sup>

Professor Michael wrote that Europe had been the center of Jewish cultural and religious life for more than a thousand years, and the Jews of Germany and Poland in particular had "developed famous religious, scientific and other cultural institutions which, with their rich libraries and museums,"

---

<sup>65</sup> Letter, Luther H. Evans to Mr. Paul Vanderbilt, June 3, 1946, NA, RG 260, Box 721.

<sup>66</sup> Letter, Jerome Michael to General J. H. Hildring, June 5, 1946. See also Dicker, Of Learning and Libraries, p. 57.

directly or indirectly served Jews everywhere spiritually." The books, manuscripts "and other religious and cultural objects" that the Nazis seized throughout Europe had kept Jewish spiritual life "alive and vigorous" . It was precisely the remnants of this great body of learning that the Allies captured and maintained in the Offenbach Archival Depot.<sup>67</sup>

Professor Michael stated that the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction was concerned with these materials primarily for two reasons: (1) the materials were stored under conditions that, he feared, hastened their deterioration, and (2) a policy of restoring the books and cultural items to former occupied countries, without regard for the present-day circumstances, would result in a "serious danger of dispersion." In the latter case, the materials would no longer serve the "spiritual and religious needs of European Jews, of the Jewish people as a whole, and of all mankind."<sup>68</sup> The basis for this conclusion was, as Michael pointed out in his letter, the great dispersal of the Jews of Europe caused by Nazi policies. He argued that the bulk of the objects should be removed from Europe, because with the "annihilation of millions of European Jews, including most of their religious leaders, scholars and teachers, and of the dispersion of the survivors, Europe is no longer, and it is very unlikely that it can again become, a center of Jewish spiritual and cultural activity." He surmised

---

<sup>67</sup> Ibid., pp. 1-2.

<sup>68</sup> Ibid., pp. 3-4.

that the new centers would be found in Israel and the United States, and advocated the removal of the items to these locations.<sup>69</sup>

The Jewish communities scattered throughout Europe certainly had legitimate claims to many of the objects, Michael acknowledged, and he called for the return of the cultural items to the rightful owners. But shipping objects and books looted from a community in a specific city back to that city, when most of the former members had either been killed or emigrated, would, he wrote, be "most unwise and unfair...unwise because the almost certain result would be their dissipation, and unfair because the interests of the much larger number of members of the old communities who now live abroad and of the Jewish people would be sacrificed on the altar of legal title."<sup>70</sup>

Under the plan suggested by Professor Michael, objects whose owners could be identified were to be returned upon satisfactory proof of ownership. Those objects owned by a Jewish community would be restored to that community "in proportion to the prospective religious and cultural needs of the community and its capacity to retain, to care for, and to use them for the religious and cultural purposes for which they were intended." Objects whose ownership could not adequately be proven or which remained unclaimed should, he suggested, "be distributed among Jewish religious and cultural institutions upon and in accordance

---

<sup>69</sup> Ibid., p. 4.

<sup>70</sup> Ibid., p. 5.

with the recommendations of the group of Jewish religious leaders, scholars, educators, constituting the Board of Advisors." The board would be "guided in making such recommendations by the religious and cultural needs of the Jewish people and especially of the surviving victims of Nazi persecution and also by the desire of the Jewish people to pay tribute to those victims who did not survive."<sup>71</sup>

In order to carry out this distribution plan, Professor Michael offered a detailed program. First, the Office of Military Government of the United States, OMGUS, "should declare that it or some other official agency" was the trustee of the Jewish cultural and religious objects. Second, OMGUS "should create a Board of Advisers to assist it in the execution of its trust," and the members of this board would be nominated on the recommendation of "the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, the Hebrew University, and the Synagogue Council of America." Such a board, Michael wrote, "will recognize the special and exclusive interest of the Jewish people in these objects." Third, the Library of Congress would classify and catalogue the books, a process that would "greatly facilitate the safeguarding and ultimate disposition of those objects." This was a task that "only librarians, bibliographers, and other experts can perform."<sup>72</sup>

Michael's plan circulated among the staffs of the Museum &

---

<sup>71</sup> Ibid., pp. 5-6.

<sup>72</sup> Ibid., pp. 7-8.

Fine Arts Section and the Restitutions Branch during the summer of 1946. A similar letter was sent from Reuben Peiss to General Clay. In a memo dated August 16, 1946, the Chief of the Restitution Branch, Colonel John H. Allen, responded. He supported the creation of a "representative body" that would include members from the State Department, Library of Congress, UNESCO, the Commission on European Jewish Cultural Reconstruction, and other "Jewish interests", "for the purpose of arriving at a decision on the disposal of material defined in para. 2 [items in the Offenbach Archival Depot that are associated with Jewish cultural and religious life]." Allen stated clearly that the Library of Congress "should not be charged with any classifying, cataloguing or other work on the collection in Europe." That would be done by the staff of the Offenbach Archival Depot. Peiss also broached the idea of establishing a world Jewish library in Copenhagen. The representative body would next formulate a "detailed, workable set of instructions" that OMGUS would review to be sure that it did not conflict with any existing policy. The plan would be implemented by an OMGUS directive.<sup>73</sup>

A response came from Major Lester K. Born, an American archives' officer who was instrumental in the reopening of Germany's archives. He was less than enthusiastic about the

---

<sup>73</sup> Letter, Reuben Peiss, Chief Library of Congress Mission, to Lt Gen Lucius D. Clay, July 6, 1946; John H. Allen, Colonel, Chief of Branch, "Disposition of Jewish Books," August 16, 1946, and a draft of this memo, "Draft/rf," NA, RG 260, Box 720.

proposal and wrote:

- (1) Can arguments against 'legal' ownership be sustained?
- (2) Are Jewish collections of interest solely to Jews, as claimed? I think not; part of heritage of country of which Jews were a part.
- (3) If Jews refuse to recognize themselves as 'Germans', 'Poles', 'Americans', they are weakening their case. Why should they alone be citizens of no country?
- (4) Problem of cataloguing, etc., impractical for LC to undertake.
- (5) While principle of concentrating Jewish residue into one or more central research centers is screened, such has not been practice of rest of world. If so, we would have no small reference libraries, but only few in entire countries.<sup>74</sup>

The resolution of the issue of heirless books was once again postponed. An agreement came only in early 1949.

**Loan of books to Jewish Displaced Persons Centers:** In late 1945, a formal request was made for the loan of approximately 20,000 books from the collection depots, such as the Offenbach Archival Depot, to the American Joint Distribution Committee

---

<sup>74</sup> Lester K. Born, Major, CAC, August 1946, NA, RG 260, Box 720.

(AJDC) for distribution among Displaced Person camps housing Jewish refugees.<sup>75</sup> As Simon Rifkind, the Adviser to the U.S. Theater Commander on Jewish Affairs, wrote in a January 7, 1946, memo: "There is a pressing need for the provision of educational and recreational supplies and facilities for Jewish Person in Displaced Persons Centers." Rifkind also sent a letter to General Clay, in which he pointed out the great interest among the DPs, and the need of "religious functionaries [to] have accessible certain basic Rabbinic literature." Support for the loan came from Dr. Jacob Zuckerman, the Library of Congress Mission representative in Berlin, who discussed the issue with a staff member of the MFA&A. Following these discussions in early 1946, Zuckerman wrote: "We thought that it would be possible to sort out a certain number of prayer-books and school-books without bibliographical value to be distributed among re-established Jewish synagogues and to D.P. camps."<sup>76</sup>

These materials were available among the "several million volumes of such Jewish literature" held at Frankfurt and Offenbach, Rifkind maintained. In addition to the valuable books and manuscripts held at Offenbach, there were "thousands of ordinary books of no historical or artistic merit such as

---

<sup>75</sup> Koppel S. Pinson, "Jewish Life in Liberated Germany: A Study of the Jewish DP's," Jewish Social Studies 9 (April 1947), pp. 120-121; and Dicker, Of Learning and Libraries, p. 57.

<sup>76</sup> Simon H. Rifkind, Adviser to the Theater Commander on Jewish Affairs, "Subject: Jewish Books," January 7, 1946, NA, RG 260, Box 66, p. 1; and J. Zuckerman, "Report #9," February 18, 1946.

ordinary editions of standard religious works, text books, Hebrew and Yiddish popular reading matter." And, he added, "It is for these non-valuable items that there is great need in the DP Centers." Rifkind assured General Clay that, "In order to make certain that no valuable item would be taken from the collection through oversight, I have requested and obtained the consent of three eminent experts to make the selection of 25,000 volumes out of the several million located at the collection points." This committee would operate under strict rules and procedures to ensure that no valuable or rare book would be included nor any items whose rightful owners had been identified.<sup>77</sup>

Authorization for the loan was given, and by early 1946 more than 21,000 items were charged out, most in March and April.<sup>78</sup> Lester Born reviewed the requests and the handling of these books in a lengthy memo to Colonel J.H. Allen, Chief of the Restitutions Branch. Born described the deliveries of the books, giving the numbers involved and the handling procedures developed by Professor Koppel Pinson of the Commission. What Born had

---

<sup>77</sup> Ibid., pp. 1-2.

<sup>78</sup> Approval for the loan of 25,000 volumes came in a letter dated January 12, 1946; letter, Bryan L. Milburn, Brigadier General, G.S.C. Chief of Staff, to The Honorable Simon H. Rifkind, Advisor to the Theater Commander on Jewish Affairs, January 12, 1946, NA, RG 260, Box 253. For the dates of the transfers and the number of books involved, see Offenbach Archival Depot, "Books turned over to the American Joint Distribution Committee;" and the receipt of the last transfer, Offenbach Archival Depot, "Receipt for 654 Items Loaned to AJDC," January 9, 1947. NA, RG 260, Box 253. For the dates and number of items shipped in March and April, see Offenbach Archival Depot, "Subject: Monthly Report, April 1946," April 30, 1946, p. 6, NA, RG 260, Box 259.

observed disturbed him. Some of the camps that received books had since been dismantled, and several were not in the American zone. In addition, lists of the titles sent to various locations were, under the agreement, to be kept at the AJDC office, but no inventories could be found.<sup>79</sup>

Born concluded that while there did exist a need for books in "Jewish DP camps" and that books from the Offenbach Archival Depot could be circulated among them, the AJDC "is not the proper agency with which to deal because of (1) past record in relation to OAD [Offenbach Archival Depot], and (2) channels of responsibility." Therefore, he recommended "that no further loan of books, to any agency for any purpose, be made at this time." From the available documentation it is not possible to determine the fate of the books loaned to the DP camps and the resolution of this matter.<sup>80</sup>

**The Jewish Restitution Successor Organization and the disposition of heirless books:** In late 1948 discussions concerning the disposition of the books remaining unclaimed or

---

<sup>79</sup> Office of Military Government for Germany (U.S.), Economics Division, Restitution Branch, Monuments Fine Arts and Archives Section, Lester K. Born, "Memorandum, subject: Loan of Jewish Books from Offenbach Archival Depot," February 27, 1947, NA, RG 260, Box 722. This is the single memo of complaint written by Born about the distribution of books from the Offenbach Archival Depot located in the records of the MFA&A Section.

<sup>80</sup> Ibid., p. 7; and "Memorandum, Subject: Report and Request for Investigation," February 20, 1947.

unrestitued in the Offenbach Archival Depot between the Jewish Cultural Reconstruction Foundation, also referred to as the Restitution Successor Organization, and OMGUS continued. A formal request that this organization assume responsibility for the remaining material was made on December 20th and an agreement followed.<sup>81</sup>

According to a Memorandum of Agreement, signed on February 15, 1949:

Jewish cultural properties, separated from owning individuals and organizations in Europe during the period of Nazi rule, taken into custody by the U. S. Military Government in occupied Germany, listed by categories below and to be specifically listed in inventories and receipts, are transferred herewith to JCR, Inc., subject to the conditions set forth herein.<sup>82</sup>

Under the agreement, this organization agreed to act as the trustee "in receiving this property for the Jewish people and in

---

<sup>81</sup> The office of General Clay supported the transfer of materials; see Office of Military Government for Germany (U.S.), AG Cables, "Outgoing Message," September 14, 1948, NA, RG 260, Box 66. Headquarters, Jewish Restitution Successor Organization, "Betr.: Wiedergutmachungsbehoerde Frankfurt," December 20, 1948, NA, RG 260, Box 66. The Jewish Restitution Successor Organization and the Jewish Cultural Reconstruction were "essentially the same organization[s];" the main difference was the membership of the Hebrew University in the JCR; see "Statement for Meeting of Interessenvertretung in Nürnberg on Sept. 19, 1948," NA, RG 260, Box 254.

<sup>82</sup> "Memorandum of Agreement, Subject: Jewish Cultural Property," NA, RG 260, Box 66.

distributing it to such public or quasi-public religious, cultural, or educational institutions as it sees fit to be used in the interest of perpetuating Jewish art and culture."<sup>83</sup>

The agreement stated that the items in question included solely those that are "unidentifiable" and for which "no claims have been received for and no identification of prior ownership can be reasonably established for the properties" In question came primarily books, but also included were manuscripts, religious objects, and miscellaneous paintings. Under supplements to the agreement, Jewish Cultural Reconstruction received the properties "on a custody basis only," and agreed to "seek the rightful owners, and will deliver them to properly identified claimants." The objects were to be turned over by May 30, 1949.<sup>84</sup>

The transfers began in May and continued through the fall of 1949. By early 1950 fully two-thirds of the books at the Central Collection Point in Wiesbaden, which held the remaining materials after the closing of the Offenbach Archival Depot, were ready for shipment or had already been shipped. As the trustee for the books, the Jewish Cultural Reconstruction developed a procedure for the restitution, if at all possible, or distribution of the books whose owners could still not be identified or located. "In

---

<sup>83</sup> Ibid.

<sup>84</sup> Ibid., Appendix A and Addendum I. "Receipt for Jewish Cultural Properties, Office of Military Government (U.S.) for Germany, Monuments, Fine Arts and Archives Section, Reparations and Restitutions Branch, Property Division," May 30, 1949, NA, RG 260, Box 254.

all cases in which one owner possesses six or more books, we shall make every effort to locate the former owner or his heirs," Hannah Arendt, its executive secretary, wrote. "We shall type out a list of all these persons, photo-stat them, deposit them in the major Jewish organizations and institutions all over the world and then give this list a vast publicity through newspaper advertising all over the world." Such materials would, however, if not claimed, be offered to libraries and institutions with the stipulation that they are "obliged to return any books identified by a claimant as his property within two years of its delivery to the recipient." Between July 1, 1949, and November 30, 1950, Jewish Cultural Reconstruction distributed more than 79,000 books to more than two dozen libraries, including the Library of Congress. By January 31, 1952, the JCR turned over to libraries in the United States more than 150,000 items, most went to 17 "priority libraries." According to these figures, the Library of Congress, placed in the fourth category, "non-Jewish libraries," received a total of 5,708 items.<sup>85</sup>

---

<sup>85</sup> OAD, OMGUS, Property Division, "Weekly Report of Activities, 30 May to 4 June 1949," June 7, 1949, NA, RG 260, Box 256; Letter, Hannah Arendt, Executive Secretary, Jewish Cultural Reconstruction, Inc., to Theodore A. Heinrich, Cultural Affairs Adviser, OEA, Prop Div, HICOG, January 21, 1950; letter, Hannah Arendt, to Theodore A. Heinrich, February 10, 1950, NA, RG 260, Box 66; and Agreement Between Jewish Cultural Reconstruction, Inc. and Recipient Libraries," NA, RG 260, Box 66. The figures on the distribution of the books are in "Appendix B: Jewish Cultural Reconstruction, Inc., Distribution of Books from New York Depot," Dicker, Of Learning and Libraries, p. 109; and Jewish Cultural Reconstruction, "Distribution of Books in the U.S. From July 1, 1949 to Jan. 31, 1952," US Holocaust Memorial Museum.

**Conclusion:** By 1951 the efforts to find, the owners of Jewish cultural and religious materials looted by the Nazis and the restitution of these items had largely been completed in Europe. The remaining books were turned over to the Jewish Cultural Reconstruction Commission for distribution to libraries and institutions where they would continue to benefit Jewish communities.<sup>86</sup> Judging from the available documentation in the National Archives and in the archives of the Library of Congress, the restitution of books to their proper owners was handled with diligence, care, and respect, and characterized by close attention to existing regulations.

Throughout, the Library of Congress and its Mission in Germany was called upon to play an important role. It had long represented American libraries in Europe and following the war gained new responsibilities. The cables, letters and memoranda produced by the Mission and Luther Evans, the Librarian of Congress, reveal the care with which his organization approached the matter of looted books and Jewish cultural items seized by the Nazis. In particular, Evans stated repeatedly that the Library of Congress would not accept any such books. The materials received from the Offenbach Archival Depot in the spring of 1946, books from the working library of the Institute for Research on the Jewish Question, came only after clearance

---

<sup>86</sup> On the end of these operations, see "Subject: Liquidation of Property Division," Office of the U.S. High Commissioner for Germany, June 27, 1951, NA, RG 260, Box 66.

from the General Lucius Clay, the Deputy Military Governor, and after a thorough review. The Library of Congress Mission in Germany was more interested in obtaining materials generated by the Nazis, materials that were not to be left in Germany on orders of the occupation government and which otherwise be destroyed.

During the course of research for this report, no documentation was located in the records of the MFA&A at the National Archives or of the Library of Congress Mission at the Library of Congress that suggested or stated that agents or representatives of the Library of Congress had acted inappropriately in securing books and other materials before they could be restituted to their proper owners.

The disposition of the books that could not be restituted, the heirless or unidentifiable materials, came after long negotiations and serious thought by the responsible military authorities and interested civilian institutions. The transfer of the remaining books to the Jewish Cultural Reconstruction, Inc. was a fair and thoughtful resolution, one that ensured that the texts and cultural items stolen by the Nazis from Jewish libraries and collections throughout occupied Europe, centers of Judaism that had been wiped out by the Nazis, would continue to serve their intended purpose. Of the more than 150,000 items distributed in the United States by the JCR, the Library of Congress received 5,708. The new centers of Jewish life and learning in the United States and Israel, the communities they

served, and a couple dozen Jewish libraries were the benefactors of this operation.